



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

31. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)**4. Wahlperiode**

Mittwoch, 18. Februar 2004, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

	Unterrichtung durch die Landesregierung: Mittelfristige Finanzplanung 2003 bis 2007 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung – Drucksache 4/699 – 1615
Änderung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT 1615	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksachen 4/1020, 4/1021, 4/1022, 4/1023, 4/1024, 4/1025, 4/1026, 4/1027, 4/1028, 4/1029, 4/1030, 4/1031, 4/1032, 4/1033, 4/1034, 4/1035 und 4/1036 – 1615
Eckhardt Rehberg, CDU (zur Geschäftsordnung) 1615	
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 GO LT 1615	Änderungsanträge der Fraktion der CDU – Drucksachen 4/1045, 4/1046, 4/1047, 4/1048, 4/1049, 4/1050, 4/1051, 4/1052, 4/1053, 4/1054 und 4/1055 – 1615
Beschluss 1615	Wolfgang Riemann, CDU 1616
	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff 1618
Beschluss zur Tagesordnung gemäß § 74 GO LT 1615	Dr. Henning von Storch, CDU 1620
Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung) 1615	Volker Schlotmann, SPD 1624
	Angelika Gramkow, PDS 1631
	Ministerin Sigrid Keler 1637
	Rudolf Borchert, SPD 1642
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2004/2005 – HRG 2004/2005 –) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 4/700 – 1615	Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Innenministeriums – – Drucksache 4/1024 – 1646

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses**– Stellenpläne –**

- Drucksache 4/1034 – 1646
 Reinhardt Thomas, CDU..... 1646

**Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Einzelplan 06****– Geschäftsbereich des
Wirtschaftsministeriums –**

- Drucksache 4/1026 – 1650, 1664

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses**– Stellenpläne –**

- Drucksache 4/1034 – 1650, 1664
 Dr. Ulrich Born, CDU
 (zur Geschäftsordnung) 1650
 Reinhard Dankert, SPD
 (zur Geschäftsordnung) 1651
 Lorenz Caffier, CDU
 (zur Geschäftsordnung) 1651, 1664
 Dr. Ulrich Born, CDU 1664
 Angelika Gramkow, PDS 1668
 Andreas Petters, CDU 1669
 Minister Dr. Otto Ebnet 1672, 1673, 1674
 Dr. Armin Jäger, CDU 1673, 1674
 Eckhardt Rehberg, CDU 1675

**Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Einzelplan 07****– Geschäftsbereich des Ministeriums
für Bildung, Wissenschaft und Kultur –**

- Drucksache 4/1027 – 1651

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses**– Stellenpläne –**

- Drucksache 4/1034 – 1651

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/1051 – 1651
 Ilka Lochner-Borst, CDU 1651
 Torsten Renz, CDU 1652, 1654
 Heike Polzin, SPD 1653, 1654

**Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Einzelplan 09****– Geschäftsbereich des Justizministeriums –**

- Drucksache 4/1029 – 1654

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses**– Stellenpläne –**

- Drucksache 4/1034 – 1654
 Dr. Ulrich Born, CDU
 (zur Geschäftsordnung) 1655
 Michael Ankermann, CDU 1655

**Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Einzelplan 10****– Geschäftsbereich des Sozialministeriums –**

- Drucksache 4/1030 – 1655

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses**– Stellenpläne –**

- Drucksache 4/1034 – 1655
 Harry Glawe, CDU 1656, 1658
 Jörg Heydorn, SPD 1657, 1658

**Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Einzelplan 11****– Allgemeine Finanzverwaltung –**

- Drucksache 4/1031 – 1658

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/1052 – 1658

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/1053 – 1658

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/1054 – 1658

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/1055 – 1658

Dr. Armin Jäger, CDU 1658

Wolfgang Riemann, CDU 1661

B e s c h l u s s 1676, 1681

Nächste Sitzung

Mittwoch, 3. März 2004 1680

Beginn: 10.33 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 31. Sitzung des Landtages. Die Fraktionen der SPD und PDS haben gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung diese Dringlichkeits-sitzung beantragt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 31. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen?

Bitte, Herr Rehberg, ein Geschäftsordnungsantrag.

Eckhardt Rehberg, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragt nach Paragraph 74 Ziffer 4 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern die Absetzung des einzigen Tagesordnungspunktes der 31. Sitzung des Landtages am 18. Februar 2004.

Begründung: In den Drucksachen 4/699 und 4/700 sowie in den dazu vorliegenden Beschlussempfehlungen werden erhebliche Änderungen und Einschnitte bei den Finanzzuweisungen der Kommunen vorgenommen, für die es zurzeit keine gültige Rechtsgrundlage im kommunalen Finanzausgleichsgesetz gibt. Die im Haushaltsentwurf 2004/2005 verankerten Haushaltsansätze entsprechen nicht der derzeit gültigen Rechtslage. Der Entwurf für die fünfte Änderung des Finanzausgleichsgesetzes befindet sich noch in der Beratung des Landtages und wurde durch diesen nicht verabschiedet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beispielhaft möchte ich auf Seite 33 zitieren den Titel 883.05, die Haushaltserläuterungen dazu: „Gemäß § 6 Abs. 2 FAG sind von den Schlüsselzuweisungen (Titel 613.06) 6,1 v. H. für Investitionen zu verwenden, soweit der Verwaltungshaushalt dadurch keinen Fehlbedarf ausweist. Die investive Bindung eines Teils der Schlüsselzuweisungen dient der Aufrechterhaltung eines Mindestniveaus an kommunalen Investitionen. Ausnahmsweise können auf den investiv gebundenen Anteil an den Schlüsselzuweisungen bis zu 35 v. H. des Betrages nach § 10e Abs. 4 Satz 1 FAG (Titel 883.04) angerechnet werden.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Innenausschuss hat am 27. Januar abschließend das FAG beraten. Das war vor drei Wochen. Es wäre bis heute Zeit gewesen, das FAG abschließend hier im Landtag zu beraten. Es stellt sich für die CDU-Fraktion die Frage, ob man vor dem PDS-Parteitag in acht Tagen, am kommenden Wochenende, verheimlichen will, dass in den nächsten beiden Jahren den Kommunen 260 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen als im Jahr 2003.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir halten es für skandalös, dass ein in einem Ausschuss abgeschlossenes Gesetz nicht auf die Tagesordnung gesetzt und dann in einem Doppelhaushalt Bezug darauf genommen wird. Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen von SPD und PDS, dass wir wieder zu einem geordneten parlamentarischen Verfahren zurückkommen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich unterbreche die Sitzung bis 11.00 Uhr zur Prüfung des Geschäftsordnungsantrages und berufe den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 10.37 Uhr**Wiederbeginn: 11.06 Uhr**

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Gemäß Paragraph 73 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages hat die Fraktion der CDU der vorgeschlagenen Tagesordnung widersprochen. Gemäß Paragraph 73 Absatz 3 der Geschäftsordnung lasse ich jetzt den Landtag die Tagesordnung feststellen. Wer der vorgeschlagenen Tagesordnung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Tagesordnung mit Zustimmung der Fraktionen der SPD und PDS bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und einer Enthaltung der Fraktion der PDS beschlossen.

Gemäß der vorhin beantragten Absetzung der Beratung dieses Tagesordnungspunktes durch die Fraktion der CDU gemäß Paragraph 74 Ziffer 4 der Geschäftsordnung des Landtages lasse ich jetzt über den Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU zur Absetzung der Beratung des einzigen Tagesordnungspunktes zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Absetzung der Tagesordnung auf der Grundlage des Antrages der Fraktion der CDU bei Zustimmung durch die Fraktion der CDU, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS nicht zugestimmt.

Zur Geschäftsordnung, Herr Caffier.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Die Fraktion der CDU beantragt eine Auszeit von zehn Minuten.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung: 11.08 Uhr**Wiederbeginn: 11.23 Uhr**

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **einzigen Tagesordnungspunkt**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2004/2005), Drucksache 4/700, und der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2003 bis 2007 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, Drucksache 4/699, hierzu die Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses auf den Drucksachen 4/1020, 4/1021, 4/1022, 4/1023, 4/1024, 4/1025, 4/1026, 4/1027, 4/1028, 4/1029, 4/1030, 4/1031, 4/1032, 4/1033, 4/1034, 4/1035 und 4/1036. Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 4/1045 bis 4/1055 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und
Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen
(Haushaltsrechtsgesetz 2004/2005
– HRG 2004/2005 –)**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/700 –

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Mittelfristige Finanzplanung 2003 bis 2007
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung
– Drucksache 4/699 –**

**Beschlussempfehlungen und Bericht
des Finanzausschusses**

– Drucksachen 4/1020, 4/1021, 4/1022,
4/1023, 4/1024, 4/1025, 4/1026, 4/1027,
4/1028, 4/1029, 4/1030, 4/1031, 4/1032,
4/1033, 4/1034, 4/1035 und 4/1036 –

**Änderungsanträge der Fraktion der CDU
– Drucksachen 4/1045, 4/1046, 4/1047,
4/1048, 4/1049, 4/1050, 4/1051, 4/1052,
4/1053, 4/1054 und 4/1055 –**

Zum Ablauf der Haushaltsberatungen schlägt Ihnen der Ältestenrat Folgendes vor: Zunächst wird das Wort zur Berichterstattung erteilt. Hieran anschließend eröffne ich eine allgemeine Aussprache zum Haushaltsrechtsgesetz 2004/2005 und zur Mittelfristigen Finanzplanung 2003 bis 2007. Nach Abschluss der allgemeinen Aussprache kommen wir zur Beratung über die Einzelpläne und den Stellenplan. Es ist beabsichtigt, die Einzelpläne unter Berücksichtigung der Wortmeldungen in der numerischen Reihenfolge aufzurufen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich bitte damit den Finanzausschussvorsitzenden Herrn Riemann zum Bericht des federführenden Finanzausschusses. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Riemann, CDU: Danke schön, Herr Präsident.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit den oben von unserem Präsidenten genannten Drucksachen bringen wir den Bericht und die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses als federführenden Ausschuss heute zur Zweiten Lesung ein. Wir setzen damit einen Schlusspunkt unter umfangreiche Beratungen, die mit der Sitzung des Landtages am 27. August zum Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2004/2005), Drucksache 4/700, und zur Unterrichtung der Landesregierung über die Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern der Jahre 2003 bis 2007 begonnen hatten.

Mit Schreiben vom 6. Januar hat die Landtagspräsidentin gemäß Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung dem Finanzausschuss und allen mitberatenden Ausschüssen die von der Landesregierung in der Kabinettsitzung am 16. Dezember 2003 beschlossenen und von der Finanzministerin am 29. Dezember 2003 zugeleiteten Anpassungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2004/2005), Drucksache 4/700, überwiesen. In diesem Schreiben wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass nach Rücksprache und im Einvernehmen mit der Finanzministerin lediglich die Artikel 1, 2, 9

Absätze 1 und 2 sowie die Änderungen zum Haushaltsplanentwurf und die Erläuterungen zu den Einzelplänen und zum Stellenplan der Vorlage entsprechend Paragraph 54 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages an den Finanzausschuss und die mitberatenden Ausschüsse überwiesen wurden. Sie finden das auf der Anlage 1.

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuss und die mitberatenden Ausschüsse haben eine umfangreiche Arbeit geleistet. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich hier sage, der Bericht war erst am vergangenen Sonntag fertig.

Zugleich hatten wir noch mit federführend zu beraten einen Gesetzentwurf zur Gewährung jährlicher Sonderzahlungen für Beamte und Richter des Landes, einen Gesetzentwurf zur Nichtanpassung des Amtsgehaltes der Mitglieder der Landesregierung sowie der Parlamentarischen Staatssekretäre, einen Gesetzentwurf für einen Zweiten Nachtragshaushalt 2003 und waren mitberatend für sieben weitere Gesetzentwürfe. In diesem Zusammenhang, denke ich, ist es angebracht, einen herzlichen Dank an das Ausschussessekretariat zu richten für die umfangreiche Arbeit unter Führung von Frau Arnold

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

und einen herzlichen Dank an die Mitarbeiter des Finanzministeriums.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Und ich möchte die Gelegenheit nutzen, weil Sie, Herr Präsident, ja kurz vor Ihrer Verabschiedung stehen, auch Ihnen nicht nur für diesen Haushalt, sondern für die geleistete Arbeit in den letzten zwölf Jahren herzlichst im Namen des Finanzausschusses zu danken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Sie waren uns stets ein treuer Berater, manchmal etwas unbequem, aber immer zielführend für unsere Arbeit im Finanzausschuss. Herzlichen Dank!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Unter Punkt II. finden Sie im Bericht die Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse. Hier möchte ich insbesondere hervorheben die Arbeit, die im Bereich des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur geleistet wurde.

Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat in der 19., 20., 21., 22., 24. und 25. Sitzung diesen Haushaltsplan beraten und er hat zwei Anhörungen durchgeführt. Er hatte sich mit einer komplizierten Materie zu beschäftigen – ich möchte hier nur den Paragraphen 20 Haushaltsrechtsgesetz erwähnen, die Erfüllung der Stundenverpflichtungen an unseren Schulen, die Hochschulautonomie – und diese komplizierte Materie im Zusammenhang mit der Beratung des Haushaltes abzuarbeiten. Ich glaube, auch das ist ein Dankeschön wert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Die Wirklichkeit wird zeigen, ob es genügt hat, was wir heute beschließen. Ich denke, wir sollten diesen Bericht und die Beschlussempfehlungen in unseren Beratungen in diesem Jahr dahin gehend kontrollieren, wie wir die Mit-

tel, die wir heute beschließen, zum Wohle dieses Landes, zum Wohle seiner Menschen, aber auch zur Lösung der Probleme in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen.

Bedauern möchte ich ganz persönlich, dass der Sonderausschuss Verwaltungsmodernisierung den Haushalt nicht beraten hat. Ich denke, Funktionalreform und Verwaltungsmodernisierung sind wichtige Fragen, die uns in den kommenden Jahren auch Geld sparen sollten. Hier hätte der Ausschuss mit Entschliefungen Weichen stellen können, die zum Beispiel die Zusammenlegung von Behörden, Aufgabenübertragungen und länderübergreifende Zusammenarbeit betreffen, die dann in den kommenden zwei Jahren auch mit wirksam werden sollten.

Ich habe schon einleitend ausgeführt, die Finanzministerin hat am 29. Dezember eine Ergänzung zum Haushalt zugeleitet. Dieses führte zu einem Schreiben der Landtagspräsidentin – auch das habe ich schon ausgeführt –, welches zu einer umfangreichen Debatte im Finanzausschuss und auch im Rechtsausschuss geführt hat. Von Seiten der Koalitionsfraktionen wurden die Artikel 5, 6, 7, 8 und 9 in geänderter Fassung mit eingebracht und auch mit beraten. Die CDU-Fraktion hat hierzu ausgeführt, dass diese Artikel eigentlich in Erster Lesung, weil es Gesetze betrifft, hier im Landtag zu beraten wären. Es hat also keine Erste Lesung gegeben.

Frau Finanzministerin, wenn man die Landesverfassung als Politiker ernst nimmt, bei allem Respekt, dann muss es auch möglich sein, dass man überprüft, ob bestimmte Verfahren verfassungsgemäß sind. Ich weise hier ausdrücklich das Gerücht zurück, wenn es eine Verfassungsbeschwerde geben sollte, dass dann keine Fördermittel in diesem Land fließen. Und man muss deutlich sagen, kein Verfassungsgericht – es gab schon mehrere Verfassungsklagen – hat den Haushalt für unwirksam erklärt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

es ist die Verfassungsmäßigkeit festgestellt oder nicht festgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich denke, man sollte keine Unsicherheit unter die Bevölkerung tragen, dass keine Fördermittelprogramme fließen.

(Angelika Gramkow, PDS: Eine interessante Rechtsauffassung des Vorsitzenden des Finanzausschusses des Landtages.)

Ich bin Mitglied eines Verfassungsorgans, Frau Gramkow, und diese sollten wir ernst nehmen, denn die Landesverfassung ist unser höchstes Gesetz. Wenn solche Gerüchte verstreut werden, die nachweislich falsch sind, dann muss ein Mitglied eines Verfassungsorgans, ein Mitglied des Finanzausschusses und auch ein Vorsitzender, doch einmal klarstellen dürfen, was Recht ist in diesem Land und was nicht Recht ist in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –

Volker Schlotmann, SPD: Sie können Ihre persönliche Auffassung vortragen. Das ist völlig unstrittig. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja völlig unstrittig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja unstrittig. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sollten in der Beratung fortfahren.

Mit diesem Haushalt und den vom Finanzausschuss getroffenen Entscheidungen, die die Mehrheit dieses Landtages ja heute beschließen wird, wird die Landesregierung ermächtigt, 7,289 Milliarden Euro im Jahr 2004 auszugeben, im Jahr 2005 sollen es 7,003 Milliarden Euro sein. Wir bringen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,802 Milliarden Euro im Jahr 2004 und 972,5 Millionen Euro im Jahr 2005 aus. Wir wollen zur Deckung der Ausgaben im Jahr 2004 Kredite aufnehmen in Höhe von 892,2 Millionen Euro und im Jahr 2005 in Höhe von 583,5 Milliarden Euro.

(Ministerin Sigrid Keler und
Andreas Petters, CDU: Millionen!)

Es sind 583,5 Millionen Euro. Wie gesagt, meine Damen und Herren, das ist eine Ausgabeermächtigung, eine Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Krediten, mit der wir im Haushaltsvollzug die Prüfung auf die Wahrheit dieses Haushaltes machen werden, denn Haushalt ist Politik in Zahlen gegossen.

Ein Schwerpunkt im vergangenen Jahr bei den Einzelplänen war die Anpassung der Gehälter der Minister und Staatssekretäre für die Jahre 2003 und 2004. Hier haben wir mit dem entsprechenden Gesetzentwurf die Beschlussfassung hergestellt, dass die Gehälter nicht angepasst werden sollen, und dieses findet sich im Zahlenwerk auch wieder.

Ein weiterer Schwerpunkt in unserer Beratung war die gesonderte Stellung des Landtages. Wir sind ein Verfassungsorgan und das, denke ich, sollten wir deutlich machen, auch im Rahmen der Haushaltsaufstellung und im Haushaltsvollzug. Dazu, denke ich, wird dieser Landtag in einer der nächsten Sitzungen die Landeshaushaltsordnung an die Verfassung anzupassen haben. Es ist doch, glaube ich, misslich für uns alle, wenn wir hier immer zwei Entwürfe in diesem Landtag bekommen,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

und zwar einen vom Landtag und einen von der Finanzministerin. Das ist für mich eine Verschwendung, denn zwei Entwürfe brauchen wir nicht, sondern wir brauchen nur einen. Als Verfassungsorgan vertreten wir zumindest mehrheitlich die Auffassung, im Finanzausschuss einstimmig, dass wir künftig einen Entwurf der Präsidentin haben werden und die Landeshaushaltsordnung dahin gehend anpassen sollten. Umfangreiche Anträge haben den Finanzausschuss erreicht. Ich denke, dass eine Reihe von Anträgen heute von Seiten der CDU-Fraktion, die hier ausweislich des Berichtes im Finanzausschuss keine Mehrheit gefunden haben, noch einmal auf die Tagesordnung kommen und noch zu beraten sind.

Meine Damen und Herren, einen weiteren Schwerpunkt möchte ich hier noch erwähnen, das ist die Maßnahmegruppe 59, Informationstechnik ressortintern, die insbesondere im Kapitel 0901 eine besondere Rolle gespielt hat. Dieses Kapitel sollte der Landtag mit seinen Ausschüssen nicht aus den Augen verlieren. Wir haben festgestellt, dass es hier Schwachpunkte gibt und hier durchaus Angebote aus sehr langer Zeit zurückliegend veranschlagt sind. Wir sollten dieses Kapitel nicht aus den Augen verlieren und auch in die weiteren Beratungen in diesem Jahr mit einbeziehen.

Meine Damen und Herren, der Bericht ist sehr umfangreich, aber dafür ist er informativ und gibt den Diskussionsstand im Finanzausschuss wieder. Die Beschluss-

empfehlungen geben im Wesentlichen die Mehrheitsentscheidungen im Finanzausschuss wieder. Es gibt durchaus auch Beschlussempfehlungen, in denen Einstimmigkeit im Finanzausschuss hergestellt werden konnte, und zwar Partei übergreifend. Auch dafür möchte ich mich bedanken und damit bin ich mit meinem Bericht am Ende. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Riemann.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, für die Aussprache eine Dauer von bis zu 360 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Ministerpräsident des Landes Herr Dr. Ringstorff. Bitte schön, Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die Landesregierung den Entwurf zum Doppelhaushalt 2004/2005 Ende August vergangenen Jahres in den Landtag eingebracht hat, war uns allen klar, es ist ein schwieriger Haushalt in einer schwierigen Zeit. Die Finanzdecke des Landes reicht kaum für das, was notwendig ist, geschweige denn für das, was wünschenswert wäre. Die Entwicklung der Steuereinnahmen in Bund und Ländern ließ nichts Gutes ahnen und durch die Reformbeschlüsse des Bundes wussten wir zu dem Zeitpunkt auch nicht genau, was eventuell an weiteren Belastungen auf uns zukommen könnte.

Leider hat sich durch weitere Steuerausfälle die Finanzsituation des Landes gegenüber dem damaligen Zeitpunkt noch einmal erheblich verschärft. Unsere Einnahmen aus Steuern, aus dem Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen lagen 2003 niedriger als 1995, dabei ist das Steueraufkommen im eigenen Land sogar um 3,5 Prozent gestiegen. Das zeigt, dass die Ursachen für die Steuereinbrüche nicht in Mecklenburg-Vorpommern zu suchen sind, meine Damen und Herren von der Opposition.

Aber wenn selbst ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen an der Kante vom Geber- zum Nehmerland steht, kann sich jeder ausmalen, was das auch für uns in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet. Rückgänge gegenüber geplanten Steuereinnahmen hat es auch früher in den alten Bundesländern schon gegeben, aber man lag absolut immer noch im Plusbereich. Doch einen solchen Einbruch in die roten Zahlen wie 2003, den gab es noch nicht. Die Konjunktur stagnierte bekanntlich und dazu haben wir auch jetzt noch die niedrigste Steuerquote in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In den vergangenen Jahren hatte Mecklenburg-Vorpommern im Länderfinanzausgleich beim Jahresabschluss immer so um die 70 Millionen Euro bekommen und diesmal muss unser Land 80 Millionen Euro zurückzahlen – Geld, das wir dringend zum weiteren Ausbau und Aufbau unseres Landes bräuchten.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt haben wir aber auch die Chance, aus der Not eine Tugend zu machen, noch konsequenter Prioritäten zu setzen, vieles schneller anzupacken, Veränderungen voranzutreiben und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. Wer nicht vorwärts geht, fällt bekanntlich zurück. Eine zukunftsfähige

Geellschaft muss sich weiterentwickeln, muss sich veränderten Bedingungen immer wieder anpassen, um das zu erhalten, was ihr wichtig ist. Deshalb müssen wir es schaffen, die Belastungen gerecht zu verteilen, den sozialen Zusammenhalt zu bewahren, unsere Wirtschaft zu stärken und die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es ist richtig, dass der Staat jetzt weniger verteilt, denn der Kuchen ist kleiner geworden. Aber es ist weiterhin seine Aufgabe, Chancen für alle und damit Gerechtigkeit zu schaffen, denn nur eine Gesellschaft, die von den Bürgerinnen und Bürgern als gerecht empfunden wird, hat auf Dauer auch Erfolg. Ich sage, auch mit Blick auf die Demonstrationen, die hier heute stattgefunden haben, es gehört auch zu einem Stück Gerechtigkeit, dass, genauso wie die Minister und Staatssekretäre und alle Beamten es schon getan haben, auch die tariflich Beschäftigten einen Beitrag leisten müssen. Ich hoffe, dass das ohne betriebsbedingte Kündigungen abgehen wird, dass wir zu vernünftigen Verhandlungen mit den Tarifpartnern kommen.

Meine Damen und Herren, es ist in dieser Situation wahrlich keine leichte Aufgabe, einen verantwortungsvollen und soliden Haushalt aufzustellen. Die Haushaltsberatungen waren mit Sicherheit die schwierigsten, die wir je hatten. Es war eine harte Arbeit, aber ich glaube, es war eine gute Arbeit, denn das Ergebnis kann sich sehen lassen. Ich danke Ihnen, Frau Finanzministerin, und Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordnete, und natürlich auch den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern für die geleistete Arbeit ganz herzlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt verfolgen wir folgende Ziele:

Erstens. Wir wollen so schnell wie möglich wieder einen Haushalt aufstellen, der die Kreditobergrenze einhält. Das werden und müssen wir 2005 auch wieder schaffen.

Zweitens wollen wir unseren Konsolidierungskurs fortsetzen. Seit Jahren verfolgen wir einen strikten Sparkurs, um die Neuverschuldung zu bremsen und die Nettokreditaufnahme zurückzufahren. Bis Ende des Jahrzehnts wollen wir die Nettoneuverschuldung auf null senken. Daran halten wir fest, auch in dieser schwierigen Zeit. Die Landesregierung stand und steht für eine solide und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik. Wir wollen auch morgen noch politische Gestaltungsmöglichkeiten haben und den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Chancen offen halten.

Meine Damen und Herren, wir wollen Schwerpunkte in den Bereichen setzen, die unser Land zukunftsfähig machen. Und da geht es nicht nur um Geld, sondern genauso um moderne Strukturen, die den Anforderungen der Zukunft gerecht werden, und zwar beim Bildungsweisen, beim Technologietransfer, bei der Investitionsförderung und gerade auch bei der Verwaltung. Unser Kurs ist klar: Wir sparen und stellen die Weichen für die Zukunft. Dieser Kurs ist notwendig und richtig und ohne eine vernünftige Alternative.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein Zukunftsthema ist die Bildung. Wir wissen, gut ausgebildete Menschen entscheiden maßgeblich über die wirtschaftliche Stärke und die gesellschaftliche Zukunft unseres Landes.

Meine Damen und Herren, unsere Politik trägt dem Rechnung. Das fängt bei den Kitas an. Mit dem neuen

Kita-Gesetz haben wir dafür gesorgt, dass es ab dem Schuljahr 2004/2005 ein Vorschuljahr gibt. Damit werden der Bildungsauftrag und das Bildungsangebot der Kitas gestärkt. Außerdem haben die Eltern künftig mehr Wahlfreiheit und können selbst entscheiden, in welchen Kindergarten sie ihr Kind schicken. Vom Wettbewerb unter den Kitas, meine Damen und Herren, trotz aller Unkenrufe, profitiert auch die Qualität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Unsere Bildungsoffensive geht weiter, und zwar über Ganztagschulen, die berufsvorbereitende Regionalschule, das Abitur nach zwölf Jahren und die Unterrichtsverbesserung in Kernkompetenzfächern. Außerdem stärken wir die Entscheidungskompetenz in den Schulen selbst. Auch das ist ein wichtiger Schritt. Wir tun eine Menge für die Hochschulen, denn die Hochschulen genießen politische Priorität, das bleibt so. Trotz schmerzhafter Einschnitte haben wir den Hochschulkorridor nicht angetastet. Auch bei den notwendigen Personaleinsparungen in der Landesverwaltung haben wir eine vertretbare Lösung für die Hochschulen gefunden. Für sie stehen in diesem Jahr 376 Millionen Euro zur Verfügung, das sind 10 Millionen Euro mehr als 2003, rund 1.000 Euro pro Student und Monat. Das ist für unser Land, meine Damen und Herren, ein gewaltiger Kraftakt und das sollte auch endlich einmal anerkannt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Weitere Zukunftsthemen sind Investition, Innovation und Infrastruktur. Auch da geht es zentral um die Fragen: Wo bewirken die knappen Mittel am meisten?

(Wolfgang Riemann, CDU: Die
werden doch immer knapper.)

Wo sind sie für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes am wichtigsten? Dort setzen wir Schwerpunkte. Mit einer auch weiterhin hohen Investitionsquote fördern wir den Ausbau und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern und wir schaffen Anreize für Investitionen der Wirtschaft. Unsere Investitionen liegen immer noch beträchtlich höher als in westdeutschen Flächenländern. Nachhaltiges Wachstum, meine Damen und Herren, entsteht vor allem dort, wo Innovationen einen fruchtbaren Boden finden. Und deshalb halten wir die Technologieförderung auch weiter auf hohem Niveau. Wir unterstützen die Entwicklung von wettbewerbsstarken Wissenschaftsclustern zum Beispiel in der Biotechnologie oder in der Wasserstofftechnologie, der maritimen Technik oder der Energieerzeugung. Wir fördern unternehmerische Innovation, Innovation durch den Einsatz von Multimedia, Innovation durch die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen.

Land und Bund investieren weiter in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Bis 2010 wollen wir das Niveau der Westländer erreicht haben. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, das auch zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zwei Drittel der A 20 sind bereits befahrbar, im Herbst werden weitere Teilstücke für den Verkehr freigegeben und im nächsten Jahr wird die A 20 komplett fertig gestellt sein. Bei der A 14 aus Richtung Schwerin nach Magdeburg wird in diesem Frühling das Raumordnungsverfahren

beginnen und beim Weiterbau der A 241 drängen wir darauf, dass die Bauarbeiten so schnell wie möglich losgehen können. Aber ich sage auch, die Verrechtlichung des Naturschutzes macht es uns alles andere als einfach. Wir müssen darauf drängen, die Interessen der Menschen und der Investoren – beispielsweise in Wismar, wo viele Arbeitsplätze an der Autobahn hängen – nicht auszublenden. Sie dürfen nicht ausgeblendet werden!

Meine Damen und Herren, ein zentrales Zukunftsthema ist aber vor allem die Verwaltungsreform. Nur durch Modernisierung und Personalabbau schaffen wir zusätzlich finanzielle Spielräume für Investitionen und Innovationen im Land, denn die kurbeln die Wirtschaft an und schaffen Wachstum und Arbeitsplätze. Am 3. Februar hat das Kabinett ein 11-Punkte-Programm zum Bürokratieabbau beschlossen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ankündigungen.)

Weniger Verwaltungsaufwand, weniger Kosten, mehr Leistung und mehr Bürgernähe, das ist unser Ziel. Die Verwaltungsreform besteht aus drei zentralen Teilen:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wünsch dir was!)

Erstens die Deregulierung. Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften werden nach Möglichkeit abgeschafft oder vereinfacht und neue Regelungen zeitlich befristet.

Zweitens die Funktionalreform. Die Aufgaben werden von oben nach unten verlagert, vom Land auf die Kreise und von den Kreisen auf die Städte und Gemeinden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Welche denn?)

Drittens. Eine Kreisgebietsreform ist ein wesentlicher Bestandteil der Verwaltungsreform und von dieser Reform hängt viel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ab. Wir brauchen leistungsfähige Einheiten, um zu verlagern – die Aufgaben bewältigen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Grundlegend, Herr Rehberg, kann man die Verwaltung in den bestehenden Strukturen nicht reformieren, da sind Sie auf dem Holzweg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei Ihnen, Herr Rehberg, habe ich den Eindruck, es geht nicht vorwärts, sondern rückwärts. Sie waren schon einmal beim Modell acht plus zwei und jetzt sind Sie wieder völlig ohne Plan. Das zeigt, ein dickes Bündel Papier ist eben noch kein tragfähiges Konzept,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sieht
man an Ihrem Eckpunktepapier. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

auch wenn es noch so lautstark feilgeboten wird.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Koste es, was es wolle!)

Meine Damen und Herren, wir sparen und setzen Schwerpunkte für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Das ist verantwortungsvoll und das ist auch solide, Herr Riemann. Das ist der richtige Weg in dieser schwierigen Finanzlage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich weiß, viele fordern mehr und manches kann ich auch verstehen. Aber mir platzt wirklich der Kragen, wenn verschiedene Lobbyisten und allen voran die üblichen Verdächtigen in der CDU auf der einen Seite lautstark noch härtere Einsparungen fordern und auf der anderen Seite aber, wie gerade geschehen, der Finanzministerin Sparorgien vorwerfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie fordern auch gleichzeitig mehr Polizisten, mehr Justizbeschäftigte, mehr Richter, mehr Lehrer, mehr Beschäftigte an den Hochschulen, mehr für die Kommunen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

mehr für dies und das, Hauptsache populär.

Herr Rehberg, Sie haben mit Ihrem Interview, das heute in der SVZ erschien, wieder gezeigt, wie Sie an die Sache herangehen. Da wird unter anderem von Ihnen gefordert, wir werden beantragen, die Personalkosten zu senken.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD: Ja.)

Und dann sagt Herr Koslik als Interviewer Ihnen, Rot-Rot hat selbst mit drastischen Kürzungen begonnen. Falsch, Herr Rehberg? 1.600 Stellen von heute auf morgen zu streichen, das ist falsch. Personaleinsparungen kann man nur mittel- und langfristig planen. Mit dem Hausrückprinzip geht gar nichts.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.
Sie haben das doch aufgebaut.)

Aber wir reden über den Haushalt 2004 und 2005 und da offerieren Sie als probates Mittel Personaleinsparungen, die wir schon vornehmen. Sie wissen sicherlich auch, Herr Rehberg, dass es ein langfristiges Konzept der Landesregierung gibt, da liegen wir auch gut im Plan.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU:
Egon Olsen hatte einen Plan.)

Etwas mehr Realität und etwas weniger Populismus. Wenn man jedermanns Liebling sein will, Herr Rehberg, wird man bald jedermanns Depp.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ein bisschen mehr
Realitätssinn, Herr Ministerpräsident!)

Das nehmen Ihnen die Menschen im Land nicht ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ihre Devise scheint zu sein: Hauptsache das Fähnchen im Wind. Aber so geht das nicht! Wir alle miteinander sind verpflichtet, das Gemeinwohl über Einzelinteressen zu stellen, denn es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Für kleinkarierten Lobbyismus haben die Menschen im Land kein Verständnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage auch allen, die im Land mehr Forderungen stellen, dass heute unter dem Eindruck knapper Finanzen von den alten Bundesländern zunehmend kritischer darauf geschaut wird, was wir selbst tun, um auf die Beine zu kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das
sagen wir schon seit Jahren.)

Die in diesem Haushalt beschlossenen Kürzungen haben das Ziel, künftig Handlungsspielräume zu erhalten, um unseren Kindern keine unüberwindbaren Schuldenberge zu hinterlassen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist aus der Notwendigkeit geboren, aber es gehört auch Mut dazu, jetzt nicht populistisch, sondern richtig zu handeln. Und deshalb bitte ich die Abgeordneten, diesem Haushalt zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Im Rahmen der allgemeinen Aussprache hat jetzt für die Fraktion der CDU das Wort der Abgeordnete Dr. von Storch. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Henning von Storch, CDU: Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben in der CDU-Fraktion den Doppelhaushalt 2004 und 2005 vielfach beraten. Wir können ihm nicht zustimmen, das begründe ich Ihnen im Einzelnen.

Wir halten diesen Doppelhaushalt zunächst aus drei Gründen für verfassungswidrig:

1. wegen der Überschreitung der Regelkreditobergrenze
2. wegen der Nachschiebeliste und des damit verbundenen Wegfalls der Ersten Lesung der Gesetze
3. wegen des Ausweisens globaler Minderausgaben an Stelle ordnungsgemäßer und notwendiger Einzelveranschlagungen

Damit werden die Grundsätze der Haushaltsklarheit verletzt.

Frau Ministerin Keler hat, meine Damen und Herren, von der Verfassungsklage gesprochen und hat vor ihren vermeintlichen Auswirkungen gewarnt. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass eine solche Verfassungsklage, wenn sie denn käme, wegen der Verfassungswidrigkeit dieses Haushalts keine aufschiebende Wirkung hat

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

und den Haushaltsvollzug auch nicht verhindert,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

so dass wir festhalten wollen, dass wir das eine tun, ohne das andere zu lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Wir sind der Meinung, dass dieser Haushalt höchst unzulänglich und ungeeignet ist, auf die gegenwärtige Situation unseres Landes zu reagieren und zur Umsteuerung beizutragen. Meine Kolleginnen und Kollegen, wir hangeln uns von Sondersitzung zu Sondersitzung,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn am 22.12. hatten wir eine und heute am 18.02. haben wir die zweite. Warum verabschieden wir einen Haushalt nicht ordnungsgemäß in einer turnusmäßigen

Sitzung des Landtages, die in 14 Tagen wieder fällig ist, meine Damen und Herren?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das macht auch in der Sache eines deutlich, dass die politischen Entscheidungen in unserem Land – vom Bund angefangen, Herr Ministerpräsident, Sie haben Recht, wir hängen nun mal am Tropf des Bundes – heute von einer Kurzatmigkeit sind, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht hatten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr.)

Lassen Sie mich die drei Punkte zur Verfassungswidrigkeit wie folgt skizzieren:

Die Höchstgrenzen der zulässigen Kreditaufnahme werden auch in diesem Haushalt überschritten. Die Begründung kennen wir, nämlich dass die Überschreitung der Höchstgrenzen zur Überwindung einer ernsthaften und nachhaltigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – meine Damen und Herren, das klingt schon reichlich phrasenhaft – dienen soll, um der Bedrohung der Wirtschafts- und Beschäftigungslage unseres Landes entgegenzusteuern. Beides liegt in diesem Haushalt offenkundig nicht vor, denn es gibt keine Begründung und Erläuterung dafür, dass mit der Überschreitung der Höchstgrenzen die vorgenannten Ziele ernsthaft angegangen werden sollen. Ich verweise noch einmal auf die Entscheidung des Berliner Verfassungsgerichts, das ein Junktim darin gesehen hat zwischen Kreditüberschreitung und Verwendung dieser Überschreitung für die Beseitigung der Schwierigkeiten in der gesamtwirtschaftlichen Schieflage.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Daran fehlt es hier, dieses Junktim haben Sie uns nicht nachgewiesen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Meine Damen und Herren, die Nachschiebeliste, lassen Sie uns das ganz offen sagen, war in der Art, wie sie uns gebracht wurde, eine Zumutung

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

und sie hat den Finanzausschuss lange nach der Ersten Lesung erreicht. Wir wissen, dass das alles mit dem Vermittlungsausschuss zusammenhängt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir damit erstmalig eine Änderung von Einzelgesetzen wie des Landeserziehungsgesetzes, des Schulgesetzes und des Gesetzes zum Landesförderinstitut haben und dass es hier an der notwendigen Ersten Lesung, an der Einbringung fehlt. Und wenn wir hier schon damit anfangen, solche Wege zu beschreiten, an der Verfassungsmäßigkeit eines solchen Verfahrens vorbeigehen, dann ist das keine gute Aussicht auf die Zukunft.

Meine Damen und Herren, wir halten diese Art von Nachschiebelisten und der Umgehung einer Ersten Lesung als einen Griff in eine illegale Trickkiste.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich komme zu den globalen Minderausgaben, wie sie in diesem Doppelhaushalt vorgesehen sind. Meine Kolleginnen und Kollegen, Sie lassen insoweit keine Haushaltsklarheit mehr erkennen, Sie verstoßen gegen den Grundsatz der Einzelveranschlagung und der Spezifizierung. Auf diese Weise wird der Haushalt undurchsichtig. Der Grundsatz der Einzelveranschlagung ist nicht nur ein formales Erfordernis, sondern ist auch in der Sache selber geboten. Hier kann vom Parlament dann nämlich nicht mehr nachvollzogen werden, wo denn nun tatsächlich im Einzelnen gespart werden soll und welche konkreten Maßnahmen im Einzelnen die Landesregierung dem Parlament vorschlägt. Echter Sparwille lässt sich aber nur dadurch beweisen, dass akkurat und detailliert veranschlagt wird, wo und an welchen Haushaltsstellen der Rotstift angesetzt werden soll. Daran fehlt es in diesem Haushalt. Vielmehr vermitteln globale Minderausgaben den Verdacht, dass seitens der Regierung offenbar noch keine konkrete Vorstellung herrscht, was nun tatsächlich eingespart werden soll, und möglicherweise ist sie sich selbst auch noch nicht darüber im Klaren. Dann aber, meine Damen und Herren, fehlt es an der Beschlussreife für das Parlament, sein Haushaltsrecht auch angemessen ausüben zu können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und deshalb sagen wir, dieser Doppelhaushalt ist nicht ordnungsgemäß vorbereitet.

Meine Damen und Herren, von besonderer Problematik ist in diesem Zusammenhang natürlich in Artikel 1 des Gesetzes der Paragraph 20 mit dem pauschalen Stellenabbau. Wir hatten ursprünglich eine Anhörung beabsichtigt und haben davon abgesehen. Wir werden aber den Haushaltsvollzug sehr sorgfältig überwachen und der Finanzausschussvorsitzende hat das gesagt, ob es tatsächlich zu dem kommt, was uns hier pauschal in Aussicht gestellt worden ist.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat von dem Kabinettsbeschluss über das Programm zur Vorbereitungsreform – so habe ich es verstanden – der Funktionalreform gesprochen. Meine Damen und Herren, wir haben das schon seit längerem gehört. Und nun frage ich mich: Ist es tatsächlich ein echter Sparwille, mit der Deregulierung zu beginnen? Wir alle wissen, dass die Verwaltung nach dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung zu arbeiten hat. Das heißt, dass ich erst dann zu einem Abbau von Verwaltungsaufgaben und -ausgaben kommen kann, wenn ich Gesetze abschaffe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Damit haben wir bisher noch nicht ein einziges Mal angefangen. Fangen wir doch endlich an!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Fangen wir an und beweisen wir, dass wir das ernst damit meinen, dass es ernsthafte Einschnitte gibt. Meine Damen und Herren, noch produzieren wir mehr Gesetze, als erkennbar abgebaut werden sollen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.
2003 acht Prozent mehr als abgebaut.)

Wir können uns auch einen persönlichen Eindruck davon verschaffen, wenn wir mal sehen, dass unsere Gesetz- und Verordnungsblätter immer dicker werden. Wer mal einen Blick wirft auf die Größe des Bundesgesetz-

blattes Teil I, der weiß, dass uns das der Bund in ausgesprochen negativer Weise vormacht. Deshalb habe ich erhebliche Zweifel, ob wir tatsächlich einmal mit der De-regulierung beginnen.

Meine Damen und Herren, die drei genannten Punkte sind für uns Anlass zu sagen, der Haushalt ist verfassungswidrig. Und wir beabsichtigen, wie Sie wissen, nach Abschluss dieses Gesetzgebungsverfahrens, nicht zuletzt auch, um dieses nicht weiter zu verzögern, eine Anhörung von Sachverständigen zur Verfassungswidrigkeit der von uns genannten Problembereiche.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, wir verkennen nicht, dass es eine allgemeine Haushaltsproblematik – wohl auch die schlimmste nach dem Zweiten Weltkrieg in Bund, Ländern und Gemeinden – gibt, und wir wissen auch, dass es in 15 von 16 Bundesländern ganz erhebliche Schwierigkeiten bei der Aufstellung ausgeglichener Haushalte gibt. Sie sind mancherorts schwerer, mancherorts weniger problematisch. Und wir verkennen auch nicht, dass es in der Bundesrepublik Deutschland eine schwierige gesamtwirtschaftliche Lage gibt. Aber es möge niemand kommen und sagen, Schuld haben die anderen und dass es die Schuld der Weltwirtschaftslage ist. Meine Damen und Herren, wenn das so wäre, würde es allen gleich schlecht gehen. Das ist nicht der Fall.

(Regine Lück, PDS: Das ist ja neu.)

Wir haben auch innerhalb der Europäischen Union ganz drastische Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung und wenn wir mit das Schlusslicht bilden, dann ist das weitestgehend hausgemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Regine Lück, PDS: Ich glaub's ja nicht.)

Und mit noch einem Punkt möchte ich klar aufräumen. Es wird immer noch, wie ich finde, der schäbige Versuch gemacht, dieses alles als Altlast von Helmut Kohl zu bezeichnen. Meine Damen und Herren, ich erinnere daran, dass es bis 1998 eine Vielzahl von Reformbemühungen in Deutschland gegeben hat und

(Torsten Koplin, PDS: Die Renten sind sicher.)

bis 1998 ist es der SPD unter der Führung von Herrn Lafontaine im Bundesrat

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Und Herrn Schröder. –
Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

stets darum gegangen, sämtliche Reformen abzuklemmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Der Reformstau ist darauf alleine zurückzuführen. Und damals, meine Damen und Herren, hatten wir noch vollere Kassen als heute. Heute ist es unendlich schwerer, so etwas durchzusetzen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Und deshalb, meine ich, muss immer wieder daran erinnert werden.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und noch eines: Die wirtschaftliche Situation Deutschlands ist auch dadurch gekennzeichnet, das muss man einfach sehen, ...

(Siegfried Friese, SPD: Herr von Storch,
glauben Sie das eigentlich selber, was Sie
da erzählen? – Zuruf von Heike Polzin, SPD –
Siegfried Friese, SPD: Glauben Sie das wirklich,
was Sie da erzählen?! – Rainer Prachtl, CDU:
Ja natürlich. – Dr. Ulrich Born, CDU:
Ja natürlich, das sind Fakten!)

Sie werden mich nicht irritieren, Herr Kollege.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist auch dadurch gekennzeichnet, dass wir es schwieriger haben als andere westeuropäische Volkswirtschaften. Ich erinnere Sie daran, dass durch den Aufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg bedingt die Eigenkapitalquote der deutschen Wirtschaft deutlich schlechter war als in den westlichen Ländern. Sie ist es geblieben, meine Damen und Herren, insbesondere aufgrund einer besonderen Steuerreform mit sozialdemokratischer Handschrift. Ich erinnere daran und lasse mich gern belehren, Frau Ministerin, wenn ich mich falsch erinnere, dass es 1976 eine Steuerreform gab, in der die thesaurierten Gewinne, die nicht ausgeschütteten Gewinne, mit 48 Prozent zu versteuern waren

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

und die ausgeschütteten mit 36. Und dann wundern wir uns, dass Eigenkapital nicht gebildet wurde!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Heute haben wir Basel II, Rating kommt auf uns zu und wir sind mit unserer Wirtschaft sehr viel mehr auf den Kapitalmarkt angewiesen als westdeutsche Volkswirtschaften. Und wenn heute von Übernahmen deutscher Unternehmen die Rede ist, liegt auch da mit die Ursache. Darauf muss immer wieder mal hingewiesen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Rainer Prachtl, CDU: Genau. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Jawohl.)

Meine Damen und Herren, wir bleiben dabei, es sind im Wesentlichen hausgemachte Probleme.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland stimmen nicht und der Ministerpräsident hat Recht, wenn das insoweit auch auf uns hier abfärbt. Aber, meine Damen und Herren, eine Wende ist auf Bundesebene nicht in Sicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Und lassen Sie mich das etwas polemisch sagen: Die Weltmeistersprüche unseres Kanzlers sind kein Ersatz für eine solide Bundespolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wir wollen mal abwarten, was von der berühmten Agenda 2010 am Ende übrig bleibt.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Legenda.)

Erste Zeichen davon, dass sich das nicht durchhalten lässt, erkennen wir bereits.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Müntefering wird's richten.)

Meine Damen und Herren, eben weil wir mehr als andere vom Tropf des Bundes abhängen und auch von der EU, müssen wir uns um eigene Konzepte bemühen. Wir wissen, dass wir die geringste Steuerdeckungsquote in Deutschland haben, und das bedeutet, dass mehr als 50 Prozent unserer Einnahmen von außen kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass unsere Wirtschaft drei Jahre lang in Folge ein negatives Wachstum hatte und wir heute leider das Schlusslicht in der Bundesrepublik bilden.

(Rainer Pracht, CDU:
Wo sind wir hingekommen?)

Meine Damen und Herren, hier hilft weder Schönreden noch Schlechtreden, sondern wir müssen das tun, wozu wir verpflichtet sind, im Rahmen der uns verbliebenen Möglichkeiten. Es ist sicher richtig, wenn die Landesregierung darauf hinweist, wie erfolgreich wir im Tourismus sind, es reicht aber nicht, wenn wir uns wegen dieser guten Entwicklung im Tourismus immer wieder selbst auf die Schulter klopfen.

(Rainer Pracht, CDU: Richtig.)

Es gibt zu viele Regionen in unserem Land, meine Damen und Herren, die davon nicht profitieren. Das wollen wir uns immer wieder vor Augen führen. Wir wissen auch als Opposition, dass es für die Verbesserung unserer Wirtschaftslage keine Patentrezepte gibt, aber Lösungswege. Wir haben im Dezember eine Vielzahl von Lösungsvorschlägen aufgezeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Wir haben sie Ihnen vorgelegt, wir haben sie im Detail erarbeitet. Meine Damen und Herren, was wir in den Finanzausschuss eingebracht haben, ist im Wesentlichen ohnehin abgebügelt worden, kurz und trocken, Mehrheit ist Mehrheit, abgebügelt, oftmals, sage ich, ohne Sinn und Verstand, ohne Begründung!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau. –
Volker Schlotmann, SPD: Oh!)

Und das ist etwas, was uns immer wieder auf die Füße fällt. Wir werden auch in Zukunft unsere politischen Vorstellungen ohne Rücksicht darauf einbringen, ob sie im Augenblick der gegenwärtigen Mehrheit genehm sind oder nicht. Wir wissen auch, dass es punktuelle Ansätze gibt, die wir begrüßen, die Situation zu verbessern. Aber wir vermissen ein Konzept, ein Gesamtkonzept zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Situation.

Meine Damen und Herren, es gibt genügend schöne Worte. Wir alle in der Politik werden am Erfolg gemessen und eben nicht an schönen Worten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Wenngleich alle neuen Bundesländer im System des Länderfinanzausgleichs Nehmerländer sind, zum Teil mit noch erheblichen Defiziten gegenüber den alten Bundesländern, so stellt sich schon die Frage, warum denn die Entwicklung innerhalb der neuen Bundesländer so gravierend unterschiedlich ist. Wir können sie nicht alle über einen Kamm scheren. Wir können nicht sagen, die Ent-

wicklung der neuen Bundesländer ist überall gleich schlecht. Das ist eben nicht der Fall. Sie ist leider bei uns am schlechtesten. Und wir meinen bezogen auf den Doppelhaushalt, dieser wird unserer Situation nicht gerecht.

Wir alle wissen, dass die Wirtschaftsbereiche in den neuen Bundesländern überproportional auf staatliche Hilfen und Finanzleistungen angewiesen sind. Aber warum bilden ausgerechnet wir das Schlusslicht? Können wir so wenig? Ich meine, wir können mindestens so viel wie die anderen alle auch, und deshalb kritisieren wir, dass es an notwendigen Konzepten fehlt. Wir, meine Damen und Herren, haben im Augenblick die rote Laterne. Wir wollen und müssen sie wieder abgeben. Das sind wir den Menschen in unserem Land, unserer Wirtschaft und vor allem den Arbeitslosen schuldig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich abschließend drei Bemerkungen im Detail zum Doppelhaushalt machen. Für uns hat besondere Priorität in unserem Land der Bereich Bildung und Kommunalfinanzen. Auf den Gesamtbereich Bildung wird für unsere Fraktion noch später eingegangen. Bei den Kommunalfinanzen werden Kürzungen in 2004 von rund 60 Millionen Euro gegenüber 2003 und in 2005 von rund 200 Millionen Euro gegenüber 2003 im Haushalt verankert. Nicht nur, dass die Kürzungen viele Gemeinden an den Rand der Handlungsunfähigkeit bringen,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt schon.)

besonders problematisch ist dabei, dass seitens der Landesregierung ein Finanzausgleichsgesetz vorgelegt wird, das noch nicht einmal Gesetzeskraft hat. Darauf wird noch im Einzelnen einzugehen sein.

Neben den Kürzungen bei der Mindestfinanzgarantie und der Infrastrukturpauschale fehlen im Haushalt 125 Millionen Euro, die der Bund den Kommunen zum Ausgleich von Sonderleistungen für strukturelle Arbeitslosigkeit und die daraus resultierenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bereitstellt. Die Fakten und Zahlen dazu liegen seit Dezember 2003 auf dem Tisch, jedoch für 2005 sind lediglich 28 Millionen Euro Einnahmen vom Bund als Sonderausgleich veranschlagt. Folglich fehlen glatte 100 Millionen Euro.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Besonders problematisch ist das Fehlen eines korrespondierenden Ausgabetitels hierzu. Wir haben dafür einen entsprechenden Antrag gestellt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, mit der Einbringung des Haushalts haben wir ebenfalls eine neue Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung erhalten. Sie ist indes nicht an die zwischenzeitlich veränderten Entwicklungen angepasst worden. Auch die jüngste verschlechterte Einnahmesituation ist unberücksichtigt geblieben. Wir sind der Meinung, dass die Mittelfristige Finanzplanung, die ein wesentlicher Bestandteil der Haushaltsstrategie eines Landes sein muss, unverzichtbar hätte überarbeitet werden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Umstand, dass dies nicht geschehen ist, meine Damen und Herren, lässt einfach Zweifel daran aufkommen, ob die Landesregierung die strategischen Ziele der Mittelfristigen Finanzplanung überhaupt noch ernst nimmt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Meine Damen und Herren, in der letzten Sitzung des Finanzausschusses haben wir – und das haben wir auch schon früher bei den jeweils letzten Sitzungen beobachten können – wieder einmal deutlich vorgeführt bekommen, dass es echte Zweifel an dem Sparwillen der Landesregierung gibt. Im Sozialbereich wurden uns in der letzten Sitzung in einem nicht mehr vertretbaren Umfang Anträge vorgelegt und es wurde nachgebessert für Dinge, die wir schlicht nicht nachvollziehen können. Es mag sein, dass es dazu gehört, dass Koalitionsfraktionen auch ihre sozialen Lieblingsobjekte bedienen müssen. Hier aber haben wir Zweifel, ob das auch tatsächlich geboten ist

(Rudolf Borchert, SPD:
Meinen Sie damit Jugendliche?)

und hier nicht vielmehr – ich sage das ein bisschen flapsig – Klientelförderung und Koalitionskitt angesagt waren, meine Damen und Herren.

(Rudolf Borchert, SPD: Aha!)

Jedenfalls hat die allgemeine Finanzsituation bei diesen letzten Bewilligungen nicht die allergeringste Rolle gespielt. Meine Damen und Herren, wenn man das ernst nimmt mit der finanzgesamtwirtschaftlichen Schieflage, muss man in diesem Bereich sparen, auch wenn das schmerzhaft ist.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass der Doppelhaushalt 2004/2005 nicht den regulären Bedingungen eines Haushalts entspricht, in denen mehr Investitionen als Neuverschuldung eingestellt werden müssen. Wenn wir an die Veränderung der Verschuldung denken, wenn wir daran denken, dass in Mecklenburg-Vorpommern das Bruttoinlandsprodukt schrumpft, dass die verarbeitenden Gewerbe stagnieren und die Produktionsentwicklung abgeschlagen ist, dann sind das bedrohliche Zeichen. Die Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent ist ebenfalls ein Alarmzeichen, das wir nicht übersehen dürfen. Da muss etwas passieren. Das alles sind Fakten bei der Beschlussfassung dieses Haushaltes.

Meine Damen und Herren, wir haben viele Vorschläge gemacht. Die Verantwortung für diesen Haushalt liegt ausschließlich bei der Landesregierung. Wir sagen, sie ist ihr nicht gerecht geworden, deshalb können wir diesem Haushalt nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr von Storch.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege von Storch, zwei Anmerkungen zu Ihrem Beitrag hier. Also Sie haben zuerst einmal das Thema Deregulierung attackiert. Ich glaube, es ärgert die CDU ungemein – Sie vielleicht auch im Besonderen, ich weiß es nicht –, dass das ein Thema ist, das entgegen landläufiger Erfahrungen mit dem Begriff Deregulierung, und da weiß ich, wovon ich spreche, positiv besetzt ist und auch in den Medien sowie in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen wird, und deswegen schießen Sie dagegen. Ich glaube nicht, dass das im Sinne davon ist – Sie haben ja mehr-

fach von unserem Land gesprochen –, unser Land weiterzuentwickeln, um bei Ihrem Sprachgebrauch zu bleiben.

Was mich dann doch schlichtweg ein bisschen amüsiert hat, ist Ihre Aufzählung mit Lafontaine und Schröder. Ich habe nur darauf gewartet, dass Sie dann noch DDR sagen. Möglicherweise andere historische Ereignisse sind also die Ursache dafür, dass es dieser Republik schlecht geht, und zur Zeit der CDU war alles gut. Das war das Schlaraffenland bis 1998 und seit 1998 leben wir sozusagen in einem Weltuntergangsszenario.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr von Storch, ich weiß nicht, wo Sie vorher gelebt haben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

aber ich glaube, das ist völlig an den Realitäten vorbei.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich könnte ja ganz böse sagen, Ihre Vorstellung ist, am CDU-Wesen wird das Land genesen. Aber ich glaube nicht, dass das der Fall ist oder sein wird.

(Zuruf von Dr. Henning von Storch, CDU)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen werden von den dramatischen Haushaltssituationen in diesem Land, in den anderen Bundesländern, im Bund und ganz besonders von schwierigen bundespolitischen Rahmenbedingungen dominiert. Uns – und da bin ich mir mit meinem Kollegen Rudi Borchert einig – stehen die schwersten Haushaltsberatungen bevor, die dieser Landtag bislang überhaupt erlebt hat.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Dem widerspricht er nicht.)

Das wäre auch schwierig.

So, meine Damen und Herren, habe ich es im August vergangenen Jahres bei der Ersten Lesung des Doppelhaushaltes vorhergesagt und es ist tatsächlich so eingetroffen. Und noch eine altbekannte Weisheit hat sich in diesen Haushaltsberatungen bewahrheitet: Kein Gesetz kommt aus dem Parlament wieder so heraus, wie es hineingekommen ist.

Trotz der schwierigen bundespolitischen Rahmenbedingungen haben wir Prioritäten gesetzt und mehr an Finanzvolumen verändert und umgeschichtet, als dies bei bisherigen Haushalten jemals der Fall war. Dies wird diesmal totgeschwiegen von Ihrer Seite. In den letzten Haushalten haben Sie es immer kritisiert, dass uns das nicht gelingt. Deswegen will ich es hier an dieser Stelle auch der Wahrheit halber mal sagen.

Meine Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt legt die Grundlagen für eine Fortsetzung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf weiterhin hohem Niveau zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze und hat sogleich die soziale Balance im Land bewahrt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das passt der Opposition natürlich überhaupt nicht. Für uns war es auch kein leichter Weg und so erklärt sich dann zögerlicher Beifall, denn Sie werden doch wohl nicht allen Ernstes glauben, dass uns eine solch schwierige Haushaltssituation Spaß macht.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Politisches Gestalten ist natürlich schöner, wenn man aus dem Vollen schöpfen kann, wie die CDU das mal konnte, indem sie Transferleistungen in den Anfangsjahren nach der Wende hier mit vollen Händen ausgegeben hat,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

und die Probleme, die damit letztendlich geschaffen worden sind, auch von uns wieder aus dem Weg geräumt werden müssen. So sieht die Realität nämlich aus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und was Ihnen genauso wenig passt, ist die Tatsache, dass sich die Koalition letztendlich wieder einmal als handlungsfähig und handlungswillig erwiesen hat und dass diese Koalition auf politische Prioritäten setzt, meine Damen und Herren. Sie haben gehofft, das stand in Ihren Gesichtern geschrieben, das stand zwischen den Zeilen bei Interviews von Ihnen, die Koalition werde an diesem Thema scheitern und aufgeben und so der desolaten Opposition die Regierungsverantwortung quasi in den Schoß legen. Das hat sich für Sie leider nicht erfüllt, meine Damen und Herren.

(Reinhard Dankert, SPD: Gott sei Dank!)

Meine Damen und Herren von der Union, gerade wegen Ihrer Konzeptionslosigkeit legen Sie den Schwerpunkt nach wie vor immer wieder nur darauf, alles, aber auch wirklich alles zu kritisieren. Aber darüber hinaus gilt es, auch lobende Worte für Teile der Opposition zu finden. Das mag Sie erstaunen, aber auch das gehört zur Wahrheit und ich habe da keinerlei Hemmungen, das auszusprechen. Obwohl Ihre Ausführungen vorhin ein bisschen anders klangen, Herr von Storch, das, was ich von meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Koalition über die Beratungen des Finanzausschusses und auch der Fachausschüsse gehört habe, veranlasst mich zu dieser Äußerung. In den Fachausschüssen haben viele Abgeordnete der CDU Ihrer Fraktionsspitze oft in einigen Fällen die Gefolgschaft verweigert und sich einem vernünftigen, logischen, mit Sinn und Verstand gefundenen Kompromiss angeschlossen.

(Andreas Petters, CDU: Beispiele!)

Letztendlich hat man auch im Finanzausschuss an vielen Dingen konstruktiv mitgearbeitet.

(Rudolf Borchert, SPD:
Er gehört nicht zu dieser Gruppe.)

Hätten Sie mitgearbeitet, wüssten Sie es, Herr Petters.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zu guter Letzt hat man also auch im Finanzausschuss konstruktiv mitgearbeitet und nicht blockiert um des Blockierens willen. Dank dafür an Sie, Herr Riemann – er ist nicht da –, Herr von Storch und auch Herr Liskow. Dafür danke ich Ihnen wirklich, weil ich das unter parlamentarischer Arbeit verstehe. Ich verstehe nicht darunter, so, wie Sie es hier dargestellt haben, Herr von Storch, dass die Koalition alle Vorschläge der Opposition übernimmt und nur, wenn sie das tut, dann arbeitet sie parlamentarisch sauber und ordentlich. Das ist ein verkehrtes Weltverständnis von parlamentarischer Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Liebe Kollegen der CDU, Sie waren die Spielchen Ihrer eigenen Fraktionsspitze leid und Recht haben Sie, meine Damen und Herren. Dafür danke ich Ihnen noch mal ganz ausdrücklich im Namen meiner Fraktion! Das Problem allerdings, das damit verbunden ist für Sie, ist die Tatsache, dass trotz dieser guten Ansätze die Öffentlichkeit vor allem Ihr Agieren als Fraktion wahrnimmt, und zwar insgesamt, und dabei kommen Sie dann bei weitem nicht mehr so gut weg.

Meine Damen und Herren, die Spielchen um zusätzliche Anhörungen, um Bepackungsverbote und angebliche Verfassungswidrigkeit haben nur das Ziel, die Haushaltsberatungen zu behindern und die Verabschiedung des Haushaltes zu verzögern. Damit, sage ich Ihnen ganz ausdrücklich, schaden Sie als CDU-Fraktion all denen, die dringend auf die Verabschiedung des Haushaltes warten, all die Vereine, Verbände, die endlich Geld brauchen, um ihre Arbeit für und an den Menschen fortzusetzen.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Das hätten Sie dann zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sind gegen jede Kürzung, die von uns vorgeschlagen wurde, wirklich gegen jede. Gleichzeitig sind Sie aber für jede Mehrausgabe, die Ihnen gerade mal einfällt. Sie sind für Stellenabbau in der Landesverwaltung, nur nicht bei der Gruppe, die gerade vor dem Landtag demonstriert. Das ist keine Politik, das ist Bauernfängerei und Polemik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Egbert Liskow, CDU: Das stimmt doch so
nicht! Sie müssen bei der Wahrheit bleiben.)

Ich sage Ihnen, auf die Opposition und deren weitere Vorschläge zu warten, hieße wertvolle Zeit zu verlieren, Zeit, die wir in diesem Land nicht haben.

Mit diesem Doppelhaushalt legen wir den Grundstein für eine langfristige Konsolidierung der Landesfinanzen und so bewahren wir, ausdrücklich wir, den politischen Handlungsspielraum, und zwar durch konsequente Schwerpunktsetzung bei der Lösung der wichtigen Zukunftsaufgaben des Landes. Ich gehe davon aus, dass die deutsche Wirtschaft nach drei Jahren der Stagnation – das ist unbestritten – jetzt endlich wieder in eine Aufschwungphase hineinkommt. Es gibt Anzeichen für ein Anspringen der Konjunktur, was offenbar die Oppositionsfraktion im Land, aber auch im Bund irritiert, verunsichert und beängstigt. Eine nachhaltige Belebung des Arbeitsmarktes wird sich aber erst – und da sind sich alle Fachleute einig – mit einiger Verzögerung einstellen. Damit bleibt einer der Eckpfeiler des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts instabil und gestört.

Meine Damen und Herren, so lange die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Beschäftigungsentwicklung besteht, so lange müssen wir gemeinsam bereit sein, die Verschuldung über die Regelkreditobergrenze hinaus anzuheben. Alles andere wäre konjunkturpolitisch unverantwortlich, unverantwortlich aber auch den Menschen gegenüber, denen wir verpflichtet sind, eine neue Erwerbsperspektive zu verschaffen. Deshalb sagen wir:

1. Die Erhöhung der Kreditaufnahme über die Regelkreditobergrenze verstößt nicht gegen die Verfassung, sondern entspricht ihrem Geist und auch ihrem Wortlaut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

2. Noch tief greifendere Sparmaßnahmen würden die Probleme auf dem Arbeitsmarkt weiter verstärken.
3. Wir gehen einen Weg der Einsparung ohne Strukturbrüche, der der Arbeitslosigkeit entgegenwirkt, ohne dass wir damit unverantwortlich die Zukunft belasten.

Meine Damen und Herren, der Landtag als Haushaltsgesetzgeber kommt für den Haushalt des Jahres 2004 nicht umhin, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und eine schwerwiegende Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung festzustellen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und die Beschäftigungsentwicklung sind für 2004 nicht nur unmittelbar bedroht, sondern ernsthaft und nachhaltig gestört. Anders als im Grundgesetz und in manch anderen Landesverfassungen ist diese Störungserklärung in Mecklenburg-Vorpommern auch bei einer Störung der Beschäftigungsentwicklung möglich. Mit dieser Ausnahmevorschrift darf man mit Sicherheit nicht leichtfertig umgehen. Wir haben es uns auch nicht einfach gemacht dabei. Die nach Artikel 65 Absatz 2 der Landesverfassung gerechtfertigte erhöhte Kreditaufnahme ist nach Umfang und Verwendung bestimmt und geeignet, diese von mir zitierte Störung abzuwehren. Der Landeshaushalt ist wegen seines Umfangs ein wichtiger Faktor für das Wirtschaftsleben und kann als Konjunktur steuerndes Instrument eingesetzt werden.

Nun neigt Politik sicher schnell dazu, in einer solchen haushaltspolitischen Situation volkswirtschaftliche Grundsatzdebatten darüber zu führen, ob es jetzt nicht an der Zeit sei, der ökonomischen Theorie von Keynes folgend mehr Schulden aufzunehmen, was andere Ökonomen wiederum strikt ablehnen. Die Antwort darauf ist recht einfach. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 18. April 1998 unmissverständlich dargelegt, dass die Vorschriften des Grundgesetzes, die denen unserer Landesverfassung entsprechen, auf den ökonomischen Theorien von Keynes gerade beruhen, wonach sich kontinuierliche Konjunkturzyklen durch finanzpolitische Maßnahmen des Staates beeinflussen lassen. Danach sei es vor allem in den Industriestaaten ökonomisch angezeigt und politisch geboten, die staatliche Haushalts- und Finanzpolitik im Interesse der Konjunktur stabilisierung auf eine antizyklische Steuerung des Konjunkturablaufs auszurichten und die dazu notwendigen rechtlichen Instrumentarien zu schaffen, so das Bundesverfassungsgericht. So viel auch zu den angeblich verstaubten Theorien des Ökonomen Keynes, vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich hervorgehoben.

Ein Weiteres hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt.

Ich weiß, das ist jetzt eine trockene Materie, aber die Ankündigung der CDU, vor das Verfassungsgericht zu gehen, erfordert schlicht und einfach die klare Darlegung dessen, was ich Ihnen jetzt hier vortrage.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Sie sollten genau zuhören, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Das Bundesverfassungsgericht hat Folgendes klargestellt und das ist wichtig auch für Ihre Argumentation, die Sie hier immer gebracht haben: Ein Vorrang von Investitionsausgaben vor konsumtiven Ausgaben bei der Kreditfinanzierung lässt sich nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichtes nicht ableiten.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushalt ist es der Koalition gelungen, eine Koordination der Haushaltsplanung mit flankierenden gesetzgeberischen Maßnahmen und einer langfristig ausgerichteten Politik in Übereinstimmung zu bringen. Das hier mit dem Haushalt vorliegende Zahlenpaket soll eine Verstärkung des konjunkturellen Abschwungs durch die Haushaltspolitik des Landes vermeiden. Die erhöhte Kreditaufnahme ist im Zusammenhang mit der bereits eingeleiteten und mittelfristigen Konsolidierungspolitik geeignet zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und der Beschäftigungsentwicklung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin vom 31. Oktober vergangenen Jahres hat allen politisch Verantwortlichen in den Ländern noch einmal nachdrücklich die engen Voraussetzungen vor Augen geführt, die wir aber mit dem vorliegenden Haushalt allesamt erfüllen. Wir müssen uns eins vor Augen halten: Niemand geht leichten Herzens den Weg über die Ausnahmevorschrift des Artikels 65 Absatz 2 der Landesverfassung. Würden wir aber diesen Weg jetzt nicht gehen, müssten wir stattdessen den Fehlbetrag spätestens im Haushaltsplan für das übernächste Haushaltsjahr einstellen.

Das hieße, über die in der Mittelfristigen Finanzplanung ohnehin vorgesehenen Kürzungen hinaus weitere schmerzhaft Einschnitte vornehmen zu müssen. Dieser Weg ist nach unserer Auffassung falsch und würde die Impulse, die wir dann schon erwarten, für die wir sorgen wollen, wieder im Keim ersticken, meine Damen und Herren, und das kann nicht unser Wille sein.

Jetzt für 2004 weitere Einsparungen ohne zusätzliche Kreditaufnahme vorzunehmen wäre ebenso kontraproduktiv. Das hieße, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder die Störung in der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung zu vertiefen. Ich sage Ihnen hier ganz deutlich: Ein Sparen in die Krise hinein wird und darf es mit uns als SPD nicht geben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Deshalb haben wir alle Maßnahmen im Haushalt darauf ausgerichtet, die Beschäftigungsentwicklung im Land positiv zu beeinflussen, ohne die soziale Ausgewogenheit aus dem Blick zu verlieren.

Mecklenburg-Vorpommern – und das schien hier unstrittig zu sein nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten und der Bestätigung durch Herrn von Storch – kann keine vom Bundestrend abgekoppelte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik machen. Uns ist es aber mit

diesem Doppelhaushalt zentral wichtig, die Grundlagen so zu legen, dass der Zug an Mecklenburg-Vorpommern eben nicht vorbeifährt, wenn die Konjunktur bundesweit anspringt; und dass sie anspringt, dafür spricht doch einiges. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es auch so wichtig, dass wir die Wirtschaftsförderung weiter auf hohem Niveau halten.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Das ist ganz entscheidend, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und zukunftsfähige neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen weiterhin in der Wirtschaftsförderung die Mittel, die uns der Bund zur Verfügung stellt, in vollem Umfang nutzen. Der Bund hat gegenüber der ersten Planung für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ weitere 236.500 Euro für das Jahr 2004 bereitgestellt. Der seitens des Landes ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
230.000 Euro? Doch so viel?!)

Wäre Ihnen gar nichts lieber gewesen oder was?

... notwendige Kofinanzierungsanteil – wir reden über den Landeshaushalt, Kollege – in gleicher Höhe wird im Rahmen dieses Doppelhaushalts aufgebracht. Ich wüsste nicht, dass Sie dagegen gestimmt haben im Finanzausschuss, aber gut, wenn Sie meckern wollen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Damit stehen für Infrastrukturinvestitionen einschließlich des Bundesanteils mehr als 77 Millionen Euro zur Verfügung, für Investitionen privater Unternehmen sogar rund 115,6 Millionen Euro. Das schafft und erhält Arbeitsplätze und genau das wollen wir!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und, meine Damen und Herren, solange für die Werften im Land die Kapazitätsbeschränkungen der EU noch gelten, sind die Werften auf Wettbewerbshilfen angewiesen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig!)

Daran hängen viele tausend Arbeitsplätze,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

nicht nur auf den Werften,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

sondern auch bei vielen mittelständischen Unternehmen im Land!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut,
Herr Schlotmann! – Regine Lück, PDS:
Das sehe ich genauso.)

Deshalb haben wir in einer enormen Kraftanstrengung gemeinsam mit der PDS – Ihr Grinsen müsste Ihnen da gleich wieder vergehen – den Haushaltsansatz für 2004 für die Werften um 6,7 Millionen Euro und für 2005 um 6,3 Millionen Euro angehoben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist konkrete und verantwortungsbewusste Politik zur Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen auf den Werften und der Zulieferindustrie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Regine Lück, PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Zwischendurch sei auch noch einmal angemerkt, meine Damen und Herren, ich habe in der Sitzung zur Ersten Lesung dieses Haushaltes vor allem auch der Opposition versucht, in Erinnerung zu rufen, dass es einiges, vielleicht sogar vieles hier im Land gibt, was wir alle gemeinsam – Sie, wie die SPD, wie die PDS und andere, viele andere – hier im Landtag in den zurückliegenden 13 Jahren auf den Weg gebracht haben. Und ich sage Ihnen noch einmal wie schon bei der Ersten Lesung: Reden Sie deshalb nicht alles immer in Grund und Boden! Sie schaden nicht nur sich selbst, sondern allen anderen mit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das sehr zarte Pflänzchen, das sich am Arbeitsmarkt andeutet –

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

ich drücke dies sehr bewusst ganz sorgsam und vorsichtig aus, weil ...

Wir sind eigentlich positiv denkende Menschen. Wenn Sie da destruktiv sind, dann ist das Ihr Problem, damit müssen Sie klarkommen.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Ich drücke dies sehr bewusst ganz sorgsam und vorsichtig aus,

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

das zarte und sehr anfällige Pflänzchen am Arbeitsmarkt darf jetzt nicht durch einen rigorosen Sparkurs auf Teufel komm raus kaputtgespart werden. Haushaltspolitik ist für mich und meine Fraktion eben mehr als eine Aneinanderreihung von Zahlen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, die Arbeitslosenzahlen vom Januar liegen in Mecklenburg-Vorpommern jetzt schon im dritten Monat in Folge unter dem jeweiligen Vergleichsmonat des Vorjahres. Das ist keineswegs in allen Bundesländern so. So viel zu dem zarten Pflänzchen, das Sie übersehen, weil Sie nur das große Ziel vor Augen haben.

(Andreas Petters, CDU: Statistische Effekte!)

Trotzdem ist die Beschäftigungsentwicklung im Land nach wie vor schwerwiegend gestört. Das zeigen vor allem die weiterhin bedrückenden Zahlen bei den Langzeitarbeitslosen, aber auch bei der Jugendarbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren, die soziale Balance in Haushaltsberatungen zu bewahren ist und bleibt einer der Schwerpunkte dieser Koalition und ist – das verhehle ich überhaupt nicht – gleichzeitig eine für uns alle unangenehme, mehr als unangenehme Gratwanderung. Trotzdem: Kürzungen im Haushalt sind allein schon deshalb unumgänglich, weil unter anderem auch die Mittel aus dem Solidarpakt zurückgehen und bis 2019 ganz wegfallen werden. Darauf müssen wir uns doch heute in unserer Ausgabenpolitik einstellen, ohne Ansehen der Tatsache, dass vielleicht Sie dann irgendwann davon profitieren. Wir

stellen uns aber jetzt der Verantwortung, wir haben das nicht so gemacht wie Sie. Dass wir dafür in der Öffentlichkeit nicht unbedingt große Umfragewerte erzielen, das werden wir hinnehmen müssen, aber wir kneifen nicht. Das haben Sie getan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, gegen den Widerstand der Opposition erhalten wir die Härtefallkommission, haben wir die Mittel für Civitas-Projekte zum Kampf gegen Rechtsextremismus aufgestockt, haben wir Mittel für den Integrationsfachdienst in Rostock zur Unterstützung der beruflichen Eingliederung von Migrantinnen und Migranten zur Verfügung gestellt. Und ich sage Ihnen, diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. All das wollten Sie nicht?! Das müssen Sie den Leuten draußen sagen!

(Reinhardt Thomas, CDU: Machen wir auch. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das tun Sie aber nicht, das tun Sie nicht!

Meine Damen und Herren, eines der dominierenden Themen der Haushaltsberatungen waren ganz sicher die Beratungen um den Stellenabbau in der Landesverwaltung. Dass wir im Vergleich zu anderen westdeutschen Flächenländern zu viel Personal haben, wussten und wissen wir nicht erst seit der Herbststeuerschätzung. Diese hat aber die prekäre Situation des Landes zu diesem Thema noch viel deutlicher gemacht.

Wir in der SPD-Fraktion haben die Diskussion von Anfang an mit sehr großem Ernst und sehr verantwortungsbewusst geführt und begleitet. Wir reden hier – technisch – über die Ausbringung von kw-Vermerken. In der Realität, meine Damen und Herren, würde das Kündigung heißen, Kündigungen in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich
denke, das zarte Pflänzchen blüht?!)

Deshalb ...

Den Zusammenhang können Sie ja, wenn Sie dann zum Schluss als neunter Redner der CDU hier in die Bütt gehen, noch einmal darstellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, sollte es auch bei uns – so wie in Sachsen-Anhalt, Berlin und Brandenburg – möglich sein, sich mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf sinnvolle, tragfähige und sozial akzeptable Lösungen zu verständigen, das heißt, eine tarifliche Vereinbarung herbeizuführen. Dafür stehen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dafür stehen wir. Wir wollen keine Entlassungen, wie das von der Union in der Vergangenheit immer wieder gefordert und praktiziert wurde. Und dieses langfristige/mittelfristige Personal-konzept, das Ihr Fraktionsvorsitzender im Interview und anderswo verkündet, ist nichts anderes als Personalabbau durch Kündigungen, nichts anderes, meine Damen und Herren. Das haben Sie den Leuten draußen aber nicht gesagt, da haben Sie den Leuten nach dem Mund geredet. Ich möchte Sie einmal erleben, wenn Sie in einer ernsthaften Konfrontation mit den Kolleginnen und Kollegen stehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sind doch heute schon vor 6.00 Uhr gekommen, damit Sie nicht mit den Gewerkschaften reden müssen.)

Lieber Kollege, ich war unten und habe die Kollegen zurzeit bei mir sitzen, sie warten auf mich. Also erst einmal überlegen, bevor Sie solche Zwischenrufe machen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Torsten Koplin, PDS)

Außerdem kann ich mich noch sehr gut an meine Zeit erinnern, als ich mit meinen Gewerkschaftern gegen Ihren CDU-Kollegen Brick demonstriert habe. Aber auch da hat man im Sinne vernünftiger Gespräche eine Lösung gefunden, der Sie sich verschließen aus populistischen Gründen. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns liegt in der Bildungs- und Hochschulpolitik, da sind wir uns alle gleich, in der Auffassung zumindest.

In einer Auffassung sind wir uns nicht gleich: Ich sage, wir sagen, dieser Doppelhaushalt wird dem gerecht. Dafür haben wir in der Bildungs- und Hochschulpolitik sehr lange sehr hart gerungen – auch intern, das ist gar kein Geheimnis –, bis wir die hier vorliegenden Ergebnisse gefunden haben. Für unsere Schulen und Hochschulen haben wir sinnvolle Lösungen gefunden. Hier will ich allen Beteiligten von der Landesregierung und den Fraktionen sowie den entsprechenden Vertretern aus den Hochschulen für diese konstruktiven Verhandlungen danken.

Meine Damen und Herren, zur Absicherung der hundertprozentigen Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2004/2005 können wir trotz der schwierigen Haushaltslage den Bedarf von 883 zusätzlichen Lehrerstellen finanzieren.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Bitte?)

200 Stellen haben wir zusätzlich ins System bekommen. Für 663 Stellen sind Lösungen im Schulbereich selbst gefunden worden. Und, das sage ich hier ganz bewusst und ganz betont, ...

(Unruhe bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Hören Sie doch bis zum Ende zu, dann können Sie das ja kommentieren!

... wir haben hier Lösungen gefunden, die, das wissen wir, dazu stehen wir und das vertreten wir, zum Teil schmerzlich sind, aber auch behutsam – und ich betone, behutsam –, wenn wir das zum Beispiel vergleichen mit anderen Ländern,

(Heike Polzin, SPD: Wenn
wir das mit 1992 vergleichen.)

Ungleichgewichte beseitigen oder die Ideen von Herrn Wutzke. Er war, glaube ich, einmal Kultusminister der CDU hier im Land.

(Heike Polzin, SPD: Ja, ja.)

Wir haben also versucht, behutsam Ungleichgewichte zu beseitigen und die Unterrichtsqualität so wenig wie möglich zu belasten.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Wir stehen dafür ein, dass das Maß an erreichbarer Bildung allein von den bestmöglich geförderten individuellen Fähigkeiten der Kinder abhängt

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ja, deswegen machen Sie die Klassen größer!)

und eben nicht vom Einkommen der Eltern.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dafür – das sage ich Ihnen ausdrücklich – stehen wir von der SPD-Fraktion.

(Unruhe bei Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Förderstunden abgeschafft.)

Meine Damen und Herren, das zweite große Zukunftsthema sind die Hochschulen. Wir haben um diesen Doppelhaushalt auch so hart gerungen, damit die Hochschulen weiter die Leistungsträger und Impulsgeber für das Land bleiben können.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Aber, auch das sage ich in aller Deutlichkeit, die Hochschulen müssen und werden ihren Beitrag zu den Konsolidierungsmaßnahmen bringen. Dieser Beitrag ist aber so gestaltet, dass dort keine Impulse gebremst oder abgeschafft werden. Wir haben unseren Hochschulen 2002 Planungssicherheit garantiert und diesem Ziel sind wir wieder ein Stück näher gekommen.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Näher gekommen, ach so. Das hört sich gut an. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Das kann man sicherlich unterschiedlich definieren oder bewerten oder es ist dann nachher Ihre Aufgabe.

In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, den Hochschulkorridor bei Einsparvorgaben nicht anzutasten. Das wird gerne vergessen, meine Damen und Herren. Auch in diesem Jahr erhalten die Hochschulen im Vergleich zu Reduzierungen in allen anderen Bereichen des Landes 10 Millionen Euro mehr als 2003, insgesamt also 376 Millionen Euro. Das sind rund 12.000 Euro pro Student. Bei den jetzt anstehenden Sparmaßnahmen im Bereich der Personalausgaben müssen, auch aus Gründen der Gerechtigkeit – diskutieren Sie mit den Kollegen, die zum Beispiel heute Vormittag draußen demonstriert haben –, die Hochschulen beteiligt werden. Über die Höhe haben wir hart verhandelt und einen Kompromiss erreicht, den wir hier mit gutem Gewissen vertreten können.

Meine Damen und Herren, ich komme zu weiteren heißen Eisen dieser Haushaltsberatungen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Alles wird gut!)

Auch bei den Kommunalfinzen werden unsere Ansichten sicherlich auseinander gehen. Ich sage Ihnen aber, trotz der dramatischen Finanzsituation ist es uns gelungen, die Kommunen entgegen dem ursprünglichen Haushaltsplanentwurf deutlich besser zu stellen. Und ich sage Ihnen, diese Geschäftsordnungsspielchen, die Sie hier zu Beginn der Sitzung veranstaltet haben, glauben Sie wirklich, das war eine inhaltliche Bereicherung der Diskussion für die Handlungsfähigkeit von Kommunen? Ich sage Ihnen, das war reines populistisches Taktieren, weil Sie ganz genau geplant haben, das medientechnisch zu verbraten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber, ich denke, Sie sollten das Haus an der Stelle doch ernst nehmen, so, wie Sie es selber fordern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, die Koalition hat den Ansatz im Haushalt für die Kommunen immerhin um 35 Millionen Euro angehoben.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Das wird vielen nicht genug sein. Auch viele in unseren eigenen Reihen, mich eingeschlossen, hätten sich sicherlich mehr vorstellen können. Aber um angesichts des im August vorgelegten Haushaltes und der Novembersteuerschätzung nicht zu weiteren Kürzungen im Finanzausgleich greifen zu müssen, ist dies eigentlich schon ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft ist nach wie vor einer der strukturbestimmenden Wirtschaftszweige in Mecklenburg-Vorpommern. Ich hoffe, wenigstens das ist unbestritten bei Ihnen.

(Vincent Kokert, CDU: Das stimmt.)

Trotz des Mittlückganges ist es mit dem Doppelhaushalt gelungen, die förderpolitischen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, die Fischerei und die Ernährungswirtschaft entsprechend der Vorgaben des Operationellen Programms und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ durch landespolitische Vorgaben fortzuführen, zu stabilisieren und sogar den Möglichkeiten entsprechend auszubauen. Weiterhin geben wir im Bereich der Agrarwirtschaft der Förderung von Investitionen den Vorrang, meine Damen und Herren. Mecklenburg-Vorpommern ist im Osten das einzige Bundesland, das noch – und ich betone, noch – Wege gefunden hat, jeden Euro aus Brüssel gegenzufinanzieren. Auch das sollten Sie vielleicht einmal in der Öffentlichkeit thematisieren, weil das etwas Positives für das Land ist. Aber da versagt Ihnen dann immer die Stimme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, ja, Herr Riemann!

Meine Damen und Herren, wir stehen auch in Zeiten knapper Kassen zu unserer Verantwortung gegenüber der Umwelt und damit auch zur Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben Umweltpolitik abgeschrieben. Tut mir Leid, Frau Holznagel, dem ist leider so.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

In Ihrem Papier ...

Gucken Sie doch in Ihre eigenen Papiere rein! Das würde vielleicht manchmal helfen.

In Ihrem Papier „Opposition und Alternative“ kommt Umweltpolitik gar nicht mehr vor.

(Vincent Kokert, CDU: Was?)

Allenfalls als Verhinderer wirtschaftlicher Tätigkeit wird Umweltschutz dargestellt und Naturschutz als überzogen diffamiert. Das sind Ihre Aussagen zur Umweltpolitik.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Hervorragend, richtig Klasse! Sie haben den Zug der Zeit richtig verpasst.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Fragen
Sie mal Ihren Wirtschaftsminister!)

Ein Beispiel ...

(Vincent Kokert, CDU: Der
lacht schon. Gucken Sie mal!)

Den können Sie fragen, das ist kein Thema.

(Heiterkeit und Unruhe bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ein Beispiel dafür, dass wir das anders sehen: ...

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Sie müssen die Leute doch nicht für dumm verkaufen. Stellen Sie sich hier hin, vertreten Sie diese Position und dann kann man sich damit auseinander setzen. Aber durch solche Zwischenrufe, die kein Mensch mitbekommt, ist das einfach eine unfaire Art und Weise, Leuten etwas Falsches zu suggerieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Meine Damen und Herren, ein Beispiel dafür, dass wir das anders sehen: Die Stiftung „Umwelt- und Naturschutz Mecklenburg-Vorpommern“ bekommt die finanziellen Mittel für ihre Arbeit und für weitere Flächenkäufe weiter finanziert.

Meine Damen und Herren, wie geht es jetzt weiter? Wir werden heute einen Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre beschließen. Das gibt uns auch die Möglichkeit, wenn wir denn wollen, aber ich hatte da so etwas anklingen hören bei Herrn Riemann, vor auszudenken, neue Dinge auch jetzt schon anzuschieben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo sind neue Dinge?)

die dann ...

Na, warten Sie doch mal ab, Mensch!

... bei den nächsten Haushaltsberatungen umgesetzt werden können. Aus meiner Sicht dazu einmal Folgendes: Wir reden alle von Deregulierung oder Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung. Es gibt aber auch die politische Forderung, der ich sehr viel Sympathisches abgewinnen kann, zum Beispiel zukünftig seine Steuererklärung auf einem Bierdeckel machen zu können. Das muss nicht unbedingt ein Bierdeckel sein, aber das Prinzip ist ja nicht verkehrt. Und Herr Riemann hat auch etwas zur Änderung der LHO in einem anderen Zusammenhang gesagt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben Sie
aber nicht verstanden, was wir da wollen.)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was machen wir denn, was machen wir als Parlament zu dem Thema?

Da sage ich Ihnen: Wir bewegen in den Haushaltsberatungen zum Beispiel Papier in kaum zu überschauender Menge, Einzelpläne über Einzelpläne, Titel über Titel, ich würde mal übertreiben und sagen, tonnenweise Papier, ohne dass wirklich jeder einzelne Abgeordnete – das behaupte ich einfach – jede einzelne Textzeile dieser riesigen Berge durchgearbeitet und gelesen hat, weil das einfach nicht machbar ist. Da sage ich Ihnen, das können ansatzweise noch Experten durchschauen. Wir verlieren uns im Finanzausschuss, in den einzelnen Fachausschüssen in Debatten über die Umschichtung von kleinsten Beträgen vom Titel A zum Titel B. Fraktionsmitarbeiter schreiben ohne Unterlass Änderungsanträge über Änderungsanträge. Ich stelle hier einfach mal die provokante Frage: Wo ist denn da die Deregulierung bei uns, zum Beispiel im Haushaltsrecht?

Voranstellen möchte ich grundsätzlich: Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments und – da können Sie mich beim Wort nehmen – das darf nicht ausgehöhlt werden! Ich sage Ihnen aber trotzdem: Stattdessen muss es neu organisiert werden! Ich bin sehr dafür, bis zu den nächsten Haushaltsberatungen Neues zu denken und vorzubereiten. Wir sollten einfach mal schauen, wie weit denn andere Bundesländer bei dem Thema sind, Rheinland-Pfalz zum Beispiel. Wo sind wir da einzuordnen? Können wir das vielleicht übernehmen? Können wir bestimmte Dinge selber entwickeln? Das heißt auch, nicht Halt machen bei dem, was andere vielleicht tun.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich fordere Sie einfach auf: Lassen Sie uns darüber unbefangen nachdenken, wirklich unbefangen und ohne Tabus! Ich biete Ihnen an: Lassen Sie uns darüber diskutieren!

An dieser Stelle möchte ich dem im Moment nicht anwesenden Noch-Präsidenten Tanneberg danken für seine Arbeit. Das passt hier nämlich hinein, weil ich mir sicher bin, dass auch ein Rechnungshof ein großes Interesse daran hätte, wenn die Strukturen von Haushalten einfacher gebastelt würden, wenn die Methodik anders gebastelt werden könnte. Ich würde Herrn Tanneberg von dieser Stelle aus auch bitten, an ihn appellieren, uns seine Erfahrungen bei solchen Diskussionen zur Verfügung zu stellen. Ich denke, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern in den Zeiten nach der Wende in den ersten Jahren viel zu oft auf die Erfahrungen älterer Kolleginnen und Kollegen, älterer Leute aus dem Land verzichtet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Deswegen denke ich mir, in diesem Zusammenhang sollte man das ruhig nutzen, meine Damen und Herren.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich glaube, er ist dafür der richtige Mann.

Ich sage zum Schluss, die Koalition legt Ihnen hier und heute einen verantwortungsbewussten Haushalt für die Jahre 2004 und 2005 vor. Und, meine Damen und Herren, in der Abstimmung wird sich zeigen, wer bereit ist, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen und sich nicht in die Schmollecke zu stellen. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben sich in großer Verantwortung der schwierigen Haushaltslage gestellt. Wir sind nicht abgetaucht, wir haben niemandem etwas versprochen, was wir nicht halten können.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Und wir haben dort Korrekturen vorgenommen, wo wir dies verantworten können und wo wir es für zwingend erforderlich halten, meine Damen und Herren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe Ihr Wahlprogramm noch.)

Oh, oh! Dann zeige ich Ihnen mal ein paar CDU-Wahlprogramme. Ich zeige Ihnen allein das Ahlener-Programm. Herr Riemann, Sie würden drei Saltos in Ihrem Sarg schlagen, wenn Sie denn mal nicht mehr unter uns weilen. Also halten Sie sich zurück mit Wahlprogrammen, da sitzen Sie im Glashaushalt!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das ist ja nicht mehr auszuhalten!)

Ich sage Ihnen, auch wenn es der Opposition nicht gefallen wird, ich habe gerade Herrn Tanneberg gedankt und ich danke jetzt ausdrücklich der Finanzministerin unseres Landes. Wir wissen alle, dass wir trefflich mit Frau Keler streiten können, sehr trefflich streiten können. Sie ist also sehr Streitbar. Es ist aber auch unbestritten – und da sollten Sie sich wirklich einmal überwinden und das auch einmal anerkennen –, dass sie den Mut hat und ihre Frau steht und nicht ausweicht, keiner Auseinandersetzung, weder mit Ihnen noch mit jemand anderem. Und deswegen möchte ich für meine Fraktion Frau Keler hier Respekt für die Leistung zollen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

die sie letztendlich mit diesem Haushalt vollbracht hat. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über die finanzpolitisch schwierige Situation sind wir uns eigentlich alle im Klaren und das Minuszeichen, das sich nun schon seit fast drei Jahren vor unseren Rahmenbedingungen der Politik befindet, ist immer dicker geworden. Und auch ich möchte noch einmal sagen, dass aufgrund bundespolitischer Entscheidungen weitere Verschlechterungen in den letzten Jahren auf uns zugekommen sind. Die Agenda 2010, die Reformpakete, insbesondere das, was uns ab 2005 mit der Hartz-Gesetzgebung erreicht, wird zu keiner Entlastung führen, nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern, nicht bei den Ländern und schon gar nicht bei den Kommunen.

Unsere Arbeitsmarktzahlen sprechen eine deutliche Sprache. Und auch in diesem Zusammenhang müssen wir uns die Frage gefallen lassen, ob die Maßnahmen, die wir unternehmen können aufgrund dieser Rahmenbedingungen, ausreichend sind, um notwendige Entscheidungen zu treffen. Diesen Realitäten hat sich jeder zu stellen. Der Doppelhaushalt gibt darauf Antworten, weil wir mit weniger Einnahmen rechnen müssen und es nur zwei Alternativen gibt in dieser Situation, erstens, die Ausgaben zu reduzieren – dann steht alles angesichts dieser Rahmenbedingungen, was im Ausgabenbereich im Doppelhaushalt ist, auf der Tagesordnung –, und zweitens,

sich zu fragen: Kann man sich dafür weiter verschulden und die Belastungen im Ausgabenbereich tragen?

Und die Kreditaufnahmen, die wir bisher zu schultern haben? Vielleicht sage ich doch noch einmal die Ausgangsdaten. Unser Haushalt hat – überfinanziert aufgrund der Leistungen des Solidarpaktes und des Länderfinanzausgleichs – ein Volumen von etwas über 7 Milliarden Euro. Unsere Verschuldung beträgt 10,5 Milliarden Euro.

(Ministerin Sigrid Keler: Nee, das stimmt nicht. Es sind 9,5 Milliarden Euro.)

Jedes Unternehmen, meine Damen und Herren, wäre längst pleite.

Und diese oder zumindest die geplanten 10,5 ...

Frau Finanzministerin korrigiert mich soeben,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

Ich kann es gerne auch noch einmal auf reale 9,7 Milliarden Euro bringen. Fakt ist aber zumindest eines – und ich hoffe, da sind wir uns dann einig –, dass wir das jährlich mit über 500 Millionen Euro an Zinsen bezahlen müssen. Und das sind die Ausgangsbedingungen und das sind die Realitäten, worauf jeder von uns eine Antwort finden muss und sagen muss: Wie gehen wir damit um?

Der Doppelhaushalt hat Handlungsfähigkeit bewiesen, hat bewiesen, dass man Prioritäten setzen kann und dass man auch entsprechende schlechte Botschaften damit verbindet. Auf das Wo, Herr Riemann, komme ich gleich noch einmal zu sprechen.

Anders als meine Vorrednerinnen und Vorredner – und ich schließe an die Debatte, die wir heute Morgen ganz kurz abgepackt haben, an – glaube ich allerdings, dass der Doppelhaushalt 2004/2005, den wir verfassungskonform aufgestellt haben, was das Ziel der Koalition war, mit etwa 50 Millionen Euro Luft,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

mit einer so genannten Reserve, hart auf Kante genäht ist und dass entgegen dem, was wir geplant haben, nichts passieren darf, dass er auch haushaltskonform durchgestritten werden kann.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und da habe ich natürlich gegenwärtig erhebliche Bedenken, auch wenn ich die Auffassungen – es ist ja auch mein Spezialgebiet – so ein bisschen von Herrn Schlotmann teile. Auch ich würde gerne eine Steuererklärung auf dem Bierdeckel machen, möglichst auch noch dabei ein Glas Rotwein trinken.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Auf einem Bierdeckel und dann ein Glas Rotwein, das passt doch nicht!)

Aber wenn das bedeutet, dass wir unkommentiert die Schlacht auf Bundesebene „Wer hat denn das billigste Steuerkonzept für die Unternehmerinnen und Unternehmer und nicht für die Bürger?“, begleiten, dann sage ich: Stopp! Weil uns nämlich auch im Bereich der Steuerpolitik nicht das ereilen darf, worüber sich alle streiten. Ich erwähne einmal das Steuerkonzept, was Sie in der Vereinfachung, aber auch materiell auf den Tisch gelegt haben, meine Damen und Herren von der CDU. Das heißt: minus 10 Milliarden Euro Einnahmen im Bundesbereich,

(Rudolf Borchert, SPD: Katastrophe!)

und das können wir umrechnen auf Länder und Kommunen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
6,5 war Toll Collect!)

Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen, wir überprüfen mal schnell die Verfassungsmäßigkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

In dieser Frage, Herr Riemann, würde ich Sie gerne an etwas erinnern.

(Peter Ritter, PDS: Ist doch egal, ist alles eins.)

Wir haben uns darauf verständigt, weil wir berechnete Fragen der CDU-Fraktion beantworten wollen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

mit Hilfe von externem Sachverstand im Finanzausschuss des Landtages diese Frage zu bereden. Offensichtlich brauchen wir das nicht mehr, denn die CDU-Fraktion hat für sich die Antworten heute gegeben: Sie geht zum Verfassungsgericht.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Was soll dann noch die Debatte der Koalition mit der Opposition im Finanzausschuss? Die können wir uns wahrlich sparen, im Übrigen dann auch die Reisekosten für diejenigen, die wir eingeladen haben. Das wäre ja auch ein Beitrag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

So viel dann zur Frage, Offenheit oder eher Scheinheiligkeit in Politik.

(Wolfgang Riemann, CDU: Parlamentarische
Demokratie! – Gabriele Schulz, PDS:
Ja, ist es denn so?)

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal:

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Steuerausfälle fallen nicht einfach vom Himmel, sondern sie sind auch Entscheidungen von Politik. Und ich mahne uns noch einmal an, uns auch aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern heraus in der aktuellen Steuerdebatte dafür einzusetzen, dass in dem Verfahren „Vereinfachungen und Gerechtigkeit im Steuersystem“ nicht am Ende Kommunen, Länder und die Bürgerinnen und Bürger auf der Strecke bleiben – das deutet sich nämlich an –

(Beifall Peter Ritter, PDS)

denn dann bekommen wir in den nächsten Jahren noch ganz andere Entscheidungen hier. Insofern noch einmal mein Appell: Lassen Sie uns über die Erbschaftssteuer reden! Lassen Sie uns darüber reden, dass kleine und mittelständische Unternehmen eine etwas anders geartete Unternehmenssteuerreform brauchen, als wir sie – auch mit unseren Stimmen, weil Sie das ja dann sowieso wieder bringen – auf den Weg gebracht haben.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Die Entscheidungen zum Doppelhaushalt zeigen eben nicht, was ich manchmal so aus verschiedenen Presse-

mitteilungen der CDU-Fraktion entnehmen kann – spare, koste es, was es wolle –, sondern sie haben sehr wohl die gegenwärtigen Bedingungen berücksichtigt. Und deshalb zeigt dieser Doppelhaushalt auch eine etwas andere Farbe als zum Beispiel vergleichbare Doppelhaushalte in CDU-FDP-Koalitionen, SPD-FDP-Koalitionen, Grüne und so weiter und so fort. Ich finde es auch nicht gut, wenn wir aufgrund der Beschreibung der finanzpolitischen Bedingungen immer sagen, wir machen ja aber da nichts anderes oder die CDU, die dort regiert, und die Opposition hier oder die SPD dort oder die PDS in Berlin oder in Mecklenburg-Vorpommern.

Warum sage ich das? Weil vieles von dem, was wir gemeinsam erreicht haben in der Entwicklung unseres Landes, auf das wir aufbauen können, was normal ist, wo sich Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen, das ist für uns oftmals gar nichts mehr wert. Und natürlich werden wir heute – ich nehme an, von Ihnen, Frau Fiedler-Wilhelm – hören, wie schlimm denn die Situation im Bildungsbereich ist und was diese rot-rote Regierung da alles versaut. Ich sage hier noch einmal klar: Seit 1998 sind in dem Bereich Schule über 200 Millionen Euro mehr in die qualitative Ausgestaltung des Systems geflossen – mehr Mathe und Deutsch, Aufstockung des naturwissenschaftlichen Unterrichts, endlich Regionalschule statt starrer Dreigliedrigkeit, Rückkehr zum 12-Jahres-Abitur.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Warum vergessen wir eigentlich, dass ...

(Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Mensch, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das
glauben Sie doch selber nicht!)

meine Tochter ist jetzt in der 13. Klasse. Ich sage Ihnen, ich hätte ihr dieses 13. Schuljahr gern erspart.

(Beifall und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Wir auch. –
Wolfgang Riemann, CDU: Wir ja auch.)

Ich weiß gar nicht, wer regiert hat zu diesem Zeitpunkt!

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Peter Ritter, PDS)

Aber warum gelingt es uns denn nicht, wenn wir uns einig sind, in der Debatte darüber endlich zu sagen, ja, es ist überparteilich gelungen, wieder das 12-Jahres-Abitur in Mecklenburg-Vorpommern einzuführen

(Beifall Peter Ritter, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Das dauert doch aber zu lange!)

und damit Bildungswege zu verkürzen?!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hätte man
doch erst gar nicht zu machen brauchen.)

Nein, Herr Dr. Born, wir sind gar nicht mehr bereit,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch!)

gute Entscheidungen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch!)

die ja nicht unbedingt nur auf der rot-roten Regierung fußen, sondern die ihre Vorarbeit in den anderen Koalitionen hatten, für dieses Land einmal hervorzuheben und zu

sagen: Trotz der schwierigen Situation bleibt es dabei, trotz der schwierigen Situation geht dieses Land nicht so schofelig mit den Kommunen um, wie es Hessen macht, wie es Sachsen-Anhalt macht, Sachsen und Thüringen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie hätten es doch erst gar nicht zu machen brauchen.)

Warum gelingt uns das nicht?

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Weil es nicht sein darf und weil es eigentlich auch egal ist, dass man den vorschulischen Bereich um 7 Millionen Euro weiter aufstockt, dass wir endlich den Erzieherinnen und Erziehern die Möglichkeit geben, ihre qualitative Arbeit zu verstärken im Interesse, ich sage mal, auch von uns Eltern, den Kindern und Jugendlichen?

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Warum ist es uns kein Wort wert, dass der Wirtschaftsminister dieses Landes durch Unterstützung des Arbeitsministers in jedem Jahr die Ausbildungsförderung des Staates korrigiert, weil unsere Unternehmen zwar hier viel leisten, es aber für das jüngste Bundesland nicht ausreichend ist? Und deshalb sage ich Ihnen: Wer gegen die Ausbildungsplatzumlage ist und die Verantwortung, Unternehmen heranzuziehen, muss weiter 100 Millionen Euro in diesem Land für Ausbildungsplatzförderung zur Verfügung stellen. Das sind doch die Realitäten des Haushaltes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und das sind auch Entscheidungen, denen wir uns am Ende landes- und bundespolitisch stellen müssen.

(Lorenz Caffier, CDU: Dann gründen wir noch 'ne Behörde mehr.)

Natürlich würde ich gerne der kommunalen Ebene wesentlich mehr Geld geben. Ich könnte jetzt ja mal alle bitten, die sich in den Kommunalwahlkampf einbringen, sich zu melden. Es wird wohl kein Arm unten bleiben, selbst wenn ich mich umdrehen würde nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber Sie haben nichts vorzuweisen im Kommunalwahlkampf.)

Aber das hat doch nichts damit zu tun, im gleichen Atemzug zu sagen, finanzpolitisch geben die Rahmenbedingungen des Landes nicht mehr her, außer wir streichen an anderen Stellen. Das wäre die Alternative. Oder – die zweite Frage – warum ist es uns nicht gemeinsam gelungen, tatsächlich eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen, die, sage ich mal, nach Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland die Selbstverwaltung der Kommunen tatsächlich auf finanzielle Füße stellt? Wer war es denn, der am Ende verhindert hat, die Bemessungsgrenze in diesem Bereich zu verändern, Freiberufler mit einzubeziehen, die sich dann wiederum refinanzieren über die Einkommensteuer? Na ich war's nicht!

(Ministerin Sigrid Keler: Wir auch nicht.)

Und in diesem Zusammenhang sind die Fragen zu stellen. Das ist ein ganzheitliches System. Ich glaube, nicht nur die Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker sagen, wir graben uns mit bestimmten Entscheidungen das Wasser selber ab. Und dafür stehen wir nun mal nicht zur Verfügung. Das muss man auch Studentinnen und Studenten, das muss man auch Lehrerinnen und Lehrern, das muss

man Justizvollzugsbeamten, Polizistinnen und Polizisten genauso sagen wie den eigenen Genossen, die bei uns oder bei Ihnen als Parteikollegen auf der Bank sitzen.

Mich hat es schon ein bisschen gestört, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, mit der Karte, die wir heute gekriegt haben: Wir sind doch nicht blöd. Ich habe es laut gesagt: Ich auch nicht. Denn wenn das die Argumentation ist, wenn man gemeinsam Kompromisse ausstreitet, die sicherlich schwer für jede Seite sind, dann sollte man auf so ein Niveau auf dieser Ebene auch nicht mehr gehen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat darauf verwiesen, dass wir im präventiven Bereich nachgesteuert haben, dass wir etwas getan haben für die Arbeit, die vor allen Dingen bei Migrantinnen und Migranten geleistet wird, wo es um 150.000 Euro ging und wo wir fast zwei Monate gebraucht haben, um gemeinsam die Finanzierung regeln zu können wegen dieser Situation. Wir haben auch in diesem Zusammenhang, als es um die Förderung des Kindertelefons ging, auf Initiative der CDU draufgelegt. Das gehört ja auch mal dazu, um nicht stehen zu lassen, dass es nun überhaupt gar keine gemeinsamen Aktivitäten in diesem Bereich gab.

Wir haben die nachhaltige Entwicklung nicht gestoppt. Ich habe ja wieder gehört, Herr Riemann, das Moor-schutzprogramm. Ja, kommen Sie doch mal mit und fragen die Betroffenen, ob die einfach bereit sind, das in die Tonne zu drücken!

(Rudolf Borchert, SPD: Nein.)

Wir können ja auch mal über die Abfallwirtschaft des Landes reden, gerade in Ihrem Kreis, im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Stadt Greifswald.

Also ich sage mal, natürlich kann man dagegen sein, man kann für etwas sein, aber man muss sich entscheiden und diese Entscheidung haben wir getroffen. Es bleibt das Ziel, in diesem Doppelhaushalt zu versuchen, alles das, was wir haben können, zu behalten. Finanzpolitisch heißt es Kofinanzierung der EU-Mittel und der Gemeinschaftsaufgaben. Ich will hier ehrlich sagen, ich glaube nicht, dass wir das erreichen, wenn die globale Minderausgabe ernsthaft auch im Investitionsbereich umgesetzt werden wird. Und in diesem Zusammenhang kann ich natürlich Ihre Kritik verstehen, dass Sie sagen, globale Minderausgaben haben so etwas an sich, wir geben unsere Verantwortung an der Garderobe ab.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig!)

Andererseits sind globale Minderausgaben ein finanzpolitisch normales Mittel, zumindest wenn sie den Bodensatz, der mal übrig bleibt, abfangen sollen. Auf der anderen Seite stellen Sie ja die Frage, ist diese globale Minderausgabe eigentlich ein probates Mittel. Und auch wir haben uns gefragt, wäre es nicht besser, wir würden konkret Projekte und Programme benennen, die wir herausstreichen, um, sage ich mal, der Regierung eine gewisse Unterstützung zu geben. Aber das ist uns nicht gelungen. Und wissen Sie auch, warum? Ich führe das deshalb aus, weil es mir sehr wichtig ist und weil wir darüber in den Ausschüssen gesprochen haben. Diese globale Minderausgabe in Größenordnungen von 41 Millionen Euro ermöglicht es den Fachministerien, selber zu entscheiden, ob sie diese Minderausgaben im Bereich der Personalkosten, im Bereich der Sachkosten, im Bereich von Landesprogrammen, also Freiwilligenleistungen, oder im Bereich von Investitionen bringen. Das ist eine hohe Flexibilität.

Und weil wir uns darauf geeinigt haben, möglichst sensible Landesprogramme und die Investitionen zu schützen, braucht die Landesregierung diese Flexibilität in diesem Bereich, denn wir haben uns geeinigt, dass vor allen Dingen die Ausgaben für IT überprüft werden sollen. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir insgesamt fast 40 Millionen Euro über den Gesamthaushalt für materielle, technische Leistungen der IT-Ausstattung aufbringen. Und ich glaube, jedes Ministerium tut gut daran, vor allen Dingen unter Berücksichtigung der Entscheidung der Landesregierung zur Entwicklung von E-Government, noch mal zu überprüfen, ob denn alle Ausgaben in diesem Bereich tatsächlich jetzt getätigt werden müssen.

Und zur zweiten Sache: Natürlich, nicht erst seit diesem Jahr sagen wir, Beratertätigkeit, Gutachten – lieber zweimal fragen, ob wir diese ansetzen

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig. Gut.)

und ob es immer notwendig ist, dass sich auch Beamtinnen und Beamte rückversichern, weil wir sie nicht genügend unterstützen, auch Letztentscheidungen zu treffen. Das hängt ja auch damit zusammen. Deshalb kann man aus meiner Sicht, indem man den Ministerien sagt, ihr habt diese Möglichkeit zu wählen, auch den Druck im sächlichen Verwaltungsbereich zusätzlich aufmachen. Deshalb verteidige ich in diesem Zusammenhang diese Entscheidung sowohl finanzpolitisch als auch in der Umsetzung. Sie setzt allerdings etwas Vertrauen in die Arbeit der Landesverwaltung voraus. Dass die CDU dieses Vertrauen nicht aufbringen kann, das kann ich fast verstehen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Gut.)

hat aber sowohl sachliche Argumente.

(Peter Ritter, PDS: Aber
verwunderlich! Aber verwunderlich!)

Meine Damen und Herren, natürlich weiß ich, dass mit diesem Doppelhaushalt vor allen Dingen auch Fragen aufgeworfen sind, die Grundsatzfragen für die Arbeit der PDS, für die Arbeit der SPD, aber auch der CDU in diesem Lande sind. Und auch wenn wir heute das Finanzausgleichsgesetz nicht verabschieden, so werden wir es in zehn Tagen tun, und wir werden uns hier entscheiden müssen, die Mindestfinanzgarantie, die wir seit 1998 unseren Kommunen garantiert haben, aufzuheben. Es macht keinen Sinn, ein Prinzip vor sich herzutragen, wenn die finanzpolitische Situation es nicht mehr hergibt, dass wir den Kommunen sagen können, ihr könnt mindestens mit der Summe von 1,28 Milliarden Euro rechnen, weil dieses den Gleichmäßigkeitsgrundsatz, den wir gemeinsam vereinbart haben,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Gramkow,
das haben Sie schon im April versprochen.)

nämlich die Abhängigkeit der Kommunen auch von den Steuereinnahmen, bricht. Das ist keine leichte Entscheidung. Wenn Sie sich aber die Zahlen ansehen, werden Sie sehen, dass die Landesregierung und dass dieses Parlament mit dieser Entscheidung eine moderate Absenkung vorgenommen haben und nicht die maximale, die möglich gewesen wäre.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich denke, das gebietet die Fairness, dieses auch laut zu sagen und hier die Mittelfristige Finanzplanung danach

auszugestalten. Ich habe das deshalb erwähnt, weil dieser Bereich der ist, der vielen meiner Kolleginnen und Kollegen, die auch aus Verantwortung diese Frage laut stellen und sagen, da können wir eigentlich nicht mitgehen, sehr im Magen liegt. Aber ich glaube, ein Prinzip zu erhalten, nur um des Prinzips willen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Nein, um der Kommunen willen!)

das sollten wir in der Politik nicht tun.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich möchte eine Bemerkung machen zu der Debatte um die Personalkosten. Ich habe vorhin gesagt, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen zwingen uns, alle Positionen auf den Prüfstand zu stellen. Und wir machen eigentlich nichts anderes, als dass wir einen langfristig geplanten Personalabbau in der öffentlichen Landesverwaltung vorziehen müssen aufgrund der aktuellen politischen Situation. Wir haben uns als Fraktion im Rahmen der Regierungsarbeit darauf verständigt, von den bisher 42.000 Beschäftigten- und Angestelltenstellen im öffentlichen Dienst

(Wolfgang Riemann, CDU: Regiert
die Fraktion schon mit im Kabinett?)

auf 38.000 Stellen mit Ende dieser Legislaturperiode herunterzukommen. Dafür haben wir im vorgelegten Doppelhaushalt 1.400 künftig wegfallende Stellen planmäßig gehabt. Darauf waren auch die Personalentwicklungskonzepte, die wir im Bereich der Polizei, bei den Lehrerinnen und Lehrern, im Bereich der Forstarbeiter haben, ausgerichtet. Nach den Entscheidungen der großen Koalition zu Struktur verändernden Maßnahmen gibt es solche Vorstellungen für den Bereich der Steuerverwaltung und andere Bereiche. Ich denke, es ist an der Zeit, über ein Gesamtpersonalentwicklungskonzept unter dieser dramatischen Situation neu nachzudenken, denn wir ziehen heute 1.600 kw-Stellen vor, die eigentlich erst für den Abbau bis 2010 vorgesehen waren. Damit entscheiden wir, dass wir uns die hohe Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht mehr leisten können. Wir wollen aber Beschäftigung sichern. Und deshalb, glaube ich, ist es richtig, dass die Zielvereinbarung, die die Landesregierung mit den Gewerkschaften abgeschlossen hat, jetzt benutzt wird. Sie sagt nämlich, um Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu sichern und betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, werden wir Tarifverhandlungen führen.

(Beifall Ute Schildt, SPD, Torsten Koplin, PDS,
und Regine Lück, PDS)

Und zum Glück können wir eben nicht im Angestelltenbereich wie bei den Beamtinnen und Beamten über ein Gesetz sagen, wie diese Regelung aussieht. Das ist Tarifrecht und das mahne ich an. Und dieses Parlament entscheidet heute, ja, wir müssen von den Personalkosten herunter. Verhandelt! Wenn ihr verhandelt, müssen wir nicht betriebsbedingt kündigen. Ich denke, das ist auch ein faires Angebot in Richtung der Angestellten und Beschäftigten. Offensichtlich sollten wir uns mehr in Gesprächen darum kümmern, dass diese Entscheidungen auch verstanden werden, und die Hintergründe offen legen in diesem Bereich, denn ich glaube, dass hier manchmal auch mobilisiert wird, ohne dass man informiert wird. Und das halte ich für äußerst bedenklich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich sage aber auch hier klar, uns geht es darum, trotzdem Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu halten. Wir würden gerne sehen, dass es eine sozialverträgliche Lösung gibt und dass man sich darauf verständigt, über einen Einstellungskorridor zu sichern, dass auch zukünftig junge Leute wieder im öffentlichen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten können. Und da sage ich, nicht nur bei der Bildung und nicht nur bei der Polizei, ich finde, auch im Kernbereich der Landesverwaltung sollten junge Leute zukünftig eine Chance haben. Wenn es uns gelingt, das gemeinsam in ein Paket zu packen, dann haben wir trotz der schwierigen Situation auch etwas Positives für Mecklenburg-Vorpommern erreicht.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Meine Damen und Herren, der Doppelhaushalt ist und wird auf den Weg gebracht, aber das ist kein Grund, dass wir es uns im Sessel bequem machen. Da soll sich jetzt keiner angesprochen fühlen, es ist ja schon ein bisschen Zeit heute vergangen, aber ich meine das wörtlich, weil ich glaube, dass wir schon mit dem nächsten Haushalt prinzipielle Entscheidungen treffen müssen, vor denen wir uns heute noch ein kleines bisschen drücken. Und dazu würde ich jetzt gerne ein paar Ausführungen machen, weil ich auch in den eigenen Reihen heute für eine Äußerung, die ich gestern getroffen habe, die sich in einer wunderschönen Überschrift einer Landeszeitung wiederfindet, sehr gescholten werde. Ich werde es trotzdem klar aussprechen.

Leider hat der Ministerpräsident vorhin gesagt,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Leider!)

der Doppelhaushalt ist alternativlos.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der ist doch schon in Weiße Krug.)

Ich denke, wir sollten als Politikerinnen und Politiker nicht sagen, etwas ist alternativlos. Wenn wir in der Politik erklären, es gibt keine Alternativen mehr, dann sind wir eigentlich am Ende.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Dann sind wir umsonst.)

Und deshalb hätte dieser Doppelhaushalt, wenn er in bestimmten Fragen nicht Kompromisse enthalten würde, unterschiedliche Meinungen aushalten würde und unterschiedliche Lobbys, vielleicht auch andere Konturen. Ich möchte deshalb nicht, dass wir zur vermeintlich einfachen Diskussion und Glaubwürdigkeit sagen, es gibt keine Alternativen. Meine Damen und Herren, es gibt immer Alternativen in der Politik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU
und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist
wahr, und ganz besonders zu dieser Regierung.)

Und zu einigen dieser Alternativen würde ich jetzt auch gerne etwas sagen, weil sie bedeuten, über prinzipielle Entscheidungen wirklich neu nachzudenken. Und wenn ich meinen Kollegen Herrn Brodkorb hier sehe,

(Wolfgang Riemann, CDU: Auch
zu dem gibt es eine Alternative. –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

hat er auf der letzten Landtagssitzung eigentlich eine Rede gehalten und versucht, für einen ganz bestimmten Bereich Diskussionen anzuregen, wo die meisten ihm hier

gar nicht mehr zugehört haben, er eigentlich über den Tellerrand geguckt hat.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist richtig.)

Ich glaube, wir dürfen uns diesem nicht versperren, ob es positive, negative oder uns passende Entscheidungen sind. Wenn wir uns verwehren, über den Tellerrand zu gucken, auch dann sind wir alternativlos, und ich will nicht, dass wir alternativlos werden. Und deshalb steht für uns fest, dass wir um die Kofinanzierung der europäischen Mittel kämpfen werden. Wir werden das Signal beibehalten in die Europäische Union. Und ich bin sehr dankbar für die klaren Worte des Ministerpräsidenten, dass wir die europäischen Mittel bis 2006 unter allen Bedingungen kofinanzieren und das Signal aussenden, wir wollen die Ziel-1-Fördergebiete-Quotierung behalten. Wir brauchen das Geld. Wir müssen das sichern.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das stimmt.)

Aber wir müssen mit der neuen Förderperiode, sollten wir das Glück haben, dieses Geld weiter für unsere Entwicklung nutzen zu können, sagen, ob wir es in der Art und Weise, wie wir es jetzt einsetzen über die letzten Jahre – der Großteil in die landwirtschaftliche Entwicklung,

(Minister Dr. Till Backhaus: Na, na, na, na, na!)

der mittlere Teil in den Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der Rest in die Arbeitsmarktpolitik –, ob dieses Verhältnis für die Stärkung der Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern das richtige ist.

(Lorenz Caffier, CDU: Wo soll denn der
Großteil hin? Zu Herrn Holter oder was?! –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich finde es ja interessant, was denn so eine Feststellung hervorruft.

(Lorenz Caffier, CDU: Na,
Herr Landwirtschaftsminister?!)

Ich glaube, dass wir in Zukunft die hohe Förderung über die Gemeinschaftsaufgaben nicht mehr voll realisieren werden können.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Vielleicht hilft uns ja die bundespolitische Entscheidung über diese Hürde hinweg, indem die Kommission der Ministerpräsidenten entscheidet, Mischfinanzierung gibt es gar nicht mehr, oder dass der Bund aufgrund seiner finanziellen Lage sagt, vier Prozent reicht nicht mehr, wir müssen weniger GA-Mittel zur Verfügung stellen. Ich will mich aber nicht auf diese Linie begeben, sondern ich will einfach nur fragen, ob es nicht auch möglich ist – und leider konnten wir uns mit dieser Diskussion nicht durchsetzen –, auch mal auf 50 Millionen aus den Bereichen der Gemeinschaftsaufgaben zu verzichten und 25 Millionen Euro Landesmittel frei zu haben, um wichtige politische Entscheidungen, auch Förderungen, die zum Beispiel über diesen Bereich nicht möglich sind, zu finanzieren. Wäre es illegitim, wenn uns die Maut-Situation dazu bringt, dass bestimmte verkehrspolitische Maßnahmen nicht mehr gemacht werden, zu sagen, wir riskieren über so einen Weg auch einmal eine Vorfinanzierung eines solchen Objektes, nur weil wir die hundertprozentige Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe und Festlegung der Förderbedingungen vor uns hertragen? Wenn die finanzpolitische Situation so weitergeht, werden wir – zumindest wenn wir die EU-Mittel als prioritär ansehen, die

ja eine Zweidritteelförderung zu einer Eindritteelförderung in den meisten Bereichen bedeuten – über die Frage von Einschnitten bei der Gemeinschaftsaufgabe – und da meine ich alle Gemeinschaftsaufgaben – nicht umhinkommen.

Und ich sage das auch deshalb, weil ich ja weiß, dass Sie von der CDU einen wunderschönen Antrag vorbereitet haben – und der Wirtschaftsausschuss und meine wirtschaftspolitische Sprecherin gucken mich jetzt schon wieder ganz böse an –, wir wollen aber dem Bund signalisieren, wir wollen auch alle GA-Mittel. Ich frage trotzdem, ob es geht, ob es finanzpolitisch in diesem Zusammenhang geht und was es am Ende kostet.

Und ich frage auch, ich bin beim letzten Mal dafür kritisiert worden, dass ich nur frage, ich will es beantworten: 1,6 Millionen Landesmittel für die Fluglinie bedeuten 3,2 Millionen Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe. Können wir uns dies für den nächsten Doppelhaushalt 2006/2007 tatsächlich noch leisten oder sind wir uns einig, dass sich eine subventionierte Fluglinie auch mal wirtschaftlich alleine tragen muss?

(Beifall Peter Ritter, PDS –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Das war ja auch eine Frage, Frau Gramkow.
Ich dachte, Sie wollten eine Antwort geben.)

Ich will noch etwas sagen. Die Koalitionsfraktionen haben, weil sie die Nöte des Wirtschaftsministeriums und des Sozialministeriums gesehen haben, zusätzliche Fördermittel aus dem Zukunftsfonds, den wir ja seit fünf Jahren bestreiten, für die Gesundheitswirtschaft zur Verfügung gestellt, weil es in den Förderquoten nicht mehr möglich war. 1,5 Millionen Euro – jeder von Ihnen weiß, wie wichtig es ist, dass wir den Tourismusbereich stärken, indem wir in dieses Technologiefeld investieren. Es war nicht anders möglich. Müssten wir nicht dazu auch die Frage stellen nach einer notwendigen Prioritätensetzung auch in diesem Bereich? Wir werden sie stellen müssen, weil uns die Haushaltspolitik dazu zwingt.

Und jetzt zu einer anderen Frage. Ich denke, ab 2006 wird die Größe, die wir uns bei der Werftenhilfe leisten, nicht finanzierbar sein.

(Lorenz Caffier, CDU: Hört, hört!)

Sie ist auch nicht planbar. Und weil ja alle schon wieder unterstellen, und ich habe die ersten Meldungen, die Gramkow will jetzt die Werftenhilfe abschaffen, 6.000 Werftarbeiter sind die nächsten, die demonstrieren, sage ich hier noch mal klar:

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Ich bin der Auffassung, dass auch die Werftenhilfe planbar notwendig ist in einem gewissen Rahmen, um unsere industriellen Standorte zu sichern. Und es war die PDS-Fraktion, die letztendlich zusammen mit der SPD im Dezember des Jahres in dem Wissen, dass wir im Nachtragshaushalt ein Riesenloch haben, dass der Doppelhaushalt nicht steht, zusätzlich 23,6 Millionen Euro für die Werftenhilfe der nächsten drei Jahre zur Verfügung gestellt hat. Aber diese Entscheidung rechtfertigt nicht, dass wir hier heute sagen können, das muss auf ewig so bleiben. Es kann auf ewig so nicht bleiben. Die Finanzierung ist eine Eindritteelfinanzierung zu einer Zweidritteelfinanzierung. Dann müssen wir wenigstens mit der Bundesrepublik darüber verhandeln, ob man die Quoten

ändern kann. Leute, wir reden über Millionen Euro jährlich! Warum kann man denn nicht mal diese Fragen stellen angesichts der Wettbewerbssituation im Schiffbau und der Tatsache, dass wir da am Ende die Kapazitätsbegrenzung weghaben wollen?!

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat der Ministerpräsident ja schon für 2001 versprochen.)

Und auch die Frage, müssen wir mit sechs Prozent fördern oder mit vier Prozent, das sind solche Fragen, wo ich glaube, dass wir hier nicht länger umherschummeln können und man zumindest mal die Kraft aufbringt, sie auszusprechen.

Förderungen im Abwasser- und Wasserbereich, da meine ich nicht die Verbände alleine, wo wir auch Geld liegen haben, das wir gar nicht umsetzen. Über die Abwasserabgabe zum Beispiel, über die müssen wir reden, ja, und auch über eine Existenzgründerkampagne, die eine tolle Imagekampagne ist, aber wo ich die Frage der Effizienz der Arbeitsplätze stelle.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Und ich sage auch, beim letzten Mal habe ich eine Frage gestellt: Ein fünfgliedriges Schulsystem ist zu teuer! Wer Ganztagschulen will, wer in diesem Bereich Qualität in Schule will, muss sich entscheiden für eine klare strukturierte Bildungspolitik. Und deshalb müssen wir darüber reden, weil wir damit auch strukturelle Entscheidungen und finanzielle Entscheidungen in ein Boot bekommen.

Ich habe es beim letzten Mal gesagt: Wäre es nicht wirklich besser, wieder das an die Schule zu bringen, was für die Kinder und Jugendlichen an die Schule gehört? Und das ist Bildung, das ist die Frage Sozialarbeit und das ist die Frage Jugendarbeit, nämlich der Hort. Und dann lassen Sie uns über finanzielle Konsequenzen reden.

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
Rainer Prachtl, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU)

Wir haben damals die Orientierungsstufe verloren. Ich denke, es ist an der Zeit, endlich wieder über letztendlich auch innovative Formen von Bildung und Schule nachzudenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Offensichtlich stellen solche Antworten oder Fragestellungen wenigstens eine Diskussionsbereitschaft dar, weil wir ja oftmals gar nicht mehr solche Debatten miteinander führen – weder in den Ausschüssen noch hier im Parlament –, sondern uns mit der Kleinarbeit des Umschichtens von 5.000 Euro aufhalten. Ich denke, dass diese Debatten dazu hier nicht geeignet sind.

(Lorenz Caffier, CDU: Doch! –
Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Wir haben Prioritäten gesetzt. Wir werden dies weiterhin tun, um die Chancen dieses Landes – das sagte der Ministerpräsident, ich unterstütze ihn voll – weiterzuentwickeln, sie zu konzentrieren und unsere Stärken zu stärken. Ich sage aber auch, wir übernehmen Verantwortung. Aber Verantwortung übernehmen auch die Kolleginnen und Kollegen in diesem Raum, die aus politischen und inneren Erwägungen diesen Entscheidungen nicht folgen können. Es sind immer Mehrheitsentscheidungen. Und für

die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion sage ich: In Verantwortung für das Land entscheidet sich jeder, wie er es mit seinem Gewissen verantworten kann. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich vorweg etwas zu Frau Gramkow sagen. Das war eine starke Rede. Da sind viele Punkte dabei, über die man diskutieren muss, aber man muss dann auch bereit sein, die Konsequenzen zu tragen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Angelika Gramkow, PDS: Richtig!
Ich wäre bereit gewesen, sie zu tragen. – Zurufe von Rainer Pracht, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Wir haben, meine Damen und Herren, jetzt fast ein halbes Jahr zum Doppelhaushalt diskutiert und ich bin froh, dass wir ihn heute zu Ende bringen. Ich möchte mich vorab hier bei allen, die daran teilgenommen haben und die dazu beigetragen haben, dass es heute so weit ist, ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Martina Bunge, PDS)

Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, möchte ich aber auch noch auf die Vorwürfe von Herrn von Storch eingehen. Er hat drei Gründe genannt, weshalb der Doppelhaushalt verfassungswidrig sein soll. Zu dem ersten Punkt – die Nichteinhaltung der Regelkreditobergrenze für das Jahr 2004 – habe ich vorhin bei meiner kurzen Rede zum Nachtragshaushalt 2003 schon Stellung genommen. Aber zu den beiden anderen Punkten möchte ich hier doch noch mal was sagen.

Das eine war die Frage der globalen Minderausgabe. Sie liegt bei 100 Millionen Euro. Die CDU hat in der Presse 200 Millionen Euro genannt. Ich vermute, man hat die beiden Haushalte zusammengerechnet. Das ist aber natürlich ein richtig schöner Fehler.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zusammen- gerechnet stimmt das am Ende aber wieder.)

Ich meine, wenn ich das andersherum machen könnte, dann würde ich eben auch sagen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Ringstorff sagt ja auch immer, es geht aufwärts.)

wir haben eindrucksvolle 2,8 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt. Also so nicht! Aber wenn man sich jetzt mal ansieht die 100 Millionen Euro, welchen Anteil machen die am gesamten Haushalt, dann sind das 1,4 Prozent an den Ausgaben. Bayern zum Beispiel hat 1,7 Prozent globale Minderausgaben veranschlagt. Und ich vermute mal, meine Herren von der CDU, dass Sie nicht Herrn Stoiber unterstellen wollen, dass er einen nicht verfassungsgemäßen Haushalt hat.

Was mich außerdem irritiert, das ist die Tatsache, dass Sie mit der Drucksache 4/1053 heute die globalen Minderausgaben um 25 Millionen Euro angehoben haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sächliche Verwaltungsausgaben.)

Und wenn ich richtig nachgesehen habe, steht in den Protokollen vom Finanzausschuss, dass Sie für den staatlichen Hochbau einzelplanspezifische Minderausgaben beantragt haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Das ist genau das, was wir jetzt hier gemacht haben und was Sie kritisieren. Also Sie müssen das dann dem Verfassungsgericht schon noch erklären.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Sächliche Verwaltungsausgaben sind was anderes.)

Das Nächste ist, dass Sie gesagt haben, Herr Dr. von Storch, wir hätten bei der Nachschiebeliste die Erste Lesung nicht richtig vorgenommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, schön!)

Die Landtagsverwaltung hat dazu keine Zweifel geäußert. Sie hat das Verfahren sogar selbst vorgeschlagen und es wäre ja auch merkwürdig,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wenn in Mecklenburg-Vorpommern ein Gesetzgebungsverfahren verfassungswidrig wäre, das im Bund gang und gäbe ist. Also auch da, glaube ich, liegen wir auseinander. Ich denke, wir sollten das durchaus bei der Anhörung, die doch stattfinden sollte, noch mal diskutieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Angelika, hast du das gehört, dass es stattfinden soll?!)

Ich habe Sie vorhin schon darum gebeten, nochmals zu überprüfen, ob es wirklich sinnvoll ist, zum Verfassungsgericht zu laufen. Wir sollten die Anhörung tatsächlich erst abwarten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Na gut, dann machen wir das. – Dr. Armin Jäger, CDU: Machen wir das!)

Ich mute Ihnen, ich gebe das zu, jetzt eine ganze Menge zu. Ich bin, wie gesagt, die sechste Rednerin.

(Reinhard Dankert, SPD: Es kommen ja noch ein paar.)

Sie müssen sich jetzt von mir doch noch mal ein paar Zahlen und ein paar Fakten anhören, die Sie eigentlich heute schon zwei-, dreimal gehört haben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber ich denke, es würde dann später im Protokoll komisch aussehen, wenn ich auf das alles verzichten würde und Ihnen irgendwas von meinem Skiurlaub erzähle.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Das wäre aber mal nett. – Wolfgang Riemann, CDU: Das machen Sie mal!)

Also ich glaube, wir machen es lieber richtig und ich werde Ihnen jetzt noch mal knapp sagen, in welcher Situation wir uns eigentlich befinden.

Meine Damen und Herren, ich habe es schon öfter gesagt, das Jahr 2003 war das schwierigste Haushaltsjahr

für mich als Finanzministerin, wenn man überlegt, dass die Einnahmen im Jahr 2000 mit 5,1 Milliarden Euro bisher unsere besten waren und von da an ging es nur noch bergab.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Wie im Skiurlaub! Sssst!)

Wir haben also in den Jahren 2001, 2002 und 2003 jeweils immer schlechtere Ist-Einnahmen gehabt als im Vorjahr. Wir sind 2003 – auch das ist hier schon gesagt worden – mit 4,6 Milliarden Euro um 460 Millionen Euro schlechter gewesen als im Jahr 2000 und wir waren noch einen Tick schlechter als 1995. Wenn ich mir aber dagegen die Ausgaben ansehe, dann haben wir natürlich gegenüber 1995 im Jahr 2003 im laufenden Bereich Mehrausgaben von 560 Millionen Euro, alleine bei den Personal- und Zinsausgaben 463 Millionen Euro. Auch wenn ich das zum Jahr 2000 ins Verhältnis setze, stelle ich fest, dass wir bei den laufenden Ausgaben etwas über 200 Millionen Euro schlechter sind

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das sagen wir doch die ganze Zeit.)

und da auch wieder die Personalausgaben aufgrund der Tarifsteigerungen und die Zinsausgaben aufgrund der zusätzlichen Kredite der Nettoneuverschuldung die dynamischsten Bereiche waren. Es macht also unser Problem eigentlich mit zwei Zahlen deutlich: auf der einen Seite eine halbe Milliarde weniger Einnahmen und auf der anderen Seite eine halbe Milliarde mehr Ausgaben.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und wer da meint, diese Diskrepanzen ließen sich ohne schmerzhaftes Einschnitte beheben, der irrt gewaltig, meine Damen und Herren. Es geht nicht anders!

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich weiß ja, die Opposition und die CDU insgesamt, die können in einem Satz Heiß und Kalt fordern, sie können Einsparungen auf der einen Seite und Ausgaben auf der anderen Seite fordern,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, zum Beispiel beim Regierungsapparat.)

sie sind dafür nicht verantwortlich. Aber wir sind verantwortlich

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und wir stellen uns auch der Verantwortung. Und ich sage Ihnen, wir stehen dazu.

(Rainer Pracht, CDU: Das haben Sie damals in der Opposition genauso gemacht.)

Nein, ich nicht.

(Rainer Pracht, CDU: Das haben Sie ganz genauso gemacht!)

Nein. Nein, dann lesen Sie sich mal bitte meine Reden noch mal durch.

(Rainer Pracht, CDU: Da kennen wir beide uns lange genug.)

Ich, Herr Präsident a. D.,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall
Heinz Müller, SPD, und Andreas Petters, CDU)

bin damals immer schon dafür eingetreten, dass wir bei der Verschuldung auf die Bremse treten.

(Rainer Pracht, CDU: Ja. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich kann mich sehr gut erinnern, dass wir im Ausschuss der damaligen Finanzministerin mal 450 Millionen DM im Haushaltsverfahren abgenommen haben.

(Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir haben aber diese Mittel nicht für zusätzliche Ausgaben bereitgestellt, sondern wir haben sie zur Absenkung der Nettokreditaufnahme genommen. Also gucken Sie sich das bitte an! Ich glaube, bei mir ist da eine Kontinuität festzustellen.

(Rainer Pracht, CDU: Das bescheinige ich sogar ein Stückchen.)

Okay. Danke, Herr Pracht.

(Rainer Pracht, CDU: Das stimmt aber nicht für Ihren Oberredner. Sie wissen genau, wen ich meine. Der ist jetzt nicht da. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen zu den Kürzungen, die wir im kommunalen Bereich machen müssen, bei den Personalausgaben, bei Landesprogrammen und bei sächlichen Verwaltungsausgaben. Wir stehen auch dazu, im geringeren Umfang Investitionen streichen zu müssen, wobei ich aber daran erinnere, dass wir mit 20,5 beziehungsweise mit 19,3 Prozent Investitionsquote noch gute Relationen haben. Das schafft kein westdeutsches Land. Das beste Land ist Bayern mit 15 Prozent. Da sind wir noch ein ganzes Stück weiter oben. Das muss auch sein, weil die Infrastruktur ja aufgebaut werden muss.

Trotz aller Restriktionen, die wir machen müssen, und trotz der enormen Einbrüche, die wir haben, werden wir in bestimmten Bereichen unsere Ausgaben tatsächlich halten beziehungsweise wir werden sie sogar noch aufstocken. Ich erinnere daran, dass wir beim Hochschulbau nicht gekürzt haben,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

dass wir beim Straßenbau nicht kürzen, dass die Werfteinhilfe kommt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Noch!)

dass wir die Lehrerzahlen angepasst haben an die Schülerprognosen, dass wir die Umsetzung des Ganztagschulprogramms organisieren. Und last, but not least, das Kindertageseinrichtungs- und -pflegeförderungs-gesetz ist durchaus ein Beweis dafür, dass wir auch bereit sind, für bestimmte Bereiche, wo wir es für notwendig erachten, zusätzlich Geld zur Verfügung zu stellen.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Mit diesem Doppelhaushalt werden wir kurz- und mittelfristig bestimmte Weichen stellen. Und ich gebe Frau Gramkow und meinen Vorrednern Recht, es wird nicht reichen, wir werden weiterhin noch in bestimmte Bereiche

einschneiden müssen. Ich hoffe nur, dass wir dann auch von der Opposition zum Teil Unterstützung bekommen.

Was ist denn eigentlich seit 2000 passiert, dass die Steuereinnahmen so nach unten gegangen sind? Da ist vor allen Dingen der Börsencrash.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Tja, 1998 Steuerreform.)

Nein, die Steuerreform ist es nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Doch.)

Wenn die immer wieder von Ihnen angesprochen wird, dann muss ich sagen, sie ist es nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sagen Sie!)

Wir hatten sie auch gegenfinanziert. Aber wir haben einen Börsencrash.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Auch die Zahl habe ich hier schon mal gesagt: Es sind 700 Milliarden Euro verbrannt worden. Das hat Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, aber ganz gewaltig.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Körperschaftsteuerentwicklung, das war vorauszusehen, dass das so kommt. – Dr. Armin Jäger, CDU: Aber nein, Frau Keler, das stimmt nicht.)

Und wir haben eine konjunkturelle Schwächephase in Deutschland und in Europa, wie wir sie schon lange nicht mehr gehabt haben. Auch das wissen Sie ganz genau.

Wenn wir jetzt tatsächlich wissen, alle öffentlichen Hände haben mit den Steuereinnahmen, die wesentlich zu gering sind, ihre großen Probleme, ob Bund, Länder oder Kommunen, wir können da keinen mehr ausnehmen, dann ist für mich gelinde gesagt schon die Debatte um die Steuervereinfachung und eigentlich Steuersenkung eine Geisterdebatte.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, und
Angelika Gramkow, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist falsch.)

Meine Damen und Herren, wer glaubt, mit einer Steuerquote von 20,6 Prozent in Deutschland die öffentlichen Hände weiter zu finanzieren, der irrt sich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie sich mal an, was die Länder gemacht haben!)

Uns fehlen etwa 50 Milliarden Euro, das sind die berühmten 500 Millionen Euro für uns, immer etwa ein Prozent. Und wir müssen uns daran gewöhnen, dass wir jetzt nicht weiter nach unten gehen können, sondern wir müssen sehen, dass wir die Steuereinnahmen erst mal stabilisieren, dass wir versuchen, wieder solide Einnahmen zu bekommen, um die öffentlichen Haushalte abzusichern.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS –
Rudolf Borchert, SPD: Absolut richtig.)

Meine Damen und Herren, es gilt immer noch dieser Satz: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Und wer also jetzt hier versucht, so, wie es das Merz'sche 3-Stufen-Programm zeigt, uns weismachen zu wollen, dass da gerade die Besserstellung der kleinen, der niedrigen Verdiener liegt, der irrt. Gucken Sie sich das mal genau an! In diesem Fall mit einem Spitzensteuersatz von

36 Prozent, da werden die so genannten Besserverdienenden aber richtig besser gestellt. Wir sollten das auf alle Fälle verhindern. Ich denke, es ist richtig, dass wir versuchen, hier Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit zu organisieren. Ich werde alles dafür tun, was in meiner Macht steht, das auch zu machen.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich bin auch der Meinung, dass wir versuchen müssen, die Erbschaftsteuer so zu gestalten, dass sie erstens erhalten bleibt und zweitens, dass sie bei den großen Erbschaftsfällen tatsächlich auch zu Vergünstigungen für die öffentliche Hand führt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Rudolf Borchert, SPD: Und zu Mehreinnahmen.)

Wir sollten uns vergewissern, was denn bisher eigentlich bei der Steuerrückbildung gilt. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch unsere Steuerreform in diesem Jahr um etwa 15 Milliarden Euro entlastet, die letzte Stufe kommt zum Januar nächsten Jahres, dann erfolgt eine Entlastung noch mal um 6,5 Milliarden Euro. Insgesamt entlastet die in 2000 begonnene Steuerreform die Bürger und die Unternehmen um rund 60 Milliarden Euro, davon entfallen 41 Milliarden Euro auf die privaten Haushalte. Das alles ist schon Gesetz und beschlossen. Deshalb sollten wir bei der ganzen Diskussion sehr, sehr vorsichtig sein, was jetzt ist.

Herr von Storch, noch eine Bemerkung: Sie haben vorhin gesagt, Mecklenburg-Vorpommern habe die geringste Steuerquote der Länder.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Steuerdeckungsquote.)

Ich kann diese Zahlen augenblicklich nicht sicher rekonstruieren.

(Dr. Henning von Storch, CDU: Deckungsquote.)

Aber eins weiß ich, dass wir natürlich jetzt bei unserem Nachtrag schon die Steuereinnahmen des Jahres 2004 aufgrund der Novembersteuerschätzung berücksichtigt haben und das ist nicht bei allen Ländern so. Deshalb würde ich sagen, wir warten mal ab, bis die anderen Länder auch ihre Haushalte für das Jahr 2004 aufgestellt und verabschiedet haben, und dann schauen wir es uns an. Normalerweise ist es so, dass die Ostländer alle die gleichen Einnahmen pro Kopf haben. Es kann aber natürlich sein, dass bestimmte Brutto-Netto-Stellungen da eine Verschiebung ergeben. Im Prinzip kann es nicht irgendwie zu deutlichen Veränderungen zwischen den Ostländern kommen.

Meine Damen und Herren, mit dem Nachtragshaushalt und dem Haushalt 2003 haben wir eigentlich den Höhepunkt unserer Haushaltsprobleme überschritten und die Landesregierung hat mit diesem Zweiten Nachtragshaushalt die Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Ausnahmekrediten beantragt. Und auch damit stehen wir nicht allein. Es gibt eine Reihe von Ländern, die das genauso getan haben und die die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts als Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Ausnahmekrediten geltend gemacht haben.

Wir haben es heute auch schon mehrfach gehört: Dieser Doppelhaushalt war aufgrund der Basiseffekte bei den Einnahmen aus 2003 ein besonders schwieriger Haushalt. Er enthält wegen der zum Teil noch fehlenden bundesge-

setzlichen Grundlagen noch nicht die Auswirkungen von Hartz IV.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt ja gar nicht. Das Bundesgesetz ist doch die Grundlage.)

Wir werden einen Nachtragshaushalt deshalb für 2005 vorlegen, sobald die Rechtsgrundlagen geschaffen und die Zahlen hinreichend belastet werden. Ich glaube, zu Hartz IV und der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird es noch eine Reihe von Diskussionen hier im Parlament geben. Ich kann nur alle bitten, sich dieses Material genauestens anzusehen und keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. Also wir sollten uns das Optionsmodell auf jeden Fall dreimal anzusehen, bevor wir das unseren Kommunen empfehlen.

Wir haben auch aufgrund der Novembersteuerschätzung vom Herbst letzten Jahres noch einmal für die Haushalte 2004 und 2005 Steuerkorrekturen vorgenommen und haben das mit etwa einer viertel Milliarde Euro berücksichtigt. Angesichts solcher Einbrüche mussten wir zu harten Eingriffen kommen. Ich will nicht verhehlen, dass ich sogar noch härtere Eingriffe eigentlich vorgeschlagen habe, aber die Kompromisse, die wir getroffen haben, sind auch für mich akzeptabel.

Es ist heute auch schon ein paarmal angesprochen worden, in 2004 werden die Finanzausgleichsleistungen an die Kommunen moderat abgesenkt. Dieser Betrag, den wir mit 1.248 Millionen Euro den Kommunen zur Verfügung stellen, wird verrechnungsfrei bereitgestellt. Er überschreitet den Anspruch nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz um immerhin noch etwa 100 Millionen Euro. Und das ist, meine Damen und Herren,

(Wolfgang Riemann, CDU: Weniger ist immer mehr.)

eine sehr großzügige Leistung, denn wenn man sich mal ansieht, wie andere ostdeutsche Länder mit ihren Kommunen umgehen, dann ist keiner so großzügig wie Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden 2005 die Sonderleistungen an die Kommunen auch absenken. Wir werden den Garantieanspruch wegfallen lassen, die Mindestgarantie. Wir werden aber noch in einer Höhe von bis zu 43 Millionen Euro diesen Betrag wieder anfüttern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig fett.)

Die anderen neuen Länder haben da wesentlich härter zugeschlagen. Sachsen hat die Finanzausgleichsleistungen um 125 Millionen Euro abgesenkt, Brandenburg sogar um 131 Millionen Euro. Außerdem machen alle anderen neuen Länder die Verrechnung aus den Vorjahren geltend, machen sie zum Teil auch schon früher geltend, als es eigentlich nach dem Finanzausgleichsgesetz der jeweiligen Länder üblich ist.

Und jetzt komme ich zu dem zweiten großen Thema. Neben den Kommunal финанzen sind ja die Personalausgaben der zweite wichtige Bereich und – auch hier ist es heute schon angekommen – Mecklenburg-Vorpommern hat von allen Flächenländern die höchste Personalausstattung. Wir sind das Bundesland mit dem höchsten Stellenbesatz pro Einwohner. Wir haben da auf alle Fälle Probleme mit den westdeutschen Ländern, die nicht mehr bereit sind, ohne weiteres in den Finanzausgleich einzuzahlen, wenn andererseits die ostdeutschen Länder – und eben vor allen Dingen auch wir – im Personalbereich jetzt nicht deutlich die Ausgaben absenken.

Wir haben bei den Beamten im letzten Jahr bereits das Weihnachtsgeld gekürzt, wir haben in diesem Jahr das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld wird ebenfalls weiterhin so auf dem niedrigeren Niveau fortgeführt werden. Und wir müssen für die Angestellten und die Arbeiter natürlich einen gewissen Ausgleich schaffen, denn sie müssen auch einen Solidarbeitrag leisten. Wir wollen eine gerechte Lösung haben

(Wolfgang Riemann, CDU: Klingt richtig gut.)

und deshalb, meine Damen und Herren, schlagen wir vor, dass wir Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich mit den Gewerkschaften verhandeln. Im Gegenzug soll es dafür dann eine Sicherstellung des Arbeitsplatzes geben. Aber wir werden, wenn es nicht zu diesen Verhandlungen und zu einem passablen Ergebnis kommt, betriebsbedingte Kündigungen aussprechen müssen. Es soll also jetzt hier keiner glauben, dass wir das nicht machen, sondern wir sind einfach dazu gezwungen, weil unsere Personalausgaben so hoch sind. Wir müssen an das Thema heran.

Die Lehrer haben uns das eigentlich mit ihrem Lehrerpersonal-konzept vorgemacht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Lehrer!)

Das Lehrerpersonalkonzept ermöglicht bei sinkenden Schülerzahlen eine Verkürzung der Lehrerarbeitszeit. Ich lese immer wieder von Frau Fiedler, dass Sie ein anderes Konzept will, aber sie sagt nicht, welches.

(Wolfgang Riemann, CDU: Fiedler-Wilhelm heißt sie. So viel Zeit muss sein! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja.

Also nur mit einem Entwicklungskonzept kommt man nicht weiter, sondern man muss dann schon sagen, was man eigentlich konkret machen will. Und, meine Damen und Herren, man kann sich nicht darum herumschummeln. Wenn man betriebsbedingte Kündigungen vermeidet, kann man auch zusätzlich neue Kräfte einstellen. Wir können aber nicht, wenn betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden, Personal auf der anderen Seite einstellen. Also hier scheint Frau Fiedler immer wieder ins Nirwana zu verschwinden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na, na!)

ohne uns mal zu sagen, was sie eigentlich will.

(Heike Polzin, SPD: Das hat Frau Schnoor auch schon gemacht.)

Ja, das mag sein.

Ich möchte hier von dieser Stelle aus auch noch mal an die Gewerkschaften appellieren, sie möchten den Weg freimachen zu Tarifverhandlungen, weil ich glaube, das ist allemal die bessere Lösung. Sie ist solidarischer, sie verteilt die Lasten auf mehrere Schultern und würde vor allen Dingen die unteren Gruppen ein Stück mehr schonen. Denn auch das ist sicherlich so, dass die Arbeitsplätze, die wegfallen, in erster Linie im unteren Bereich sein werden.

Übrigens, viele Kommunalverwaltungen, viele Betriebe haben dieses Prinzip schon und ich sehe darin eigentlich einen wichtigen Schritt für den Solidargedanken hier im Land. Deshalb verstehe ich nicht ganz, was die CDU in dem Bereich gemacht hat. Ich habe das in der Zeitung gelesen. Dass die CDA solche Forderungen stellt, das

akzeptiere ich ja. Aber wenn Frau Strenz sagt, betriebsbedingte Kündigungen sind nicht notwendig, wir brauchen bloß ein Personalentwicklungskonzept, das ist ähnlich wie bei Frau Fiedler, dann reicht das nicht, sondern sie muss dann schon sagen, wie wollen wir die Personalausgaben absenken.

(Reinhard Dankert, SPD: Das verraten sie uns erst, wenn sie an der Regierung sind. – Heiterkeit bei Norbert Baunach, SPD: Also nie.)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sollten durchaus jetzt hier Flagge zeigen und Farbe bekennen und sich nicht immer um diese Entscheidung herumogeln.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Vielleicht noch etwas, weil das auch bei der CDU und dem CDA-Bericht eine Rolle gespielt hat: In der Kleinen Anfrage, die Herr Riemann gestellt hat und die wir beantwortet haben, zu den freien Stellen im Personalbestand, das waren Stellen zum Termin 30.11.2003 und das waren etwa 1.000 Stellen, die frei waren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Wenn man sich das jetzt ansieht, dann sind natürlich zum 31.12. 251 Stellen weiterhin kw-gestellt worden, die sind weggefallen. Zum 01.01. sind weitere 150 Stellen weggefallen und etwa 360 Stellen sind nicht zu besetzen, da die Stellen rechtlich gebunden sind,

(Wolfgang Riemann, CDU: Da wird nicht ein Euro eingespart!)

also nur zeitweise frei sind, zum Beispiel für Kindererziehung, für Beurlaubung und für all solche Fragen, so dass also von den 1.000 Stellen über 700 Stellen nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie sehen schon daran, dass wir auf betriebsbedingte Kündigungen dann hinaus müssen.

Meine Damen und Herren, ich will auch in diesem Zusammenhang hier noch mal sagen und auch klarstellen, dass sich die Hochschulen an dem zu erzielenden Verhandlungsergebnis mit beteiligen müssen. Die Hochschulen haben hier bei der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich die gleichen Pflichten zu bringen wie auch die anderen Bereiche. Und es ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit, dass die Veränderungen infolge der Gesundheitsreform auf die Beihilfeleistungen für die Beamten übertragen werden.

Kommen wir jetzt zu dem nächsten Punkt, der eine Rolle gespielt hat. Das sind die berühmten 41 Millionen Euro, die global von den Ressorts eingespart werden sollen, und zusätzlich kommen noch 10 Millionen Euro für Hochbauausgaben. Die Einsparungen, Frau Gramkow hat es schon gesagt, sollen vorrangig bei den sächlichen Verwaltungsausgaben und da insbesondere bei Ausgaben für Informationstechnik und natürlich auch bei den Gutachten nachgewiesen werden. Wir werden die geforderten Ansatzreduzierungen Ende April dem Landtag und nicht, wie wir ursprünglich vorgesehen hatten, dem Finanzausschuss vorlegen. Auch das, denke ich, ist ein Zeichen dafür, dass wir durchaus Ihre Forderungen ernst nehmen, dass Sie diese Angaben hier auch im Landtag sehen und diskutieren wollen.

Meine Damen und Herren, leider konnten nicht alle Haushaltsverbesserungen über Ausgabenreduzierungen

erreicht werden. Die ursprünglich schon für 2003 geplanten Forderungsverkäufe im Barwert von 50 Millionen Euro können erst 2004 realisiert werden. Dabei handelt es sich bekanntermaßen um einen Einmaleffekt, der den Haushalt leider nicht auf Dauer verbessert. Das Gleiche gilt für die nachgeholten EU-Einnahmen von 20 Millionen Euro in 2004 und 80 Millionen Euro in 2005. Trotz all dieser Eingriffe und dieser Verbesserungen müssen wir die Regelkreditobergrenze überschreiten. 2005 – auch das ist gesagt worden – liegen wir darunter, aber es ist durchaus ein noch unsicheres Terrain.

(Wolfgang Riemann, CDU: Warten wir es erst mal ab!)

Ich gehe aber davon aus, wir werden das schaffen. Und wenn wir Ihnen die Spezifizierung für 2004 und 2005 vorlegen, können Sie es ja noch mal genau nachprüfen.

Wir werden in den nächsten Jahren weitere Einschnitte vornehmen müssen. Ich denke, es wird vor allen Dingen im Personalausgabenbereich sein. Wir werden sehen, wie sich die Ergebnisse einmal der Tarifverhandlungen, die wir jetzt haben werden, und auch der gesamtdeutschen Tarifverhandlungen im Januar 2005 auswirken. Wir werden aber auch sehen müssen, dass wir die Personalausgaben immer jeweils gegenüber dem Vorjahr absenken können, sonst haben wir wenig Chancen. Die laufenden Ausgaben, insbesondere die Verwaltungsausgaben, stehen weiterhin auf dem Prüfstand. Wir vollziehen bereits erhebliche Eingriffe mit diesem Doppelhaushalt in Landesleistungsgesetze. Aber auch da meine ich, weitere Aktionen werden hierzu noch kommen müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben zwar die Haushaltshoheit hier, aber ein erheblicher Teil unseres Haushaltes wird natürlich beeinflusst durch Bundesleistungsgesetze. Wir werden sehen, inwieweit es uns gelingt, da Einfluss zu nehmen. Wir kennen bereits alle die Auswirkungen von Koch/Steinbrück. Wir haben sie vielleicht ein bisschen zu hoch eingeschätzt und sie reichen nicht. Wir müssen also weiter sehen, dass wir Bundesleistungsgesetze da verändern können mit der Maßgabe, dass sie eben vor allen Dingen für die Länderhaushalte Entlastung bringen. Deshalb, glaube ich, ist es besonders wichtig – an die Adresse der CDU –, dass Sie ebenfalls Ihren Einfluss geltend machen, dass es bei den Bundesleistungsgesetzen zu Veränderungen kommt. Sie wissen, Sie haben im Bundesrat die Mehrheit. Sie tun natürlich Ihren Kollegen in Sachsen-Anhalt und in Thüringen einen großen Gefallen, denn auch die, das wissen Sie ganz genau, stehen genauso auf dem Schlauch wie wir.

Meine Damen und Herren, wir haben neben diesem Problem natürlich noch zwei weitere wichtige Punkte, die wir beachten müssen. Und zwar, wenn wir mal über das Jahr 2005 hinaussehen und bis zum Jahr 2010 schauen, dann wird uns deutlich, dass wir durch den demographischen Faktor, indem wir jedes Jahr etwa 12.000 bis 15.000 Einwohner verlieren, auch Steuereinnahmeverluste im Umfang von 30 bis 40 Millionen Euro haben. Diese Verluste haben wir auf der einen Seite und auf der anderen Seite wissen wir, dass wir mit dem Solidarpakt ab 2009 etwa jedes Jahr 80 Millionen verlieren.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Und wenn man jetzt mal diese beiden Größen zusammennimmt, 35 Millionen durch demographische Verluste,

80 Millionen Rückgang des Solidarpaktes, dann liegen wir bei gut 110 bis 120 Millionen Euro, die wir ab 2009 jedes Jahr weniger haben. Nun werden wir Steuereinnahmen vielleicht zusätzlich haben von plus zwei Prozent. Das sind, wenn es gut kommt, 80 bis 90 Millionen Euro. Wir müssen also davon ausgehen, dass wir aufgrund dieser Tatsache ab 2009 einen Haushalt haben, der jedes Jahr kleiner wird. Die drei Jahre haben wir es durchstehen müssen, aber ich denke, wir kriegen noch mal eine kurze Atempause. Doch ab 2009, das wissen wir, ist diese Atempause weg. Dann werden jedes Jahr zwischen 30 ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Das wissen wir auch noch nicht, wenn ab 2007 die neue EU-Förderperiode beginnt.)

Herr Riemann, da bin ich ja noch Optimist und gehe davon aus, dass diese Größenordnung in etwa konstant bleibt. Daran will ich jetzt gar nicht rütteln. Aber die anderen Zahlen können wir Ihnen jetzt schon sagen, die stehen jetzt schon sicher fest, und das sind jedes Jahr etwa 30 bis 40 Millionen Rückgang der Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich und dann auch Bundesergänzungszuweisungen.

Wer da nun meint, dass wir diese Einnahmeverluste so wegstecken können, der irrt sich, sondern wir müssen auf diese Fragen relativ schnell eine Antwort finden, weil der Aufbau der Infrastruktur natürlich entscheidend ist für den Anschluss unseres Landes an die westlichen Länder. Gelingt es uns, diese Infrastrukturlücke zu schließen, dann haben wir durchaus gute Chancen, auch nach 2020 hier ein selbständiger Staat mit guten Karten zu sein. Aber gelingt es uns nicht, dann werden die Chancen für uns wesentlich geringer.

Es gibt natürlich dazu in der Wissenschaft schon eine Reihe von Untersuchungen. Ich will mich jetzt mal kurz auf Herrn Professor Seitz von der Viadrina Frankfurt/Oder beziehen, der durchaus für die ostdeutschen Länder einige Expertisen gemacht hat und der darauf hinweist, dass sich kein ostdeutsches Land davon ausnehmen kann. Das ist die erste Grundregel. Also es hat auch keinen Zweck, hier irgendwelche politischen Schwarze-Peter-Spiele zu spielen, sondern jedes ostdeutsche Bundesland hat mit diesem demographischen Faktor zu tun, vielleicht Brandenburg ein bisschen weniger, weil in Brandenburg der Speckgürtel von Berlin teilweise noch zieht, aber das wurde auch in den letzten Jahren etwas geringer. Die Bevölkerungsverteilung innerhalb des Landes wird sich verändern. Wir werden also stärkere Ballungszentren kriegen, wir werden im ländlichen Raum eine weitere Ausdünnung haben, auch das ist ein Problem, und wir werden im Verhältnis zwischen den Kernstädten und ihrem Umland noch eine Reihe von schwierigen Aufgaben zu lösen haben.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und, meine Damen und Herren, da gibt es eigentlich nur schlussfolgernd eines: Wir müssen an die Verwaltungsreform heran!

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Wir müssen sehen, dass wir die Verwaltungsstrukturen so organisieren, dass die Prozesse dem entgegenwirken, dieser Ausdünnung, der wir gar nicht mehr so entgegenwirken können mit irgendwelchem Personalbesatz, sondern dass wir das anders organisieren.

Wir sind in diesem Fall noch gerade so, denke ich, zeitmäßig an der Grenze, wir werden aber die nächsten zwei

Jahre dafür nutzen müssen, um diese Aufgaben, die wir leisten müssen, zu leisten und um vor allen Dingen den Menschen hier im Land auch deutlich zu machen, dass es sich lohnt, hier zu leben, dass es notwendig ist, dass sie mitmachen, dass wir die Rahmenbedingungen verbessern. Noch, wie gesagt, haben wir dreimal so viel Investitionsmittel wie der Westen, wir haben also durchaus noch Chancen, hier positiv Einfluss zu nehmen. Und dieser Doppelhaushalt 2004/2005 ist eigentlich so etwas wie eine Zwischenphase. Deshalb bitte ich Sie, diesem Doppelhaushalt zuzustimmen. Wir werden Ihnen dann im Sommer 2005 sicherlich einen neuen Doppelhaushalt für 2006/2007 vorlegen, der auch schon auf diese Fragen, die heute hier verschiedentlich gestellt worden sind, hoffentlich Antworten geben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Als Nächster hat das Wort im Rahmen der allgemeinen Aussprache der Abgeordnete Herr Borchert für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die hinter uns liegenden Haushaltsberatungen waren erwartungsgemäß die schwierigsten, die dieser Landtag seit 1990 durchzuführen hatte. Dafür gab es im Wesentlichen zwei Gründe:

Erstens. Die ohnehin katastrophale finanzielle Lage unseres Landes wurde durch die Ergebnisse der Steuerschätzung im November in einem Maße verschärft, das alle Befürchtungen übertraf. Die Steuermindereinnahmen insgesamt in 2003 bis 2005 von fast 700 Millionen Euro sprengten alle bisherigen Dimensionen. Erinnern möchte ich auch an die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2001. Wir hatten damals schon ein böses Erwachen mit einem Minus von 130 Millionen Euro. Mit der letzten Steuerschätzung, jetzt für 2004, haben wir ein Minus von 210 Millionen Euro, also noch einmal 80 Millionen Euro mehr als schon bei der damaligen katastrophalen Steuerschätzung im November 2001.

Zweitens. Wir hatten das Problem, dass die Ergebnisse im Vermittlungsausschuss des Bundesrates zu einer Reihe von Bundesgesetzen, wie zum Beispiel das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform, Gemeindefinanzreform, Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, erst kurz vor Weihnachten feststanden und ja auch bis heute natürlich noch weitere bundesgesetzliche Regelungen fehlen, die für uns große finanzielle Auswirkungen haben. Damit war auch allen Beteiligten klar, dass der ursprünglich geplante Termin für die Zweite Lesung des Haushalts und somit seine Verabschiedung nicht am 10. Dezember 2003 zu halten war. Innerhalb kürzester Zeit mussten also die Ergebnisse der Novembersteuerschätzung und die voraussichtlichen Ergebnisse der Bundesgesetzgebung mit einer Anpassung an den Entwurf des Haushaltsrechtsgesetzes 2004/2005 in Form einer Anpassungsliste gebracht werden, die dann von den Koalitionsfraktionen, wie es üblich ist, in die parlamentarische Beratung eingespeist wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht dieser komplizierten Rahmenbedingungen ist es aus meiner Sicht ein großer Erfolg, dass wir bereits heute, am 18. Februar 2004, den Haushalt in einer Landtagssonder-

sitzung beschließen werden und nicht, wie von vielen befürchtet, erst am 3. März 2004. Ich bin sehr froh, dass wir dieses geschafft haben. Ich sage das auch so deutlich an die Adresse von Herrn von Storch und einigen anderen Kollegen in der CDU. Ich sage Ihnen eines: Die Wirtschaft des Landes, die Kommunen und alle anderen potentiellen Empfänger von Zuwendungen und Zuschüssen erwarten dringend unseren heutigen Beschluss, damit die erforderlichen Finanzmittel fließen können und Planungssicherheit gewährleistet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Fülle an parlamentarischer Arbeit galt es seit Einbringung des Haushaltsplanentwurfes am 27. August 2003 zu bewältigen. Ja, so lange sind wir schon mit dem Thema beschäftigt. Der Finanzausschuss begann seine Beratungen am 4. September 2003 und schloss sie schließlich am 6. Februar 2004 mit der Abstimmung der Beschlussempfehlungen ab. Und wir hatten das Novum, dass in dieser verhältnismäßig doch langen Beratungszeit der Finanzausschuss 17-mal getagt hat, im Vergleich zur Beratungsanzahl im Haushalt 2002/2003 lediglich zweimal mehr, dort hatten wir 15 Sitzungen. Aber das war nicht das Problem, das Problem für alle Beteiligten war wirklich dieser lange Zeitraum von August bis heute.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, bedanke ich mich ausdrücklich bei allen, die zum Erfolg der Haushaltsberatungen beigetragen haben. Mein besonderer Dank im Namen der SPD-Fraktion gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausschusssekretariate. Insbesondere gilt unser Dank der Arbeit von Frau Arnold –

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

die Finanzer wissen, was insbesondere Frau Arnold dort zu leisten hatte –, den Vertretern der Landesregierung, des Landesrechnungshofes und allen Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, das möchte ich hier ausdrücklich betonen, die auch in den Fachausschüssen fleißig gearbeitet und somit ihren Beitrag geleistet haben. Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich mich aber an dieser Stelle ganz besonders für die langjährige und gute Zusammenarbeit beim Präsidenten des Landesrechnungshofes Herrn Tanneberg bedanken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Angelika Gramkow, PDS)

Es waren ja die letzten Haushaltsberatungen in diesem Hohen Hause, Herr Tanneberg, die Sie in Ihrer zwölfjährigen Amtszeit miterleben durften. Und ich möchte Ihnen sagen, dass Sie aus meiner Sicht immer getreu der Verfassung Ihre jährlichen Unterrichtungen zur Haushaltsrechnung erfüllt, Kontrolle ausgeübt und sozusagen den Finger in die Wunde gelegt haben, nicht nur mit den Unterrichtungen, sondern auch mit Ihrer Beratung und mit Ihrer Kritik im Finanzausschuss. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Die letzte Sternstunde, so nennen wir unter uns Finanzpolitikern inzwischen Ihre Pressekonferenz zum Jahresbericht, werden wir sicherlich auch nächste Woche dann wie immer mit Spannung erwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich natürlich ausdrücklich erwähnen, dass der Vorsitzende des Finanzausschusses – schade, dass er im Moment nicht da ist – Herr Riemann, aber auch seine Kol-

legen in der CDU-Fraktion Herr Dr. von Storch und Herr Liskow ihren Beitrag geleistet haben, damit heute der Haushalt beschlossen werden kann. Ich möchte daran erinnern, dass es einen Antrag der CDU-Fraktion gab, am heutigen Tag eine Anhörung im Finanzausschuss durchzuführen zum Artikel 1 Paragraph 20, wo es um den Stellenabbau geht. Die CDU-Finanzpolitiker haben diesen Antrag im Finanzausschuss zurückgezogen. Und ich möchte mich an dieser Stelle bedanken, insbesondere bei Ihnen, Herr Dr. von Storch, denn uns ist schon klar, dass die heutige Landtagssondersitzung auch unter anderem damit zu tun hat, dass dieser Antrag zurückgezogen wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl, und das haben wir nun mehrfach gehört, es kaum noch finanzielle Spielräume gab – ich will nicht sagen keine, aber kaum noch –, ist es den Koalitionsfraktionen doch gelungen, noch eine Reihe von Veränderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf der Regierung vorzunehmen. Dabei war es Ziel der SPD-Fraktion, auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen politische Prioritätensetzungen und die Funktionsfähigkeit wichtiger Strukturen zu erhalten beziehungsweise zu verbessern. Dies gilt insbesondere für drei Schwerpunktbereiche: Bildung, Wirtschaft und Kommunalfinanzen. Ich möchte dies mit einigen konkreten Beispielen untersetzen:

- Es war erstens ein erheblicher Kraftakt – und das sollte man nicht gering schätzen –, dass es gegenüber dem Haushaltsplanentwurf gelungen ist, die Finanzausstattung der Kommunen um 35 Millionen Euro zu verbessern. Ich werte dies als einen außerordentlichen Erfolg.
- Trotz der finanziellen Schwierigkeiten und Engpässe ist es uns gelungen, für die Unterrichtsversorgung 200 Stellen bereitzustellen und weitere 100 Stellen als Eventualermächtigung vorzuhalten.
- Um die Werftenstandorte zu fördern und damit Arbeitsplätze zu sichern, haben wir die Werftenbeihilfe für 2004/2005 um 13 Millionen Euro erhöht, die Kofinanzierung der GA im Einzelplan 06 mit 236.000 Euro schließlich kofinanziert und abgesichert.
- Innerhalb des Zukunftsfonds haben wir weitere 1,5 Millionen Euro für die Gesundheitswirtschaft unseres Landes bereitgestellt.
- Und ich möchte einen Punkt erwähnen, der bislang hier noch nicht genannt wurde, der uns aber auch sehr intensiv beschäftigt hat. Wir haben im Finanzausschuss entschieden, dass die für 2005 geplante Eigenbeteiligung der Polizistinnen und Polizisten an den Kosten der Heilfürsorge in Höhe von 2,7 Millionen Euro nicht eingestellt wird, das heißt also praktisch, nicht eingeführt wird.
- Wichtige Sozialprojekte, wie zum Beispiel der Integrationsfachdienst in Rostock zur beruflichen Eingliederung von Migrantinnen und Migranten mit 150.000 Euro, das Civitas-Projekt für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, können ihre Arbeit fortsetzen.
- Und ich möchte auch betonen, dass ich es durchaus als Erfolg ansehe, dass wir die Frauenhäuser und die Beratungsstellen gegen sexuelle und häusliche Gewalt gerade im Vergleich zu anderen Bundesländern auf weiterhin hohem Niveau finanzieren werden.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

- Der Hochschulbau wird fast ohne Abstriche auf hohem Niveau fortgesetzt.
- Die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Erziehung wird durch zusätzliche 7 Millionen Euro gesichert beziehungsweise verbessert.

(Harry Glawe, CDU: Nichts ist so sicher wie die Umstrukturierung.)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass die Landtagspräsidentin aus ihrem Einzelplan Vorschläge zur Ausgabenreduzierung für 2004 in Höhe von 150.000 Euro und für 2005 in Höhe von 234.000 Euro gemacht hat. Man sollte diese Summen nicht gering schätzen, denn wir alle wissen, wie gering die Spielräume im Einzelplan 01 sind. Und der Landtagspräsidentin in Zusammenarbeit mit dem Ältestenrat sollte unser besonderer Dank gebühren an dieser Stelle, weil wir daraus natürlich die Möglichkeit erhielten, Handlungsspielräume zur Deckung von Mehrbedarfen für uns zu erschließen, die zum Teil auch an den Fachausschuss praktisch herangetragen wurden und in dem Falle durch uns, die Koalitionsfraktionen, zur Deckung von Mehrbedarfen, in Absprache in einigen Fällen auch mit der CDU, genutzt werden konnten. Ich zähle zum Beispiel die Mehrbedarfe für den Tourismusverband, für Civitas, für Frauen- und Mädchenhäuser oder auch für den Ring der politischen Jugend dazu.

Ich möchte Herrn Liskow, der jetzt nun leider nicht da ist, an dieser Stelle auch noch einmal lobend erwähnen, denn er war es, der uns auf den Pfad geführt hat, wie man bei Absenkung, bei der Verwendung von „Kartuschen“ im Einzelplan 09 im Justizministerium 74.000 Euro praktisch sinnvollerweise umzuschichten und zu verwenden hat, zum Beispiel für Civitas oder für das Kinder- und Jugendtelefon.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Sagt nie wieder, wir machen nichts!)

Wolf-Dieter, darauf habe ich gewartet und das extra noch einmal hier erwähnt, damit klar ist, dass es auch so etwas im Finanzausschuss gibt.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich werte ich es als einen außerordentlich großen Erfolg, dass wir es im Gegensatz zu allen anderen ostdeutschen Bundesländern geschafft haben, wieder einmal die Gemeinschaftsaufgabe und die EU-Programme vollständig komplementär zu finanzieren. Es sind ja insgesamt über 1 Milliarde Euro, um die es hier geht, und wir als Land kofinanzieren in 2004 immerhin mit 368 Millionen Euro und in 2005 mit 382 Millionen Euro, ein erheblicher Kraftakt, der aber notwendig ist, weil wir damit Investitionen sichern, die Wirtschaftsförderung auf hohem Niveau fortsetzen können und natürlich auch EU-Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik einsetzen.

Allerdings mussten wir aufgrund der dramatischen Steuerausfälle auch einige einschneidende Entscheidungen treffen, Einschneidungen, die sehr weh tun: Abbau von Personalkosten bei sächlichen Verwaltungsausgaben, erhebliche Absenkungen und – ich sage auch das hier in aller Deutlichkeit – die Aufnahme der Kredite, entgegen dem ursprünglichen Ansatz, der ja nun in Höhe von 892 Millionen Euro beziehungsweise 583 Millionen Euro notwendig war. Das ist sehr schmerzhaft, weil wir damit natürlich auch die Zinsbelastungen in eine Höhe treiben, die bei 511 Millionen Euro für 2004 und bei 538 Millio-

nen Euro für 2005 liegen, die unsere finanziellen Handlungsspielräume weiter einschränken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun einige Bemerkungen zu den Anträgen der CDU-Fraktion. Bei der Verbesserung der Ausstattung für den Tourismusverband waren wir uns einig. Der Streit ging, wie es dann so oftmals ist, um die Höhe und vor allen Dingen um die Deckung. Der Deckungsvorschlag von der CDU, mal auf das Bildungsfreistellungsgesetz zu verzichten und Geld umzuschichten für den Tourismusverband, war für uns so nicht akzeptabel. Nichtsdestotrotz, mit einer Erhöhung von 60.000 Euro im Tourismusverband ist es uns gelungen, hier nachzubessern, wobei – ich muss ganz deutlich sagen – ich mir zwei Dinge gewünscht hätte: erstens, dass es mehr als 60.000 Euro gewesen wären,

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

und zweitens, dass es uns gelungen wäre, diesen Beschluss im Finanzausschuss einstimmig zu fassen. Das ist uns wie gesagt leider nicht gelungen.

Einigkeit herrschte allerdings dann Partei übergreifend, das ist ja nicht überraschend, bei der Erhöhung der Zuwendungen zugunsten des Ringes der politischen Jugend, beim Kinder- und Jugendtelefon und auch bei der Telematik im Gesundheitswesen. Von daher, Herr von Storch, teile ich nicht Ihre Einschätzung, dass wir – ich sage es jetzt mal so, wie Sie es wohl sinngemäß äußerten – als Koalitionsfraktionen mehr oder weniger nur bestrebt waren, irgendwelche Spielwiesen zu bedienen. Es ging uns schon um sachgerechte Entscheidungen, die ja auch, zum Teil zumindest, von Ihnen mitgetragen wurden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU:
Ach Rudi, nun reicht es langsam!)

Ach, Herr Riemann ist auch wieder da. Entschuldigung, ich dachte, du wärst hinten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich war
da, ich hab dahinten zugehört.)

Aha, gut.

Meine Damen und Herren CDU-Abgeordnete, in einem Punkt werden wir wohl nie auf einen Zweig kommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit
Ihnen auf den grünen sowieso nicht.)

Weil wir das Zukunftszentrum Mensch-Natur-Technik-Wissenschaft, abgekürzt ZMTW, in Niekritz wollen, haben wir wiederum Ihrem Antrag zur Ablehnung der Zustiftung aus Bingo-Lotto nicht zugestimmt und das wird auch zukünftig so bleiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, Sie haben inzwischen 10, 20, 25 Anträge zum gleichen Sachverhalt eingebracht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Fragen Sie mal
den Landesrechnungshof, was er davon hält!)

Ja, Wolfgang.

Wir führen die Debatte jetzt hier nicht im Landtag, das machen wir dann noch einmal im Ausschuss.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist aber wirklich
eine Spielwiese. – Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Wir kommen zu einem Punkt, da ist bedeutend mehr Geld drin. Es gab wieder einmal Anträge der CDU zu verwaltungsorganisatorischen Maßnahmen wie zum Beispiel Zusammenlegung von Abteilungen, Strukturveränderungen bei der Vermessungs- und Katasterverwaltung, insbesondere zu allem, was zur Rubrik Verwaltungs- und Funktionalreform gehört und natürlich auch wiederum die Thematik der Zusammenlegung von Ministerien betrifft. Das waren ja mehrere Anträge, die zum Teil auch heute wieder vorliegen. Und ich möchte an dieser Stelle nur wiederholen, was Sie bereits mehrfach gesagt haben: Selbstverständlich gehören alle diese Punkte mit auf den Prüfstand. Allerdings in ein Paket der Verwaltungs- und Funktionalreform werden wir zu gegebener Zeit dieses dann notwendigerweise auf die Tagesordnung setzen, nicht jetzt und nicht heute.

Meine Damen und Herren, über die einzelplanspezifischen Minderausgaben in Höhe von 40,7 Millionen Euro pro Haushaltsjahr wurde im Finanzausschuss wie auch in den anderen Fachausschüssen bereits ausgiebig debattiert. Ich weiß nicht, inwieweit sich jeder Fachpolitiker dann auch schon über die Konsequenzen im Klaren sein wird, die da noch auf uns zukommen. Ich muss allerdings natürlich alle Fachkollegen in Schutz nehmen, denn genau wissen wir noch nicht, wie die 40,7 Millionen Euro umgesetzt werden. Wir erwarten ja bis 30. April 2004 die Unterbringung des Landtages.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Landesregierung an den Landtag.)

Ich muss aber auch an dieser Stelle sagen, ich habe großes Verständnis für die einzelnen Ressorts, die es in dieser Größenordnung schwer haben werden, diese Ausgabenreduzierung umzusetzen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht wackeln, Rudi!)

Ich hoffe auch, dass es uns gemeinsam gelingt, zu einer konstruktiven Lösung zu kommen.

Meine Damen und Herren, über eines müssen wir uns im Klaren sein: Trotz relativer Planungssicherheit, die wir heute mit dem Doppelhaushalt bis 2005 bekommen, dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass Mecklenburg-Vorpommern – wie übrigens auch alle anderen Bundesländer – möglicherweise vor einem haushaltspolitischen Offenbarungseid demnächst stehen könnte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Was?!)

Eine zukünftige kollektive Haushaltsnotlage – und das schließt natürlich auch unser Land mit ein – Ostdeutschlands ist zurzeit leider nicht mehr auszuschließen. Dazu gehören im Wesentlichen fünf Gründe, die so in der Regel auch auf alle anderen ostdeutschen Bundesländer zutreffen. Ich möchte sie hier noch einmal kurz ansprechen:

Als Erstes ist es der hohe Verschuldungsgrad, der in den meisten ostdeutschen Ländern mit Ausnahme von Sachsen in der Regel schon über dem der westlichen Flächenländer liegt. Unsere Gesamtverschuldung im Jahre 2005 wird bei 10,8 Milliarden Euro liegen.

Zweitens. Ich persönlich erwarte nicht, dass aus Steuern, Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleich zukünftig bedeutend mehr Einnahmen erzielt werden können, sondern wir müssen uns darauf einstellen, dass diese bei einer positiven Prognose eher stagnierend sein dürften, und Gefahren sind nicht ausgeschlossen, dass auch dort weitere Einbrüche zu befürchten sind.

Drittens – das trifft uns insbesondere als Land, aber auch finanziell – werden die Bevölkerungsverluste, die prognostiziert sind bis 2020,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dazu führen, dass wir dann voraussichtlich nur noch zwischen 1,5 und 1,6 Millionen Einwohner haben. Die Finanzministerin sagte es bereits, das bedeutet pro Jahr Mindereinnahmen über die Schlüsselzuweisung zwischen 35 und 40 Millionen Euro.

Viertens haben wir des Weiteren zumindest bis 2008/2009 steigende Lasten aus dem Sonder- und Zusatzversorgungssystem demnächst mit über 300 Millionen Euro.

Und fünftens, wir haben kaum Spielräume für Einsparvolumen, weil – wie ich finde richtigerweise, ich habe die Summen genannt – durch die Kofinanzierung von Bundes- und EU-Programmen natürlich sehr viel Landesmittel von vornherein gebunden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo liegen Lösungsansätze, damit die finanzpolitischen Handlungsspielräume unseres Landes in den kommenden Jahren nicht noch weiter eingeschränkt werden? Ich will gar nicht davon reden, dass sie besser werden, sondern nicht weiter eingeschränkt werden. Ich bin schon der Meinung, dass man als Erstes klarstellen muss, dass wir vor allen Dingen ein Einnahmeproblem haben.

(Torsten Renz, CDU: Aha!)

Wir haben ein Einnahmeproblem, weil wir durch die Steuerpolitik viele Einnahmen verloren haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer hat sie denn gemacht, die Steuerpolitik?)

Und ich möchte an dieser Stelle gleich klar machen, wenn wir jetzt nach vorne sehen – und darum sollte es ja gehen –, dass wir ab sofort eine Steuerpolitik brauchen, die zu einer Stabilisierung der öffentlichen Haushalte beiträgt. Weitere Steuersenkungen, meine Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, sind nicht möglich, nicht in Höhe von 10 Milliarden Euro und auch nicht in Höhe von 1 Euro. Sie sind nicht möglich. Wir brauchen nicht weniger Steuereinnahmen, wir brauchen mehr Steuereinnahmen. Von daher muss man Steuersenkungen eine klare Absage erteilen.

(Beifall Ute Schildt, SPD,
Angelika Gramkow, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Ich hoffe, dass eine Reform der Erbschaftsteuern uns nicht nur die Erbschaftsteuer langfristig sichert, sondern ich glaube durchaus, dass es gute Chancen gibt, durch eine größere Besteuerung von großen Erbschaften auch Mehreinnahmen erzielen zu können. Ich halte gar nichts davon, eine Erbschaftsteuerreform nur zu machen mit der Zielsetzung, dass sie aufkommensneutral sein sollte. Wir müssen es schaffen, auf diesem Wege Mehreinnahmen zu erzielen, um unter anderem zum Beispiel auch in Bildung investieren zu können.

Ich bin allerdings schon der Meinung, dass wir auch zukünftig nach Möglichkeit, soweit wir es denn schaffen, alle EU- und alle GA-Mittel kofinanzieren müssen, um somit die Investitionen auf hohem Niveau zu halten. Allerdings – ich glaube, da sind wir uns auch alle einig –, muss die Effizienz dabei immer wieder hinterfragt werden. Das ist völlig unstrittig und das machen wir auch im Finanzausschuss unter anderem.

Ich möchte an dieser Stelle eine aktuelle Debatte noch einmal kurz erwähnen. Wir haben sicherlich alle verfolgt, dass es um die Frage, ob es eine Fortsetzung der Ziel-1-Förderung der EU nach 2006 für Ostdeutschland und damit auch für unser Land gibt, eine heftige öffentliche Debatte gibt. Und ich möchte an dieser Stelle auch klarstellen, dass es sehr wichtig ist, dass, egal, ob CDU- oder SPD-geführtes Bundesland, hier nun wirklich einmal alle ostdeutschen Länder an einem Strang ziehen müssen, sich einig sein müssen, um in enger Abstimmung mit der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union hier zu Regelungen zu kommen, die für Ostdeutschland und für unser Land für die Zeit nach 2006 die notwendige EU-Förderung sichern werden.

Als Letztes möchte ich natürlich auch deutlich sagen, dass es nicht reicht, nur nach dem Bund zu schauen und zu sehen, wie wir dort Einnahmeverbesserungen erzielen können, sondern wir selbst sind gefragt. Insofern habe ich damit persönlich kein Problem, wenn Herr Rehberg anspricht zu überprüfen, inwieweit wir durch Teilprivatisierung, durch Landesbeteiligung in privater Hand beziehungsweise teilweise zumindest durch Vermögensveräußerung, Gebührenüberprüfung und andere Positionen sowie natürlich auch aus eigenen Kräften – unter, ich sage jetzt einmal, strukturellen Gesichtspunkten – unsere Einnahmesituation verbessern müssen.

Und jetzt komme ich zur Ausgabenseite. Ich will da gar nicht kneifen. Es reicht eben nicht, nur darauf zu hoffen, dass wir vom Bund, von der Europäischen Union oder durch einen wundersamen Konjunkturaufschwung alle Finanzprobleme lösen können. Nein, wir müssen stärker als bisher eigene Effizienzreserven und Entwicklungspotentiale mobilisieren. Das heißt in der Konsequenz, die Ausgabenseite reduzieren und auf die Einnahmeseite anpassen, ob uns das gefällt oder nicht.

Das zentrale Projekt bleibt dabei natürlich die umfassende Modernisierung und Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen. Schwerpunkte sind dabei eine umfassende Aufgabenkritik, die Deregulierung der Verwaltungstätigkeit

(Wolfgang Riemann, CDU: Darum hat ja der entsprechende Ausschuss auch nicht getagt, Herr Borchert!)

und eine weitreichende Funktional- und Gebietsreform. Dabei müssen auf Landes- und auf Kreisebene Aufgaben verlagert und die zwölf Landkreise und sechs kreisfreien Städte – ich sage es in aller Deutlichkeit – zu nur noch wenigen Regionalkreisen verschmolzen werden. Wir brauchen unbedingt diese Anpassung der Stellenausstattung an die Aufgaben und an die Bevölkerungsentwicklung.

Wir halten fest an der Zielsetzung, bis 2006 die Gesamtzahl der Stellen in der Landesverwaltung unter 38.500 zu bringen. Wir müssen allerdings auch klarstellen, dass wir, um Verwaltungsaufgaben in dauerhaft hoher Qualität bei gleichzeitiger Konsolidierung des Personalkörpers zu erfüllen, einer gezielten langfristigen Personalentwicklungsplanung bedürfen.

Auf das Thema „Kündigung von aktuell 2.000 Beschäftigten“ haben meine Vorredner schon ausreichend hingewiesen beziehungsweise sind darauf eingegangen. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal die Gelegenheit nutzen, an die Tarifpartner zu appellieren, sich am Verhandlungstisch zu treffen, um für alle Beteiligten zu einer guten Lösung zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landeshaushalt für die Jahre 2004/2005 wird heute beschlossen und hat damit Gesetzeskraft. Das heißt allerdings nicht, dass wir uns in den nächsten Wochen zurücklehnen werden. Dafür sorgt schon die Opposition und das ist auch gut so. Wir haben demnächst eine Anhörung zur Frage

(Dr. Ulrich Born, CDU: Verfassungsmäßigkeit.)

der Verfassungskonformität. Ich bin schon gespannt auf diese Debatte. Ich bin natürlich genauso gespannt auf die Maiteuerschätzung, was sie uns demnächst beschenken wird. Insofern gibt es noch reichlich zu tun.

Für den heutigen Tag möchte ich verweisen auf einige Stapel Papier, die liegen bei Herrn Rehberg, bei mir und bei anderen. Was verbirgt sich dahinter? Der Doppelhaushalt 2004/2005. In der Summe – auf beide Jahre bezogen – liegen auf unseren Tischen 14,3 Milliarden Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung für den Haushalt 2004/2005 und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS – Bodo Krumbholz, SPD: Ja. – Zuruf von Ebert Liskow, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Borchert.

Bevor ich nunmehr die Beratung der Einzelpläne aufrufe, stelle ich trotzdem noch einmal die Frage: Gibt es noch einen Wunsch zu sprechen im Rahmen der allgemeinen Aussprache? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit kommen wir nunmehr zur Beratung der Einzelpläne. Mir liegen Wortmeldungen zu den Einzelplänen 04, 06, 07, 09, 10 und 11 vor.

Ich rufe auf den **Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Innenministeriums**, hierzu Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1024 und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1034, soweit diese den Stellenplan zum Einzelplan 04 betrifft.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 04
– **Geschäftsbereich des Innenministeriums** –
– **Drucksache 4/1024** –

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses – Stellenpläne –
– **Drucksache 4/1034** –

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 04.

Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Herr Thomas. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Ministerpräsident hat in seiner Rede Realismus angemahnt. Herr Schlotmann, Sie haben uns kritisiert. Wir sind im Grundsatz nicht gegen jede Kürzung, aber bitte realistisch. Unter Realismus verstehen wir nicht, dass sie jeden, aber auch jeden Antrag von uns einfach abbügeln. Da waren nämlich auch ganz diskussionswerte Anträge dabei.

Herr Friese, dass Sie mit dem Kopf schütteln, weiß ich.

(Siegfried Friese, SPD: Das wird auch nicht gemacht, Herr Thomas.)

Das machen Sie ja im Innenausschuss immer so.

(Siegfried Friese, SPD: Sie leiden unter Verfolgungswahn, Herr Thomas.)

Fakt ist eines, was aufgefallen ist, was mir aufgefallen ist, wenn ich das aus dem Bereich Innen sehe und hier insbesondere Sicherheit und Polizei: Hier wurde mehrfach erwähnt die Härtefallkommission. Sie erwähnten das auch. Das sind scheinbar Prioritäten, da muss ich sagen, die sind nicht realistisch.

(Peter Ritter, PDS: Integrationsfachdienste, das ist etwas anderes, Herr Thomas.)

Die sind erstens rechtswidrig und zweitens Rechtsbruch. Die Härtefallkommission ist ein Rechtsbruch.

(Peter Ritter, PDS: Integrationsfachdienste, Herr Thomas.)

Und im Übrigen ist das in Deutschland eine sehr teure Spielwiese, die wir uns weder aus Sicherheitsgründen noch aus fiskalischen Gründen leisten können.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, Siegfried Friese, SPD, und Peter Ritter, PDS)

Das ist erst einmal Fakt. Da werden Milliarden nun wirklich zum Fenster hinausgeworfen.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Jörg Heydorn, SPD)

Realismus hätte ich mir zum Beispiel im Bereich Polizei gewünscht. Wenn Sie seit 1998 mehr Realismus an den Tag gelegt hätten, dann wären wir nämlich nicht in dieser Situation, wie wir speziell im Bereich Sicherheit und bei der Polizei sind. Oder glauben Sie, dass es einem Polizeibeamten Spaß macht, hier dauernd vor diesem Schloss zu demonstrieren? Das ist ja nun weiß Gott nicht der Fall!

Sicherheit gehört auch zu den Prioritäten in schwierigen Zeiten, auch wenn wenig Geld da ist. Auch wir wissen, dass es nur vernünftige Kompromisse geben kann. Aber Sie haben in diesen Bereichen nicht einen Ansatzpunkt gegeben, um überhaupt mit uns darüber zu reden, um zu einem vernünftigen Kompromiss zu kommen, und das seit Jahren. Wir haben immer vernünftige Vorschläge gemacht, die müssen Sie nicht alle annehmen. Sie haben sie abgebugelt. Die Probleme, die wir heute haben, haben wir Ihnen alle vorausgesagt. Das haben Sie abgebugelt mit links, das ist alles Unsinn. Was die Opposition sagt, und jetzt haben wir die Probleme. In Zukunft würde ich Ihnen empfehlen: Prüfen Sie wenigstens einige Dinge vernünftig und realistisch! Das waren nämlich ganz gute Hinweise, die Dinge realistisch zu betrachten, denn auch in schwierigen Zeiten kann man Realist bleiben, auch beim Sparen.

Wenn ich über Sparen rede, die Finanzministerin hat Bayern als Beispiel angesprochen. Auch die mussten 2,5 Milliarden sparen. Dort hat aber der Bereich Sicherheit den wenigsten Sparanteil. Das sind, glaube ich, 2,4 Prozent gewesen. Bei der Staatskanzlei wurde mit über 10 Prozent zugeschlagen

(Rudolf Borchert, SPD: Und bei der Bildung erst mal!)

und beim kommunalen Finanzausgleich wurde draufgelegt, weil das nämlich wichtig war. Das sind Unter-

schiede, die man machen kann, und das sind die Prioritäten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es!)

Das ist das, was wir kritisieren. Wir kritisieren nicht, dass wir sparen müssen, sondern wie wir sparen müssen und dass Sie alle Vorschläge von uns abgebugelt haben. Ich glaube, das ist auch unseriös.

Frau Gramkow, sie ist nicht da, Sie hatten – ich rede jetzt zum speziellen Bereich Polizei – ein gutes Stichwort gegeben, und zwar „Mobilisieren ohne zu informieren.“ Gerade das ist mein Eindruck auch bei der Polizei. Die Fraktionen der SPD und PDS sind gegen die Polizei offenbar mobilisiert worden, ohne dass sie vernünftig informiert wurden. Vielleicht kann man das wirklich einmal realistisch aufarbeiten und darum möchte ich bitten. Darum ging es auch bei vielem in der Diskussion.

Über die Fluglinie will ich eigentlich nicht reden, aber deutlich sagen: Wenn wir hier eine Wirtschaftsentwicklung in diesem Lande haben wollen, dann brauchen wir eine Fluglinie. Dann können wir das Geld nicht in zig Flughäfen verplempern, sondern dann müssen wir es da einsetzen, wo der Wirtschaftsstandort ist, von dem alle profitieren. Und das kann nur Laage sein!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Auch wenn das eine regionale Interessenlage ist. Nüchtern, sachlich und realistisch kann das nur so sein und da bräuchten wir noch mehr Fluglinien, nämlich nach Kopenhagen und Düsseldorf, damit da schwarze Zahlen kommen. Das muss man sich natürlich auch überlegen. Da gibt es überhaupt gar kein Problem.

Sie haben uns als „Weihnachtsgeschenk“ mit der Drucksache 4/700 etwas vorgelegt, mit dem weitreichende negative Folgen für den Bereich Innere Sicherheit und für die Polizei verbunden sind. Ich habe in Diskussionen wie beim 4. Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei, aber auch im Innenausschuss und im Landtag sowie vorgestern beim LKA festgestellt, dass es offenbar so ist, dass die Regierungskoalition viel zu viel von dem glaubt, was ihr an Fehlinformationen zur Polizei einfach über Jahre und bis heute zum Teil noch aufgetischt wird. Sie glauben immer noch, wir haben viel zu viel Polizei. Wir sind nur die CDU und nur ein paar aufmüpfige Gewerkschafter sind es, mehr nicht. Wir reden über realistische Probleme. Wir reden auch nicht alles schlecht, verdammt noch mal! Das ist doch einfach zu schlicht, was Sie hier sagen, wenn wir kritisieren, reden wir schlecht. So geht es nicht! Das bringt auch nichts, das ist auch nicht realistisch.

Eine Landespolizei kann man eben realistisch nur an ihren Aufgaben messen und nicht an irgendwelchen Vorgaben, die schon längst nicht mehr gültig sind. Wer trotz der objektiv vorhandenen Aufgaben die dafür benötigten Polizeivollzugskräfte, die Tarifkräfte und jetzt noch die hoch qualifizierten Spezialisten seit Jahren einspart, der muss dann auch klar und ehrlich sagen, dass damit bestimmte hoheitliche Aufgaben in diesem Lande nicht mehr wahrgenommen werden können. Dann müssen Sie das aber auch ehrlich sagen und Sie müssen auch die Verantwortung dafür übernehmen,

(Torsten Renz, CDU: Richtig!)

weil Sie an unserer Mitarbeit, an unseren Vorschlägen schlicht und einfach nicht interessiert waren.

Die Polizei kann – und das muss man wirklich einmal deutlich sagen – nur aufgabenbezogen betrachtet werden. Ich sage es noch einmal für die, die das wirklich alles abgeschmettert haben, den Versuch, das realistisch zu betrachten, denn da sind Ihnen wirklich, entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, Timm'sche Märchen über Jahre hinweg aufgetischt worden. Ich mache das nicht jedem zum Vorwurf, aber zumindest die Innenpolitiker hätten einmal darüber nachdenken müssen. Real sieht das so aus:

Erstens. Für 100 Kilometer Straße hat Mecklenburg-Vorpommern 60 Polizeivollzugsbeamte, Schleswig-Holstein 75 und NRW 152. Das sind realistische Vergleiche.

Zweitens. Auf 100 Quadratkilometer hat Mecklenburg-Vorpommern 25 Polizeivollzugsbeamte,

(Jörg Heydorn, SPD: Vergleichen Sie mal die Einwohner!)

Schleswig-Holstein 47 ...

(Jörg Heydorn, SPD: Die Einwohner mal vergleichen!)

Sie haben von gar nichts eine Ahnung. Reden Sie nicht dazwischen!

(Jörg Heydorn, SPD: Die Einwohner mal vergleichen! – Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

... und Nordrhein-Westfalen 132.

Drittens. Mecklenburg-Vorpommern hat pro 100.000 Einwohner 3.850 Verkehrsunfälle, Schleswig-Holstein 2.250 und NRW 2.900.

Viertens. Die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern ist auch für die fast 4,5 Millionen Besucher in diesem Land und deren Sicherheit verantwortlich und wir sind ein Transitland – auch für Kriminelle.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Das muss ebenfalls berücksichtigt werden.

Fünftens. Mecklenburg-Vorpommern hat pro 100.000 Einwohner 8.700 Übernachtungen, Schleswig-Holstein 7.414 und Bayern 5.850. Das sind realistische Zahlen!

Sechstens. Mit 34 bis 35 Fällen laut PKS pro Polizeivollzugsbeamten haben wir die absolute Spitze in Deutschland. Das sind die realistischen Zahlen, nach denen Sie die Polizei einmal bemessen müssen!

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Weil Sie das nie betrachtet haben, sind wir jetzt in dieser Situation, und weil Sie unsere Vorschläge dazu einfach zu lax abgebügelt haben. Eins und eins ist nur zwei! Es gibt vielleicht bei Ihnen Leute, die meinen, eins und eins ist fünf. Das ist aber nicht so.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

1991 hatten wir 6.100 Vollzugsbeamte ...

Na, bei ein paar Spielwiesen ist das garantiert so. Das, was in Niekritz passiert, das hätte ich gerne für die Polizei, Herr Ministerpräsident. Das sage ich Ihnen so.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und zum Lachen finde ich es auch nicht.

Wir hatten 1991 einmal 6.100 Polizeivollzugsbeamte, 675 Angestellte und 325 Arbeiter. Im Jahre 2000 waren es noch 5.902 Vollzugsbeamte, 499 Angestellte und 173 Arbeiter – also minus 198 Polizeivollzugsbeamte, minus 176 Angestellte und minus 152 Arbeiter. Spätestens ab 1998, als Sie an der Macht waren, wissen Sie auch, dass insgesamt in der Landespolizei zu viel Personal vorhanden war. Sie haben aber trotzdem derzeit noch einige Stellen neu geschaffen, daran kann ich mich noch erinnern.

Dann kommt 2000 bis 2006 Ihr Personalentwicklungskonzept, das diesem Namen wirklich nur alle Schande macht: minus 177 Polizeivollzugsbeamte bei weiterem Bedarf von 150 Beamten für drei Autobahnstationen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Die Polizeiorganisation wird dann dem Personalabbaukonzept angepasst. Ergebnis: Flächenpräsenz kann nicht mehr gewährleistet werden, die Reaktionszeiten steigen sprunghaft an. Fragen Sie, was los ist draußen! Die Leute müssen länger auf die Polizei warten,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja, richtig! So ist das!)

zum Teil so lange, dass es schon sicherheitsgefährdend ist. Eins und eins sind eben nur zwei!

Dann fällt einigen Rechenkünstlern etwas ganz Starkes ein. Wir haben da ja noch eine dritte Bereitschaftspolizeiabteilung, damit können wir schnell die Löcher in den fünf Polizeidirektionen stopfen. Das wurde ohne Argumentation durchgezogen. Was wir Ihnen gesagt haben als Ergebnis – das ist nämlich schon längst versickert –, wir haben die Probleme weiter, Sie haben uns abgebügelt. Gerade das finden wir eben nicht in Ordnung.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir erwarten von Ihnen weiß Gott nicht, dass Sie jeden Antrag von uns annehmen, aber dass Sie sich das wenigstens einmal realistisch auch in Ihren Fraktionen durch den Kopf gehen lassen und nicht all den Unsinn glauben, den Ihnen da ein paar Leute vorerzählen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dann wird uns noch mit dem Haushalt 2003/2004 wieder ein Minus von 298 Polizeivollzugsbeamten bis 2010 angekündigt, also wieder ein Personalentwicklungskonzept, das diesen Namen weiß Gott nicht verdient. Nur jetzt sind wir schon insgesamt bei einem Minus von 823 Vollzugsbeamten, wenn ich die 150 für die Autobahnstationen mitrechne, bei ständig steigenden Aufgaben mit Bezügen von 1991. Das sind weit über zehn Prozent Einsparungen bei Polizeivollzugsbeamten bei steigenden Aufgaben! Da muss doch irgendjemandem in diesen beiden Regierungsfractionen einmal etwas einfallen. Darüber müssen wir nüchtern reden. Das kann so nicht weitergehen.

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Peter Ritter, PDS)

Wenigstens das hätte ich mir von den Fraktionen gewünscht, auch bei den Haushaltsberatungen. Arbeiter und Angestellte sind hier gar nicht mitgerechnet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Seit 1998 kommt ja noch einiges dazu. Da haben Sie Ihr Hebungshalbierungsprogramm durchgepeitscht. Hinzu kommt die Nichtausnutzung der Stellenplanobergrenzenverordnung. Nach dem Auslaufen der Besitzstandsregelung wurde diese Ersparnis von zehn Prozent nicht für Leistungszulagen und Leistungsprämien verwendet. Das macht zusammen Pi mal Daumen, wenn ich beides nehme, Einsparungen pro Jahr von fast 20 Millionen Euro im Polizeibereich. Das muss man doch einmal nüchtern zur Kenntnis nehmen, wenn man über Geld redet, auch in schwierigen Zeiten.

Dann kommt das Sonderzahlungsgesetz plus Heilfürsorge, da haben Sie ja nun ein Zugeständnis gemacht. Das war auch wirklich bitter notwendig. Da ist nämlich schon seit 1993 etwas zugezahlt worden.

(Rudolf Borchert, SPD: Es ist ja erstaunlich, dass Sie das überhaupt registriert haben.)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, bei all dem, was Sie der Polizei in kürzester Zeit, zum Teil Schlag auf Schlag, zugemutet haben, wundern Sie sich noch darüber, dass die Leute hier vor diesem Landtag demonstrieren. Ich wundere mich, dass sie so lange Geduld hatten. Aber das ist noch nicht das Ende.

Jetzt kommen Sie zu der Erkenntnis, wir müssen wirklich 1.600 Stellen abbauen. Was sehen wir dann? Der Bereich Innen hat mit 450 wieder den Löwenanteil und darunter – und jetzt geht es an die Substanz – sind 392 Angestellte, und zwar in den Bereichen, die technisch hoch qualifiziert sind, die wir brauchen, auf die man überhaupt nicht verzichten kann, und das, nachdem Sie jahrelang bei der Polizei schon gestrichen haben. Ich sage Ihnen, Sie werden mit diesen Plänen einige wichtige Bereiche, wie zum Beispiel DNA im LKA, völlig lahm legen. Vielleicht war das der Grund dafür, dass Sie hier im Landtag unserem Antrag nicht zugestimmt haben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Genau! So ist das.)

weil Sie nämlich schon wussten, Sie haben gar nicht das Geld dafür, um Prioritäten überhaupt hier noch durchzuziehen. Es sieht nämlich so aus, dass Sie von 29 hoch qualifizierten Mitarbeitern unter anderem in diesem Bereich 20 abbauen. Wer da nicht nachdenkt, da frage ich mich, warum der hier noch in diesem Parlament sitzt. Man müsste doch wenigstens einmal darüber nachdenken, ob man das überhaupt tun kann. Aber nichts, nichts! Und deswegen ist das unakzeptabel, wenn Sie uns vorwerfen, wir machen hier schlechte Anträge. Das waren nicht alles unsinnige Anträge. Wir haben nichts von Ihnen erwartet. Wir hätten erwartet, Sie reden einmal darüber, und wenn schon nicht mit uns, dann wenigstens mit der Gewerkschaft der Polizei, um mit den Polizisten zu einem tragbaren Kompromiss zu kommen, denn das ist doch verdammt noch mal auch Ihre Polizei und nicht unsere.

(Beifall Andreas Petters, CDU – Peter Ritter, PDS: Ihre auch.)

Bei der Liquidierung der dritten Polizeihundertschaft – das ist das, was politisch aus meiner Sicht unseriös noch dazu kam – wurden dann die Polizeidirektoren noch untereinander ausgespielt. Jeder war froh, dass er noch ein paar Beamte bekommen konnte. So etwas tut man nicht!

Und jetzt kommt die nächste Geschichte: Für das LKA wird eine Kommission gebildet, die nur mit Schutzpolizisten

besetzt ist, also wieder das gleiche Spiel. Jetzt wollen Sie die Schutzpolizei gegen die Kriminalpolizei ausspielen. Das ist unseriös und so etwas tut man nicht! Deswegen sind die auch alle richtig sauer. Das hätten Sie vermeiden können, dass sie auf die Regierungsfractionen sauer sind. Sie hätten nämlich mit ihnen reden können und wir hätten Ihnen dabei auch noch helfen können. Das kritisieren wir wirklich und, ich glaube, zu Recht, bei allen unterschiedlichen Positionen, die wir hier haben. Das ist unseriös und so kann man keine Politik, auch keine Haushaltspolitik, machen, auch – ich betone, auch – nicht in schlechten Tagen.

Eines muss ich noch dazusagen: Hochachtung vor dem, was die Bildungspolitiker zumindest als vernünftigen Kompromiss erreicht haben. Das ist auch eine Priorität und das hätte man in dem Bereich Sicherheit – aus meiner, aus unserer Sicht – auch erreichen können. Dann hätten wir weniger Probleme. Wir bräuchten uns weniger zu streiten und dann gäbe es auch sicher in den einzelnen Ausschüssen weniger Anträge, wenn man vernünftige Regelungen trifft.

Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass wir noch darüber reden können, denn schließlich ist mit unserer Klage noch Einiges offen. Ich möchte Sie wirklich bitten, versuchen Sie, bei der Polizei aufgabenorientiert zu einem vernünftigen Kompromiss zu kommen. Ich möchte einige Kolleginnen und Kollegen bitten, da auch einmal das Rückgrat zu haben, sich in dem Bereich gegen die Vorlagen aus dem Innenministerium durchzusetzen. Es ist nicht alles seriös, was Ihnen da zum Teil aus dem Finanz- und aus dem Innenministerium zur Polizei vorgelegt wird. Wir bräuchten eigentlich – und auch darüber möchte ich Sie bitten nachzudenken, das werden wir auch noch mit einem Antrag untersetzen – ein völlig neues Gesamtentwicklungskonzept Polizei, weil das, was wir haben, ist, ganz salopp gesagt, vor den Baum gefahren, dieses Problem. Wenn Sie das noch nicht erkannt haben, sprechen Sie mit den Polizisten, da wissen wir, in welcher Situation wir sind. Das nützt keinem, das nützt Ihnen als Regierungsparteien genauso wenig wie uns als Opposition.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Das kann so nicht weitergehen. Ich wünschte mir, dass wir gemeinsam:

1. zu einem Konzept zur personellen Ausstattung und Entwicklung im Polizeivollzug kommen,
2. zu einem Konzept für die Polizeiverwaltung – also personelle und materielle Aspekte – unter Beachtung des Erhalts von Kernbereichen innerhalb der Polizei, also Pflege von Führungs- und Einsatzmitteln, kommen,
3. zu einem Konzept zur Aus- und Fortbildung, zum Beispiel nach den Anregungen der IMAG, das liegt ja schon eine ganze Weile vor, sowie zu einem Konzept für die Bereiche polizeiliche Information und Kommunikation kommen.

Ich denke, das sollten Sie nach einigen Überlegungen einmal versuchen, gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei, mit der Polizei und mit uns – mit der Opposition – auf den Weg zu bringen. Das wäre ein erster vernünftiger Schritt in schwierigen Zeiten anlässlich dieser Haushaltsberatungen hier im Land, weil Ihre Sicherheitspolitik Polizei gründlich gescheitert ist. Das kann man nicht akzeptieren.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Andreas Petters, CDU)

Ich möchte Sie wirklich bitten, in diesem Sicherheitsbereich Ihren bisherigen Stil, das, was Sie so ganz locker beschließen ohne jegliche Aufnahme anderer Argumente, zu überdenken und zu versuchen, politisch zu einem annehmbaren Kompromiss zu kommen, der es uns in diesem Lande ermöglicht, dass die Polizei mittelfristig nicht weiter den Bach runtergeht, denn dafür haben Sie alle Weichen gestellt und das kann es nicht sein. Meine herzliche Bitte ist, das in Ruhe zu überdenken, es in Ihren Fraktionen noch einmal zum Thema zu machen und nüchtern über alle Zahlen, und das waren sachliche Zahlen und Fakten, die ich hier noch einmal gesagt habe, noch einmal nachzudenken. Unsere Klage läuft. Wir haben die Anhörung. Wir haben also die Möglichkeit, hier noch Einiges zu ändern und zu einem tragbaren Kompromiss zu kommen. – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Thomas.

Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 04 liegen mir nicht vor.

Ich rufe auf den **Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums**, hierzu Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1026 sowie die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1034, soweit diese den Stellenplan zum Einzelplan 06 betrifft.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 06

- **Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums –**
- **Drucksache 4/1026 –**

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

- **Stellenpläne –**
- **Drucksache 4/1034 –**

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 06.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Born für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ulrich Born, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir haben noch etwas Redezeit und der Wirtschaftsminister hat Gelegenheit, doch noch den Landtag wieder aufzusuchen, denn, ich meine, das ist das mindeste, was wir erwarten können, wenn wir uns hier mit den Einzelplänen befassen, dass dann auch die zuständigen Minister anwesend sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde es wirklich bedauerlich, wenn wir tatsächlich förmlich den Minister zitieren müssten. Es ist eigentlich ein Gebot der selbstverständlichen Achtung gegenüber dem Parlament, dass diejenigen, um deren Haushalt es hier jeweils geht, dann auch anwesend sind.

(Volker Schlotmann, SPD: Erklären Sie das der IHK Rostock, die heute in Stralsund ihren Empfang macht. Sie wissen ganz genau, dass der Wirtschaftsminister dort stellvertretend für den Ministerpräsidenten die Rede hält.)

Ich beantrage für meine Fraktion fünf Minuten Unterbrechung. Mir ist nicht bekannt, dass der Wirtschaftsminister sich hier abgemeldet hat.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten. Wir setzen um 15.00 Uhr fort.

Unterbrechung: 14.54 Uhr

Wiederbeginn: 15.12 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

(Andreas Bluhm, PDS, und

Gabriele Schulz, PDS: Die Schriftführer fehlen!)

Ich bitte die Schriftführer, die Plätze einzunehmen.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born für die CDU-Fraktion.

Dr. Ulrich Born, CDU (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der CDU-Fraktion beantrage ich, dass gemäß Paragraph 78 Absatz 2 der Geschäftsordnung in Verbindung mit Artikel 38 Absatz 1 der Landesverfassung die Anwesenheit des Wirtschaftsministers zu dem zu behandelnden Tagesordnungspunkt herbeigeführt wird.

Ich will kurz zur Begründung Folgendes sagen: Diese Sondersitzung heute ist beantragt worden von den Fraktionen der SPD und PDS. Wir haben frühzeitig darauf hingewiesen, dass wir diese Sondersitzung an diesem Tag für nicht notwendig halten und dass es Terminüberschneidungen gibt. Sie haben die Sondersitzung durchgesetzt.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion hat sich heute Mittag persönlich und alle Mitglieder der Fraktion offiziell bei der IHK Rostock entschuldigt. Viele unserer Kollegen hatten sich dort angemeldet. Herr Schlotmann hat vorhin gegenüber die Behauptung aufgestellt, aber so, dass es hier viele hören konnten, ich hätte gewusst, dass der Wirtschaftsminister an dem Empfang der IHK teilnimmt. Dazu stelle ich Folgendes fest:

Entgegen der Behauptung von Herrn Kollegen Schlotmann

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

hat sich der Wirtschaftsminister nicht für diese Sitzung entschuldigt. Unsere Vertreter im Ältestenrat hätten dem sicherlich auch nicht zugestimmt. Es gibt kein wichtigeres Gesetz als das Haushaltsgesetz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

Wenn der Haushaltsplan des Wirtschaftsministers hier beraten wird, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, darüber braucht man kein Wort zu verlieren, dass der Minister anwesend ist. Angesichts der Dramatik der Situation, wenn eine Zeitschrift schreibt, Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern verliert den Anschluss, gilt erst recht, dass der Minister hier anwesend sein muss. Stattdessen hat der Wirtschaftsminister heute Mittag – ich bin selbst noch gegen 13.00 Uhr mit ihm zusammengetroffen beim Essen – der Präsidentin mündlich erklärt, dass er nach Stralsund fahren wolle.

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Ministerpräsident persönlich hier ist, der offensichtlich sonst ebenfalls nach Stralsund gefahren wäre, und dass auch die anderen Mitglieder der Landesregierung hier sind. Umso bedauerlicher ist es, dass ausgerechnet der Wirtschaftsminister, der die parlamentarischen Gepflogenheiten seit Jahren

kennen müsste, meint, hier unentschuldigt fernbleiben zu können. Er hätte sich in Stralsund, nachdem Sie diese Sitzung durchgesetzt haben, von seinem Staatssekretär vertreten lassen können. Eine entsprechende Vertretung hier im Landtag ist bei diesem Tagesordnungspunkt selbstverständlich nicht möglich. Deshalb beantragt meine Fraktion, dass der Minister hier an dieser Sitzung teilnimmt.

Wir haben keine Probleme damit, wenn Sie Einzelpläne in der Beratung vorziehen wollen. Das ist eine Sache, die man ohne weiteres machen kann, wenn Sie das denn wünschen. Aber wir bestehen jedenfalls auf der Anwesenheit des Ministers bei der Beratung des Einzelplanes 06.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Born.

Ums Wort hat jetzt gebeten der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage namens der SPD-Fraktion, bevor wir dieses entscheiden, eine halbe Stunde Auszeit.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für 30 Minuten. Wir setzen die Sitzung um 15.45 Uhr fort.

Unterbrechung: 15.17 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 16.02 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Es gibt eine Wortmeldung der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Auf Grundlage der Aussage der Regierungsfractionen und der Vereinbarung, dass wir jetzt die Einzelpläne tauschen und den Wirtschaftseinzelplan zum Schluss behandeln, ziehen wir den Antrag auf Zitierrecht zurück und gehen davon aus, dass der Minister Otto Ebnert zu den Beratungen des Einzelplans Wirtschaft wieder anwesend ist.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Caffier.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich die Sitzung erneut unterbreche und den Ältestenrat sofort einberufe. Wir unterbrechen die Sitzung für 30 Minuten.

Unterbrechung: 16.03 Uhr

Wiederbeginn: 16.44 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich unterbreche die Aussprache zum Einzelplan 06.

Ich rufe auf den **Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur**, hierzu Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1027 sowie die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1034, soweit diese den Stellenplan zum Einzelplan 07 betrifft. Zum Einzelplan 07 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion

der CDU auf Drucksache 4/1051 vor, soweit dieser den Einzelplan 07 betrifft.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 07

**– Geschäftsbereich des Ministeriums
für Bildung, Wissenschaft und Kultur –
– Drucksache 4/1027 –**

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

**– Stellenpläne –
– Drucksache 4/1034 –**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/1051 –

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 07.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Lochner-Borst.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Chance war da und die Chance wurde verpasst. Zusammen mit dem Haushalt hätte dieser Landtag eine Wende in unserer Bildungspolitik herbeiführen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir hätten die Möglichkeit gehabt, die Bildungspolitik vorbehaltlos auf den Prüfstand zu stellen und das Bildungswesen in unserem Land mit aufeinander abgestimmten Maßnahmen zu modernisieren. Dazu gehören Ganztagschulen, die diesen Namen verdienen, ebenso wie Leistungs- und Motivationsanreize für Lehrkräfte, freie Wahl der Schule,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Qualitätssicherung, Höherqualifizierung von Erzieherinnen und vieles mehr, ein modernes Bildungssystem also von der Kindertagesstätte über die Schulen bis hinein in die Hochschulen. Stattdessen hat sich die Landesregierung entschlossen, weiter Flickschusterei zu betreiben, hier und da zu retten, was zu retten ist und letztendlich weiterhin dem nationalen und internationalen Bildungswettbewerb hinterherzurrennen. Den Anschluss an die Spitze werden wir so nie bekommen.

Hätte Bildung, wie in vielen Sonntagsreden immer wieder beteuert, tatsächlich Priorität in diesem Land,

- dann würden nicht 7 Millionen Euro in einem unnötigen neuen Kita-Gesetz versanden,
- dann würden an unseren Schulen nicht weiterhin 683 Stellen offen stehen,
- dann hätten wir eine tatsächliche Unterrichtsversorgung von 100 Prozent,
- dann würde man das Lehrpersonal-konzept leistungsorientiert der Zeit anpassen,
- dann müssten Lehrer nicht zwei Stunden pro Woche mehr unterrichten, ohne einen Ausgleich dafür zu erhalten,
- dann müssten Studenten nicht um die rechtmäßige Fortführung ihres Studiums fürchten,
- dann könnten die Hochschulen sich auf den zugesicherten Finanzkorridor verlassen,
- dann hätten wir autonome Hochschulen, die frei über ihre Finanzmittel verfügen können, ohne bei jeder Haushaltsdebatte zittern zu müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Und, Herr Schlotmann, dass es keine Einsparungen an den Hochschulen gibt, ist schlichtweg unwahr,

(Volker Schlotmann, SPD:
Das hab ich ja auch nicht gesagt.)

denn uns liegen die Einsparungen laut Haushaltssperre an den Hochschulen ja bereits vor.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Und dass die Hochschulen bislang keine 373 Stellen einsparen müssen, ist auch nicht Ihnen zu verdanken.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Beate Mahr, SPD: Ihnen auch nicht.)

An der Stelle möchte ich mich bei Herrn Dr. Bartels bedanken, der ohne Rücksicht auf partei- und regierungs- politische Interessen für die Hochschulen gekämpft hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Beate Mahr, SPD: Fein gelogen.)

Meine Damen und Herren, ich werde nicht müde, mich immer und immer wieder zu wiederholen. Jedes System kann nur so gut sein, wie die Menschen, die es ausgestalten, gebildet sind. Deshalb kann und darf der Einzelplan 07 nicht in Sparmaßnahmen und Kürzungen einbezogen werden. Wir wissen inzwischen alle, Frau Finanzministerin, dass Einschnitte aufgrund hoher Steuerausfälle notwendig sind.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Aber wir werden die Steuereinnahmen nicht erhöhen, indem wir künftige Steuerzahler gleich mit einsparen, und das sind gut ausgebildete junge Menschen, künftige Steuerzahler.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle müssen umdenken.

(Lorenz Caffier, CDU: Ja.)

Wir können nicht weiter von einer Wissensgesellschaft reden und gleichzeitig so tun, als ob wir noch immer im Industriezeitalter lebten. Bildung wird nicht in einer fernen Zukunft darüber entscheiden, ob und wie wir uns im Wettbewerb behaupten können, sie tut es bereits. Hinter dem Begriff „Bildung“ versteckt sich im Zusammenhang mit der Wissensgesellschaft nicht irgendein schöngestiges Gerede, sondern eine ganz klare Gewinnerzielungsabsicht für den Einzelnen, die Gesellschaft und für unsere Volkswirtschaft. Wirken Sie darauf ein, dass Bildungsausgaben investiv veranschlagt werden! Bildungsausgaben sind Investitionen und keine konsumtiven Ausgaben.

Meine Damen und Herren, die CDU will, dass unser Land zukunfts- und wettbewerbsfähig wird. Dazu brauchen wir geistige Erneuerung und dazu brauchen wir Bildung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wer aber aufhört, in Bildung zu investieren, gibt die Zukunft unseres Landes auf. Und diesen Vorwurf müssen Sie, meine Damen und Herren in der Landesregierung und in den Koalitionsparteien, sich bis auf einige wenige Ausnahmen gefallen lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Metelmann. – Der Herr Minister zieht seine Wortmeldung zurück und Herr Renz möchte jetzt zum Einzelplan 07 sprechen. Dann bitte.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgrund der Diskussion und der Redebeiträge, wie sich das hier entwickelt hat, möchte ich ganz kurz aus meiner Sicht noch mal ein paar Punkte aufgreifen, die in der Debatte zum Thema Bildung von den Vorrednern zum Besten gegeben worden sind. Es ging hier los mit dem Herrn Ministerpräsidenten, der persönlich zum Thema Bildung und von einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Kernfächern gesprochen hat. Es ging dann weiter mit Herrn Schlotmann, der von sich gegeben hat, dass die Unterrichtsqualität so wenig wie möglich zu belasten ist.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Anschließend kam dann die Frau Ministerin Keler mit einem wunderbaren Ausspruch, und zwar: Die Lehrerzahl wird der Schülerzahl angepasst. Wenn man sich das so auf der Zunge zergehen lässt, dann denkt man,

(Heike Polzin, SPD: Umgekehrt geht es ja nicht.)

dass wir jetzt demnächst automatisch unheimlich viele Lehrer einstellen werden, zusätzlich.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Man muss nicht nur denken, man muss auch mal nachdenken! –
Dr. Margret Seemann, SPD: Wissen Sie nicht,
dass die Schülerzahl zurückgegangen ist?!)

Das wird hier vielleicht noch suggeriert. Dann kommt als Vierter Herr Borchert, der kommt dann wieder mit diesem polemischen politischen Touch. Er wird dafür sorgen, dass die Vermögensteuer eingeführt wird und ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Erbschaftsteuer! –
Ministerin Sigrid Keler: Haben wir doch! –
Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Ach, die auch noch, meine Damen und Herren! Und das will er natürlich, das ist Ihre Politik, sofort der Bildungspolitik zugute kommen lassen.

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

Meine Damen und Herren, lassen Sie dem endlich Taten folgen! Für mich hat heute im Prinzip nur noch ein Ausspruch gefehlt von der Fraktionsvorsitzenden Frau Gramkow. Diese hat heute das Thema Bildung nicht so strapaziert mit ihrem Lieblingsspruch. Und zwar will die PDS ja investieren in die Köpfe und nicht in Beton. Aber ich will Ihnen an dieser Stelle einfach noch mal ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition: Lassen Sie endlich Taten folgen! Das sollten wir als Parlament an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Das ist eigentlich auch der Anlass, warum ich mich noch einmal nach vorne bewegt habe. Nicht dass es nachher heißt, wir haben nicht gewusst, was der Beschluss des Haushalts für Folgen haben wird, und nicht, dass es draußen verwechselt wird, dass es immer wieder heißt, wir alle haben dafür gesorgt, dass es zu Stundenerhöhungen bei den Lehrern

kommt. Nein, jedem muss bewusst sein, wenn wir hier heute den Haushalt verabschieden, wenn wir hier diesen Einzelplan verabschieden, dass das die Ermächtigung ist.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und ob Sie das jetzt als direkte oder indirekte Beschlussfassung ansehen, auf alle Fälle wird damit der Minister mehr oder weniger durch Sie, durch das Parlament, durch die Regierungsfractionen beauftragt, hier Veränderungen vorzunehmen, und zwar bei der Festsetzung der Unterrichtsverpflichtung. Das bewirkt unser Beschluss mit Zustimmung des Haushalts. Und ich gehe davon aus, dass ich Sie an dieser Stelle nicht mehr belehren werde heute, dass Sie diesem Einzelplan nicht zustimmen. Aber sagen Sie bitte nachher nicht, dass Sie das nicht gewusst haben! Es ist dann einfach eine Tatsache. Bei der Lehrerzahl wird sicherlich in begrenztem Maße etwas getan, das akzeptieren wir, aber die eigentliche Lösungsmöglichkeit, die hier gewählt wird, ist das Hochsetzen von 25 auf 27 Stunden zum Beispiel im gymnasialen Bereich oder auch im Bereich der Berufsschulen. Das muss man deutlich an dieser Stelle so aussprechen.

(Heike Polzin, SPD: Und damit haben sie genauso viel Stunden wie die Lehrer an den Haupt- und Realschulen.)

Frau Polzin, wenn Sie nachher Fragen haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Ich kann meine Meinung dann zu den Maßnahmen äußern, die Sie hier anbieten und die Sie auf den Weg bringen.

Ich weiß auch gar nicht, ob den Leuten, die hier sitzen, wenn es zum Beispiel um die Unterrichtsverpflichtung geht, bezogen auf das 60. Lebensjahr, die so genannten Altersanrechnungstunden bekannt sind. Es ist einfach so, sicherlich auch gut und zu Recht, dass 60-Jährige zwei Stunden in der Woche weniger unterrichten müssen als Leute, die noch nicht 60 sind. Das heißt, eine Lösungsmöglichkeit, die hier durch Sie oder durch den Minister später angeboten wird, ist, dass diese zwei Stunden wegfallen. Also die Kollegen werden nicht mehr 23, sondern ab September dann 25 Stunden unterrichten. Und mit dem gleichzeitigen Hochsetzen der Pflichtstundenzahl auf 27 werden dann gerade diese Kollegen noch mal bestraft, also doppelt werden sie abgestraft. Das lassen Sie sich bitte auf der Zunge zergehen, meine Damen und Herren! Das heißt, wir werden diese Kollegen mit einem Altersdurchschnitt über 60 in ihren letzten Arbeitsjahren sehr stark belasten.

Wer einmal in diesem Berufsfeld tätig war, wenn ich zum Beispiel gerade an die höheren Klassen denke, wenn ich an meinen Bereich, die Berufsschulen, denke, wer sich dort vor Ort mal umschaute, was das für Belastungen sind, die auf diese Kollegen zukommen, der kann wahrscheinlich jetzt nur stillschweigend in sich gehen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Waren Sie schon mal in einer Hauptschulklasse?)

Und wenn ich dann von Qualität in der Bildung spreche, das ist ja das Lieblingsthema aller Politiker in Wahlkämpfen, das wissen Sie.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wenn einmal angekündigt wird, wir wollen Klassenfrequenzen setzen, wir wollen die Eingangszahl verändern und, und, und – hier werden Sie an Taten gemessen und dann sagen Sie das bitte.

(Die Abgeordnete Heike Polzin bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich würde die Fragen gern zum Ende beantworten.

Dann sagen Sie bitte auch den Leuten, dass sie hier dafür verantwortlich sind! Und wenn es dann um Qualität geht, was ich ja auch zitiert habe, wenn ich dann lese, in welcher Art und Weise Teilungsunterricht mehr oder weniger abgeschafft werden soll, erschwert werden soll, wenn ich den Bereich der Berufsausbildung nehme, wo durch das Ministerium die Vorgaben im Bildungsausschuss vorgelegt wurden, wenn dort Formulierungen sind, wie, es soll doch mal geprüft werden, in welchen Berufen vielleicht überhaupt noch Teilungsunterricht möglich ist, wo wir heute eine veränderte Berufsschullandschaft haben, wo es um handlungsorientierten Unterricht geht, dann kommen wir oder kommen Sie und wollen in diesem Bereich Teilungsunterricht einsparen.

Das ist für mich, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, eine Katastrophe, und da kann ich Ihnen auch schon versprechen, dass ich das morgen im Bildungsausschuss thematisieren werde. Das kann einfach nicht das letzte Wort gewesen sein, dass wir auch in diesem Bereich an der Stellschraube drehen und die Qualität damit extrem beeinflussen. Und dieser handlungsorientierte Unterricht, die Zuweisung der Stunden nicht mehr in Abhängigkeit von Klassen – damit sollte man sich einmal auseinander setzen –, sondern in Abhängigkeit von der Schülerzahl, obwohl man genau weiß, dass die Durchschnittszahl der Klassen unter 24 liegt und die vollständige Zuweisung des Teilungsunterrichtes nur bei der Zahl 24 erfolgt, das ist ein bewusstes Vorgehen, um hier, das muss ich Ihnen einfach unterstellen, Qualität abzubauen. Und dann kann ich es nicht akzeptieren, dass hier alle Vorredner von mir die Bildungspolitik mit zwei, drei Sätzen mal streifen

(Unruhe bei Torsten Koplin, PDS, und Regine Lück, PDS)

und sagen, das ist alles nicht ganz so schlimm, wir wollen weiter Qualität erhalten. Dann sprechen Sie die Tatsachen aus! Ich kann Ihnen versprechen, wir werden weiterkämpfen und damit werde ich morgen im Bildungsausschuss zum Thema Berufsschulen beginnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Aber Frau Lochner-Borst hat länger geredet.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Renz, sind Sie bereit, eine Frage der Abgeordneten Frau Polzin zu antworten? (Zustimmung)

Frau Polzin, stellen Sie Ihre Frage.

Heike Polzin, SPD: Herr Renz, ist Ihnen bekannt, dass in den Schulartgruppen Haupt- und Realschule die Unterrichtsverpflichtung von 27 Stunden bereits seit dem Jahre 1992 existiert? Wenn ja, wie würden Sie es dann bewerten, dass man den einen, wie Sie soeben vorge tragen haben, diese Erhöhung auf 27 Stunden jetzt im Jahre 2004 nicht zumuten kann, der anderen Schulartgruppe jedoch seit über zehn Jahren das Gleiche bei einem schwierigen Schülerklientel zugemutet hat?

Darf ich noch eine zweite Frage stellen? (Zustimmung)

Ist Ihnen eigentlich bekannt, wie im Bundesmaßstab die Unterrichtsverpflichtung aussieht? Jedes Bundesland entscheidet ja selbst, was in den einzelnen Schulartgrup-

pen an Unterrichtsverpflichtung da ist, wie wir in Mecklenburg-Vorpommern bisher im Reigen standen und was die jetzige Veränderung im Vergleich zum Bundesmaßstab bewirkt.

Torsten Renz, CDU: Ich bin tolerant, Sie können sich auch hinsetzen, Frau Polzin.

Heike Polzin, SPD: Die Geschäftsordnung lässt das nicht zu.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, das entscheiden Sie nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Frank Ronald Lohse, SPD:
Das entscheiden Sie aber nicht.)

Torsten Renz, CDU: Entschuldigen Sie bitte, Frau Präsidentin, dass ich hier versucht habe, meine Befugnisse zu überschreiten. Es tut mir aufrichtig Leid und ich nehme die Bemerkung mit Bedauern zurück.

(Zurufe von SPD und PDS: Oh!)

Bei der ersten Fragestellung ging es um die Gleichbehandlung von Lehrern. Das ist mir sehr wohl bekannt. Ich persönlich sehe das ebenfalls als starke Belastung der Lehrkräfte in diesem Schulbereich an und deswegen muss ich das ja nicht gutheißen, dass wir dort 27 Stunden haben und das vielleicht noch als Anlass und Grund nehmen, auch die anderen Schularten jetzt auf 27 Stunden nachzuziehen. Sicherlich wäre mir das auch recht und billig, wenn ich hätte die anderen absenken können.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Dass das eine Geldfrage ist, denke ich einmal, ist kein Thema.

(Andreas Bluhm, PDS: Oh doch!)

Aber das, was ich Ihnen vorwerfe, Frau Polzin, nicht Ihnen persönlich, sondern Ihrer Mitstreiterin und Ihrer gesamten Fraktion zum Beispiel,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD:
Dann brauchen wir doch noch die
Vermögenssteuer, Herr Renz.)

ist die Tatsache, dass Sie Politik machen unter dem Deckmantel, nur wir, die SPD, und wir, die PDS, sind die Einzigen, die sozial in der Lage sind, diese Probleme bildungstechnisch und mit allem, was dazugehört, zu lösen. Und das ist mein Auftrag hier auch als Opposition, dass die Bevölkerung – und ich hoffe, dass die Presse noch anwesend ist –

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Ach so!)

mal hört, dass nämlich Sie diejenigen sind, die auf der einen Seite, wie man so schön sagt, Wasser predigen und Wein trinken. Das ist mein großer Vorwurf, den ich Ihnen mache.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Beifall bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deswegen heiße ich das noch lange nicht gut, dass die anderen Kollegen auch 27 Stunden arbeiten müssen.

Wenn Sie den Bundesmaßstab ansprechen, dieser ist mir sehr wohl bekannt.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Na, wo liegen wir denn?)

Im Bundesmaßstab ist es aber nicht so, dass alle anderen Länder in diesem Bereich mit 27 Stunden angesiedelt sind. Da gibt es eine große Differenzierung. Darüber können wir uns morgen gerne auch noch einmal austauschen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wie wär's
denn, wenn Sie erst mal nachgucken?!)

in Abhängigkeit von Teilungsunterricht und anderen Geschichten, wie die reale Stundenverteilung überhaupt ist. Da gibt es Bundesländer, die haben auch 27 Stunden.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Die haben aber auf alle Fälle eine Klassenleiterstunde drin. Über diese Stunden reden wir hier gar nicht mehr in Mecklenburg-Vorpommern. Ich hatte zum Beispiel als Berufsschullehrer zum Schluss drei Klassen zu betreuen und ich hatte über acht Jahre hinweg – ich glaube, 1992, da hatten wir noch einen anderen Bildungsminister, da gab es noch eine Abminderungsstunde – bei drei Klassen nicht eine Abminderungsstunde. In anderen Bundesländern ist das gewährleistet. Da haben sie über einen Pool auch weitere Abminderungsstunden, so dass diese Lehrer dort gar nicht auf die Oberzahl von 27 Stunden kommen und im Schnitt vielleicht nur 24 Stunden arbeiten. Aber das können wir gerne noch einmal gemeinsam durchleuchten.

Was mich bei dieser Fragestellung sehr stark verwundet, Frau Polzin, ist die Tatsache, wenn sie jetzt von, ich sage ganz einfach mal, Qualitätsverschlechterung hier ausgehen, dass Sie sich plötzlich Beispiele suchen und sich versuchen, an denen zu orientieren, und zwar zum Schlechten hin. Ich denke, wir sollten doch im Bereich der Bildung Vorreiter sein.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Und Frau Ilka Lochner-Borst, denke ich, hat das hier auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir gerade in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiges Standbein haben und das ist die Bildung. Und an diesem Standbein sollten wir nicht sägen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das haben
Sie schon Anfang der 90er Jahre getan!)

sonst wissen Sie, wie das endet, wenn ein Einbeiniger abgesägt wird.

Heike Polzin, SPD: Morgen weiter.

Torsten Renz, CDU: Okay. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Renz.

Da für den Geschäftsbereich 07 keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, rufe ich jetzt auf den **Einzelplan 09 – Geschäftsbereich des Justizministeriums**, hierzu Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 4/1029, sowie die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1034, soweit diese den Stellenplan zum Einzelplan 09 betrifft.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 09

– Geschäftsbereich des Justizministeriums –
– Drucksache 4/1029 –

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

– Stellenpläne –
– Drucksache 4/1034 –

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 09.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ankermann.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir warten auf Erwin. –
Rainer Prachtl, CDU: Wir warten, bis
der Minister kommt, sonst singen wir
gemeinsam, wo ist Erwin, wo ist Erwin.)

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ankermann von der Fraktion der CDU.

(Rainer Prachtl, CDU: Geht doch gar nicht! –
Wolfgang Riemann, CDU: Wo ist
unser Vorpommern-Minister?)

Ein Geschäftsordnungsantrag.

Dr. Ulrich Born, CDU (zur Geschäftsordnung): Wir bitten um eine kurze Sitzungsunterbrechung, damit der Minister Gelegenheit hat,

(Rainer Prachtl, CDU: Sein Hackepeterbrötchen noch zu essen.)

von Anfang an der Debatte beizuwohnen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich unterbreche für einen Moment die Sitzung.

Unterbrechung: 17.03 Uhr

Wiederbeginn: 17.04 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich eröffne die unterbrochene Landtagssitzung.

Das Wort zum Einzelplan 09 hat der Abgeordnete Herr Ankermann von der Fraktion der CDU.

Michael Ankermann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jovial und gut gelaunt wie eh und je ist auch der Justizminister nun zu begrüßen.

(Heiterkeit bei Rainer Prachtl, CDU)

Ich freue mich, dass auch Sie, Herr Minister, anwesend sind, wenn ich hier einige wenige Sätze zum Einzelplan 09 aus Ihrem Bereich sagen möchte.

Sie stellen Ihren Geschäftsbereich ja in der Öffentlichkeit und in der Presse immer so dar, dass Sie sagen: In der Justiz läuft alles bestens, wir sind auf dem richtigen Weg und alles blickt nicht nur nach vorn, sondern alles geht auch deutlich nach vorn.

Ich habe vor einiger Zeit eine kleine Anfrage gestellt und nach der ARGUS-Sonderauswertung – das sind Statistiken, die in den Gerichten geführt werden – gefragt und habe mir, nachdem diese Beantwortung nunmehr vorliegt, die Antwort genauer angesehen und festgestellt, dass tatsächlich teilweise bei den Gerichten im Zeitraum 2001 bis 2003 Rückstände abgebaut worden sind. Teilweise ist es auch so, dass die Verfahren nicht mehr so lange dauern, wie sie vor einigen Jahren noch gedauert haben, aber eben nur teilweise. Teilweise ist es auch so, dass Rückstände überhaupt nicht abgebaut worden sind, sondern

dass sie aufgelaufen sind und die Verfahrensdauer der einzelnen Verfahren zugenommen hat. Gleichwohl sind Sie schon heute bereit – und der Grund ist mir überhaupt nicht klar, wieso das so ist –, 218 Stellen im Nachfolgebereich der Justiz abzubauen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Ich kann nur mutmaßen, dass die Finanzministerin hier sehr geschickt mit Ihnen verhandelt hat oder entsprechend Druck aufgebaut hat. Vielleicht werden Sie uns das auch heute noch erklären.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Mit ist auch nicht bekannt, dass in irgendeinem anderen Geschäftsbereich der Landesregierung eine derart große Anzahl von Stellen abgebaut wird, und das, obwohl der Silberstreif am Horizont in der Justiz noch nicht zu sehen ist, und dieses ist dramatisch. Denn nicht erst seitdem wir die Zahlungsmoral hier im Wirtschaftsausschuss und auch im Rechtsausschuss behandelt haben, indem wir dort eine Anhörung gemacht haben, sind uns die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Justiz, zwischen Wirtschaft, Verfahrensdauer und Verfahrensbeschleunigung bekannt. Und das, was in der Justiz bearbeitet wird, spiegelt sich natürlich auf der anderen Seite durchaus auf der Habenseite des Haushalts, auf der Einnahmeseite in der Beschleunigung der Wirtschaft wider. Und wenn man dieses betrachtet, kann man durchaus nicht dazu übergehen, hier heute schon – vielleicht später – einem derartigen Stellenrückgang zuzustimmen.

Es zeigt sich auch in der Presse der vergangenen Tage oder Woche, dass es durchaus Einzelfälle gibt, spektakuläre Einzelfälle, in denen die Justiz eine sachgerechte Bearbeitung von Fällen vermissen lässt. Ich erinnere an den Fall, in dem jetzt ein Sexualstraftäter entlassen worden ist, weil einfach die entsprechenden Fristen verstrichen waren und er entlassen werden musste. Er konnte nicht angeklagt werden oder er ist nicht angeklagt worden. Dies ist auch auf die zu langen Bearbeitungszeiten zurückzuführen. Solange wir solche Zustände haben und darunter natürlich auch das Rechtsbewusstsein und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz und in die Rechtsstaatlichkeit des Bundeslandes schwinden, können wir in diesem Einzelplan diese Stellen nicht streichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und – nun will ich auch schon zum Ende kommen – dieses führt dann auch dazu, dass wir hier dem Einzelplan nicht zustimmen können. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ankermann.

Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 09 liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Einzelplan 10 – Geschäftsbereich des Sozialministeriums**, hierzu Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 4/1030, und die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1034, soweit diese den Stellenplan zum Einzelplan 10 betrifft.

**Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Einzelplan 10**

– **Geschäftsbereich des Sozialministeriums** –
– **Drucksache 4/1030** –

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

– **Stellenpläne** –
– **Drucksache 4/1034** –

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 10.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

(Norbert Baunach, SPD:
Kollege Born, die Ministerin ist da. –
Torsten Renz, CDU: Ich verzichte.)

Das Wort hat dann der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Heike Polzin, SPD: Immer noch? –
Norbert Baunach, SPD: Wieder. –
Heike Polzin, SPD: Ihr müsst mal eine
Sammlung machen im Sozialausschuss!)

Harry Glawe, CDU: Wegen der Brillen oder was?

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Der Einzelplan 10 des Sozialministeriums liegt Ihnen vor. Wir haben, denke ich, ausreichend und intensiv im Fachausschuss uns dazu unsere Meinung gebildet. Es liegt in der Natur der Sache, dass wir nicht in allen Dingen übereinstimmen. Nichtsdestotrotz will ich vielleicht einmal mit einem positiven Aspekt beginnen.

Ich bin sehr froh, dass es nach langer und intensiver Diskussion in den letzten fünf Jahren gelungen ist, die Krankenhausfinanzierung im Pauschalbereich zu erhöhen, und zwar von im Jahr 2003 14 Millionen Euro auf im Jahr 2004 – jetzt für den Doppelhaushalt – 16,5 und im Jahr 2005 auf 22,8 Millionen Euro. Das ist, denke ich, eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Fachpolitiker gewesen und auch noch einmal an die Ministerin meinen Dank dafür, dass das möglich wurde, insbesondere unter dem Aspekt, dass wir festzustellen haben, dass in besonderer Weise die Medizintechnik in den Krankenhäusern über zehn Jahre alt ist. Ich will darauf hinweisen, dass unter der damaligen CDU-Regierung immerhin 130 Millionen DM, sprich rund 65 Millionen Euro, bereitgestellt worden sind. Diese Dinge sind weitestgehend abgeschrieben und wir müssen dafür Sorge tragen, dass eine hohe medizinische Grundversorgung und Versorgung der Bevölkerung bis hin zur Maximalmedizin in unserem Land weiter gesichert bleibt. Daher bin ich dankbar, dass das Partei übergreifend an dieser Stelle zumindest ansatzweise gelungen ist.

Das, was auch noch positiv zu bemerken ist, ist, dass wir bei den Ferienstätten einen Kompromiss erzielen konnten, der Deckungsringe ausgebracht hat, so dass wir im Bereich der Ferienstätten Investitionen für Vereine und Verbände möglich machen. Ich nenne zum Beispiel Zinnowitz oder auch den Landkreis Nordwestmecklenburg.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich ist der Sozialbereich auch dadurch gekennzeichnet, dass viele Leistungsgesetze vorhanden sind. Das eine oder andere wird sicherlich noch auf den Prüfstand kommen, das ist aber jetzt nicht Gegenstand der Debatte. Das, was am schmerzlichsten aus CDU-Sicht gelaufen ist, ist die Frage nach dem Landespflegegesetz und damit die Absenkung

der Finanzmittel für die ältere Generation, für die Menschen, die in Alten- und Pflegeheimen untergebracht sind und die jetzt Investitionskosten zwischen 400 und 600 Euro mehr pro Monat bezahlen müssen, weil Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, sich dazu entschlossen haben, die Bewohner in den Alten- und Pflegeheimen nicht gleich zu behandeln, sondern sozusagen in dem einen Bereich die vor 1995 gebauten Heime schlechter zu stellen und damit dem Gleichheitsgrundsatz nicht zu folgen. Das ist eine der schmerzlichen Erkenntnisse, die wir hier als Opposition beklagen müssen. Ich denke, die Diskussion wird noch ein wenig anhalten, zumal auch die Versprechungen, die in besonderer Weise beim Pflegegeld gemacht worden sind, bis zu 200 Euro zu zahlen, in der Regel so aussehen, dass ein Betrag von 90,32 Euro – das scheint der Durchschnittswert zu sein – gezahlt wird. Das ist eine Mehrbelastung für 6.500 Bewohnerinnen und Bewohner, die Deutschland mit aufgebaut haben, die Mecklenburg-Vorpommern mit aufgebaut haben. Für diese Menschen sind das Belastungen, wie ich vorhin gesagt habe, zwischen 400 und 600 Euro pro Monat. Ich meine, das ist sozial ungerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine weitere Diskussion, die zurzeit im Gange ist, betrifft das Kita-Gesetz. Da kann man sich natürlich kräftig streiten darüber, ob es ist richtig, Festbetragsfinanzierung zu machen und dann über die einzelnen Dinge, die sozusagen heute Nacht noch zu sehr engen Gesprächen geführt haben, eine Kopfpauschale einführen zu wollen

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

und dann eventuell noch eine Anspruchspauschale. Ja, meine Damen und Herren, wir werden sehen, wie sich das entwickelt. Wir sagen Ihnen voraus, dass in besonderer Weise in den großen Städten, genau da, wo Sie es nicht geglaubt haben, Kita-Beiträge für die Eltern steigen in Größenordnungen bis zu 80, bis zu 100 Euro pro Monat.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist so.)

Es wird unterschiedlich sein in den Städten. Hier in Schwerin sind es etwa 50 Euro, in Rostock sind es bis zu 80 Euro in der Krippe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Das sind die Botschaften, die Sie für die Familien hier in diesem Land haben, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

und ich glaube nicht, dass die Bürger Ihnen das durchgehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gerd Walther, PDS: Warten Sie auf
den Sozialausschuss heute Abend!)

Aber Sie sind ja sozusagen von den Wirkungen Ihrer Gesetze so positiv belegt, dass Sie eigentlich so langsam blind werden vor guten Ratschlägen.

(Gerd Walther, PDS: Warten Sie auf
den Sozialausschuss heute Abend!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Glawe, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Harry Glawe, CDU: Herr Heydorn, am Ende, ja.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein,
ich würde das nicht gestatten!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Am Ende.

Harry Glawe, CDU: Na, ich weiß schon einiges mehr,

(Gerd Walther, PDS: Herr Glawe ist Hellseher, der weiß schon alles, was da passiert.)

als Sie glauben.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD:

Na, da staune ich aber! – Gerd Walther, PDS: Das glaube ich allerdings auch.)

Ja, ja, meine Damen und Herren, auch die Opposition hat ihre Quellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Heiterkeit bei Rainer Prachtl, CDU –

Heinz Müller, SPD: Die Frage ist

nur, was da rauskommt. – Zurufe von

Heike Polzin, SPD, und Gerd Walther, PDS)

Ja, das werden Sie ja noch alle erleben dürfen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und der Kollege glaubt auch mehr, als Sie wissen. – Heinz Müller, SPD: Dass der an vieles glaubt, glaube ich!)

Meine Damen und Herren, es wird oftmals behauptet, dass die CDU als Opposition wenig Bescheid weiß, wenig durchsieht, aber, ich glaube,

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

in der Fachfrage, in der einen oder anderen Angelegenheit bekommen wir im Nachgang immer Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie müssen nachbessern oder zugeben, dass vieles nicht so glücklich gelaufen ist, und das stärkt uns in unserer Arbeit, dass wir auch vorwärtsdenken.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Lassen Sie mich noch ein Thema ansprechen. Ich freue mich darüber, dass es gelungen ist, das Sorgentelefon für den Kreisverband Schwerin und auch für Greifswald zu sichern. Das ist in besonderer Weise, denke ich, eine Leistung von Egbert Liskow und Kollegen Ihrer Fraktion.

(Heike Polzin, SPD: Genau. Aber Herr von Storch hat das kritisiert.)

Dafür, denke ich, sollte man auch einmal danke sagen, dass das möglich geworden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Einen Ausblick lassen Sie mich noch wagen. Wir müssen mit Blick auf die Zukunft auch darüber nachdenken, wie wir Finanzmittel für die Krankenhäuser in unserem Land, für Investitionen bereitstellen, denn wir müssen auf der einen Seite an den Hochschulen etwas tun und andererseits auch bei der Grundversorgung der Bevölkerung. Eines der wenigen Krankenhäuser, die heute in unserem Land noch nicht finanziert sind, ist das DRK-Krankenhaus in Neustrelitz.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich darauf hinweisen in der Hoffnung, dass es gelingen möge, mit den Mitteln im Soli II, die ab 2005 zu verteilen sind, und den

GSG-14-Mitteln, die durch den Bund auslaufen – das sind immerhin 50 Prozent aller Mittel, die wir in der Krankenhauslandschaft verteilen können und für Investitionen bereitstellen –, auch in dieser Region die bürgernahe Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Ich erlaube mir die Hoffnung, dass das Partei übergreifend im Konsens zusammen mit dem Finanzministerium gelingen möge.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Letztes lassen Sie mich erwähnen. Es geht um die Frauen- und Mädchenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern. Sie wissen, es ist auch unter der CDU-geführten Seite-Regierung gelungen, das zu installieren. Mittlerweile stellen wir fest, dass in besonderer Weise hier die Staatssekretärin dabei ist, diese Mädchenhäuser nach und nach sukzessive aus der Fläche zu entfernen.

(Heike Polzin, SPD: Oh nee, das stimmt nicht! – Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist doch die Unwahrheit!)

Meine Damen und Herren, das kann nicht Ziel der Politik sein und darf vor allem auch nicht Ziel einer SPD-geführten Landesregierung sein. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage des Abgeordneten Heydorn? (Zustimmung)

Bitte, Herr Heydorn, fragen Sie.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Glawe, Sie sprachen gerade die Entwicklung der Elternbeiträge an. Jetzt gibt es bei der Entwicklung der Elternbeiträge grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Man verteilt die Landesförderung auf der einen Seite

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frage! Frage!)

nach Pro-Platz-Kriterien oder man verteilt sie nach Pro-Kopf-Kriterien, also pro-Kind.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wo ist die Frage? – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Und das hat dann im Grunde genommen Auswirkungen auf die Elternbeiträge in den Regionen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, stellen Sie bitte Ihre Frage.

Jörg Heydorn, SPD: Wissen Sie denn, Herr Glawe, unter diesem Gesichtspunkt, wie sich die Elternbeiträge in den Kreisen, in den Landkreisen entwickeln würden? Sie sprachen eine steigende Entwicklung der Beiträge in Schwerin und Rostock an. Wissen Sie denn, wie sich die Elternbeiträge unter diesen Gesichtspunkten in den Kreisen, explizit bei Ihnen in Grimmen, entwickeln würden?

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und sind Sie dafür – das ist der zweite Teil der Frage –, dass man bei der Verteilung der Landeszuweisungen im Kindertagesstättengesetz beim Pro-Platz-Kriterium bleibt?

(Vincent Kokert, CDU: Ja, was denn nun?)

Ist es das, was Sie als CDU befürworten? Das würde ich ganz gern einmal von Ihnen wissen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter ...

Harry Glawe, CDU: Vielen Dank, dass Sie stehen bleiben.

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Jörg Heydorn, SPD: Für Sie gerne.

Harry Glawe, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie dafür gesorgt haben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Reinhard Dankert, SPD – Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Pracht, CDU: Harry!)

Meine Damen und Herren, die Frage, die Herr Heydorn stellt, ist sehr interessant.

(Rainer Pracht, CDU: Nehmen Sie mal die Hand aus der Tasche!)

Sie wissen, dass die Platz- und die Kopfpauschale

(Rainer Pracht, CDU: Herr Heydorn, die Hand aus der Tasche!)

gerade Ihr Antrag ist, den Sie heute Abend im Ausschuss einbringen wollen. Das Neue ist, dass Sie sozusagen einen Sockelbetrag und eine Spitzenabrechnung pro Kopf und Inanspruchnahme des Platzes einführen wollen. Das andere, ob wir nun pro Platz oder pro Kopf fördern, ist eine Glaubensfrage.

(Heiterkeit bei Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann)

Die entscheidende Frage, die Sie eigentlich beantworten müssen, ist: Gehen wir zu einer Festbetragsfinanzierung über und geben wir sozusagen die Verantwortung dann auf die Landkreise, auf die Gemeinden und auf die Träger ab und setzen wir auf die Eltern oder machen wir eine Kontrolle als Land? Und da sagen Sie für sich, Sie machen die Landeskontrolle nicht mehr, sondern Sie erledigen das nur noch über das Innenministerium, über die Rechtsaufsicht. Alles andere, sagen Sie, überlassen wir mal dem Markt. Und der Markt reagiert jetzt, wie ich es gestern in der Presse mitgeteilt habe, in Rostock oder in Schwerin und auch in anderen Städten so, dass sie jetzt sagen, wir kommen mit den Kosten nicht klar und da wir die Kosten nicht mehr weitergeben können, müssen wir sie an die Eltern weitergeben. Das ist Ihre Botschaft mit diesem Kita-Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

Das andere – zu ihrer zweiten Frage – ist Bestandteil von Leistungsverträgen und diese Leistungsverträge werden unter dem Duktus eines mehrmals angekündigten Gesetzes jetzt in den Kommunen, Landkreisen oder in den kreisfreien Städten mit den Trägern de facto schon verhandelt. Das geht bis hin zu einer Satzung, die erhoben wird und die dazu führen wird, dass letzten Endes je nach Kassenlage oder Einkommenslage der Eltern der gestaffelte Beitrag erhoben wird für Kita, für Hort und so weiter.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine weitere Frage, Herr Abgeordneter?

Harry Glawe, CDU: Stundenlang. Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Glawe, sind Sie mit mir einer Meinung, dass das nicht eine Glaubens-, sondern eine

Geldfrage ist und dass diese Geldfrage sich daran differenziert, ob es sich bei der Verteilung nach Pro-Kopf- oder nach Pro-Platz-Kriterien, einfach also bei der Frage, wer wird begünstigt, danach unterscheidet, bin ich in der Stadt oder bin ich auf dem platten Land? Sind Sie mit mir da im Grunde genommen einig?

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Harry Glawe, CDU: Also wenn Sie Ihr Gesetz richtig ernst nehmen, heißt es ja, Sie geben die Verantwortung auf das jeweilige Jugendamt in einem Landkreis oder in einer kreisfreien Stadt ab. Sie erledigen die Aufgaben, die sonst das Land gemacht hat – wenn Sie sich selbst ernst nehmen. So weit zum Glauben und zu Gesetzesvorlagen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Deswegen war die Frage völlig daneben! – Zuruf von der SPD: Die Frage war gut.)

Das war es schon?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Es liegen weiter keine Wortmeldungen zum Einzelplan 10 vor, deshalb schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 10.

Ich rufe auf den **Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung**, hierzu Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1031. Zum Einzelplan 11 liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1052, soweit dieser den Einzelplan 11 betrifft, und weitere Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 4/1053, 4/1054 und 4/1055 vor.

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Einzelplan 11

- **Allgemeine Finanzverwaltung –**
- **Drucksache 4/1031 –**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/1052 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/1053 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/1054 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/1055 –

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 11.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler: Ich bin da! – Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen!

Verehrte Frau Finanzministerin, ich habe gesehen, dass Sie da sind.

Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, damit auch wirklich jeder von uns in diesem Saal am Schluss weiß, wenn dieser Einzelplan 11 in dieser Fassung im Haushaltsrechtsgesetz so beschlossen wird, dass damit die Mindestfinanzgarantie – das haben Sie vor –, die uns versprochen worden ist als Kommunen, entfallen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Also ich sage das noch einmal so deutlich, weil Herr Kollege Schlotmann gesagt hat, unser Antrag, dies heute abzusetzen aus rechtlichen Gründen, sei ein taktisches Manöver. Bei weitem nicht, Herr Kollege Schlotmann!

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ja, richtig.

Es ist für mich ein bisschen schwierig, jetzt jemanden zu zitieren, der zur Landesregierung gehört, der jetzt gerade unter den Abgeordneten sitzt, aber der Herr Innenminister Timm hat in der Ausschusssitzung des Innenausschusses gesagt – und er sitzt ja neben unserem Vorsitzenden, die beiden werden sich sicher verständigen –, dass das, Frau Präsidentin, was ich jetzt wörtlich zitieren möchte, sich so zugetragen hat. Ich zitiere aus dem Ausschussprotokoll des Innenausschusses vom 1. Oktober 2003. Ich hatte das Vergnügen, darauf hinzuweisen, dass es zwei parallel laufende Gesetzesvorhaben gibt, nämlich einmal die Fünfte Änderung des FAG, ein Gesetzesantrag der Landesregierung, und dass es weiterhin die Finanzplanung des Landes gibt mit der Haushaltsgesetzgebung. Es gab so ein bisschen Durcheinander in unserer Diskussion und dann hat ein Mitarbeiter des Finanzministeriums, Frau Finanzministerin, uns aufgeklärt, was es denn mit dem Bepackungsverbot auf sich habe. Das war ein bisschen an der Sache vorbei, weil es darum gar nicht ging. Es ging einfach um die Frage, ob man in einem Gesetz, das Haushaltsrechtsgesetz heißt, einen Verbundsatz festsetzen darf, der, wenn man ihn ausrechnet, dazu führt, dass er im Widerspruch steht zu der noch geltenden Fassung des Paragraphen 5 Absatz 6 des FAG – ich zitiere jetzt aus dem Gedächtnis, ich hoffe, es ist der richtige Absatz –, in dem nämlich die Mindestfinanzausstattung steht, die bekanntlich von der Koalition, das weiß ich, aufgehoben werden soll. Ich habe das einmal mit Wortbruch bezeichnet. Ich glaube, das ist auch die richtige Bezeichnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ja, so sehen wir das als Kommunen. Sie müssen schon etwas Verständnis dafür haben, dass wir stocksauer sind, dass uns erst etwas versprochen wird – da wird uns also ein Gleichmäßigkeitsgrundsatz abgenötigt – und wenn wir dem zugestimmt haben als Kommunen, sagt man, April, April, jetzt nehmen wir die Wurst wieder weg mit dem Sockelbetrag, und das ist es dann. So weit, so gut. Aber verfassungsrechtlich haben wir ein Riesenproblem und jetzt zitiere ich den Herrn Innenminister, der mir in dieser Sitzung zugestimmt hat, dass es so nicht gehe, und uns alle beruhigt hat. Und da war ich dann auch beruhigt, denn wenn mir ein Innenminister etwas sagt, dann verlasse ich mich erst einmal darauf, Herr Timm.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Sie sind sehr gutgläubig!)

Er hat gesagt, Sie können davon ausgehen, ...

(Reinhard Dankert, SPD: Ansonsten machen Sie ihn bei jeder Gelegenheit schlecht, Herr Jäger!)

Bitte?

(Reinhard Dankert, SPD: Ansonsten machen Sie ihn bei jeder Gelegenheit schlecht, Herr Jäger!)

Nö, das ist nicht wahr.

(Reinhard Dankert, SPD: Ach so!)

Ich kritisiere nur, wenn er sich nicht für das Ressort einsetzt und nicht für die Polizei oder für uns Kommunen. Dann kritisiere ich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Sie
kritisieren ihn in jeder Beziehung!)

Da, wo ich den Innenminister gegenüber Angriffen auf sein eigenes Ressort unterstützen kann, tue ich das sehr gerne und das tue ich auch in diesem Fall.

Er hat mit Recht gesagt, wir werden natürlich darauf achten, dass das Finanzausgleichsgesetz und das Haushaltsrechtsgesetz dem Landtag gleichzeitig vorgelegt werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Rainer Pracht, CDU: Das war ja vernünftig.)

Und davon sind wir auch ausgegangen. Ich hatte mir das Vergnügen geleistet, einige Tage Urlaub zu machen. Ich habe hier angerufen bei der Landtagsverwaltung und habe gefragt, wo ist denn eigentlich der Tagesordnungspunkt Finanzausgleichsgesetz. So naiv war ich noch. Ich habe mich darauf verlassen, dass das so bleibt. Es ist aber nicht so geblieben.

(Siegfried Friese, SPD: Der
Innenausschuss hat es beschlossen.)

Ja, genau, Herr Vorsitzender. Wir sind richtig gut, das heißt, Sie sind richtig gut. Sie haben mit Ihrer Mehrheit die Absenkung des Garantiebetrages – natürlich gegen unsere Stimmen, weil wir zu unserem Wort stehen – beschlossen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und PDS)

Das heißt, Sie hätten heute, genau, Sie hätten heute gesagt, so, wie der Innenminister es uns damals – ich nehme an, er hat es genauso geglaubt, wie er es gesagt hat, ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln – gesagt hat, das wird dann gleichzeitig im Landtag beschlossen. Ich habe gesagt, okay, das ist in Ordnung. Es gefällt uns zwar nicht, aber es ist verfassungsrechtlich in Ordnung.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie unterbrechen und Sie bitten, entsprechend Paragraph 17 unserer Geschäftsordnung aus nicht öffentlichen Sitzungen nicht zu zitieren.

(Heinz Müller, SPD: Oh! Oh! –
Heike Polzin, SPD: Oh!)

Dr. Armin Jäger, CDU: Entschuldigung, Frau Präsidentin, ich habe nicht wörtlich zitiert.

(Peter Ritter, PDS: Jetzt kritisiert er
noch die Amtsführung der Präsidentin!)

Ich habe gesagt,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Sie haben gesagt, Sie zitieren!)

dass der Innenminister uns etwas zugesagt hat. Ich weiß sehr wohl, was ich darf.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben gesagt,
Sie zitieren! Sie haben gesagt, Sie zitieren!)

Ja, und dann habe ich es gelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig! –
Heike Polzin, SPD: So viel zu
Ihren Ankündigungen!)

Herr Kollege ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben gesagt, ich
zitiere jetzt! Sie haben gesagt, ich zitiere jetzt!)

Ja, genau, ich habe es angekündigt,

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD:
Es genügt hier die Ankündigung!)

dann habe ich in meinem Köpfchen überlegt, sonst rügt
mich die Frau Präsidentin.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig! Ganz genau!)

Sie werden im Protokoll nachlesen dürfen, dass ich
nicht wörtlich zitiert habe, aber ich bedanke mich.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie haben gesagt,
ich zitiere jetzt. Das haben Sie gesagt. –
Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Genau, das habe ich gesagt, aber ich habe nicht zitiert.
Ja, sehen Sie. Aber ich muss sagen, zu so später Stunde
noch so viel Aufmerksamkeit, Herr Kollege, meinen Res-
pekt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Aber jetzt zur Sache. Ich meine, das ist jetzt so ein biss-
chen, gut, wie Sie es gerne hätten.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie legen
doch so viel Wert auf das Recht.)

Aber der Herr Innenminister hat die Gelegenheit, das
richtig zu stellen, wenn ich hier etwas Falsches sagen
sollte. Ich habe eben nicht genau aus dem Protokoll
zitiert, weil ich weiß, Frau Präsidentin, Sie haben Recht.
Ihre Berater haben Sie da schon richtig beraten, das ist
okay.

So, aber zur Sache.

(Heinz Müller, SPD: Ja, Herr Jäger, zur Sache.)

Zur Sache heißt, dass – Herr Kollege Müller, ich hatte es
Ihnen draußen angekündigt – wir heute erfahren werden,
dass Sie als Abgeordnete sich damit einverstanden
erklären, dass, ohne dass die Endberatung des Gesetzes
in diesem Landtag stattgefunden hat, die zweite Beratung
erfolgt, obwohl die Ausschüsse ...

Da mache ich ein Kompliment an meinen Herrn Vorsit-
zenden, an Herrn Friese, wir haben abschließend beraten,
mit einem für mich unbefriedigenden Ergebnis, das habe
ich aber zu akzeptieren. Und trotzdem findet sich dieses
Gesetz nicht auf der Tagesordnung. Aus diesem Grun-
de werden Sie bei der Beratung des FAG, das dann
hoffentlich wie auch immer in der nächsten Landtags-
sitzung angemeldet werden wird, entscheiden. Ja, was
haben Sie da eigentlich noch zu entscheiden? Gar
nichts, gar nichts! Sie haben aber ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch
schon drauf auf der nächsten Tagesordnung.)

Frau Gramkow, wir werden das beide in Schwerin aus-
werten. Wir werden viel Freude haben bis zum 13.06. und
darauf freue ich mich richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Ich
freue mich die ganze Zeit schon. –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Jetzt habe ich Sie endlich einmal genau an dem Punkt,
dass Sie auch zu Hause mal zu dem stehen müssen, was
Sie hier im Landtag tun. Wir werden es nachher beim Ab-
stimmen ...

(Angelika Gramkow, PDS: Ich mache das
morgen im Finanzausschuss bei der Beratung
des Nachtragshaushaltes in Schwerin.

Herr Dr. Jäger, ich lade Sie gerne dazu ein.)

Nein, dazu brauche ich Sie gar nicht, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach so?!)

Dazu brauche ich Sie nicht, denn ich bin Mitglied der
Stadtvertretung, im Gegensatz zu Ihnen, und ich darf an
jeder Ausschusssitzung teilnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der CDU – Angelika Gramkow, PDS:
Eben drum, eben drum.)

So viel zur Kommunalverfassung. Frau Kollegin, ich
muss ehrlich sagen, machen Sie doch nicht einen Neben-
kriegsschauplatz auf, ich will Ihnen einfach nur sagen,
was Sie nachher beschließen.

(Reinhard Dankert, SPD: Na, aufgemacht
haben Sie das schon. – Heinz Müller, SPD:
Wenn es auf der Tagesordnung steht, dann
werden wir es inhaltlich auch schön beraten.)

Ich habe gar nichts aufgemacht.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das muss er doch
mal sagen, dass Sie wissen, was Sie tun.)

In Ordnung.

Herr Kollege Müller, Sie werden mir sicherlich zustim-
men, was Sie jetzt tun, ist Folgendes: Sie geben Ihre Ver-
antwortung als Landtagsabgeordnete für die weitere
Beratung des FAG am heutigen Tage ab, wenn Sie den
Einzelplan 11 so, wie er vorgeschlagen worden ist, auch
beraten.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

Meine Damen und Herren, kommen Sie uns bitte nach-
her nicht mit der Veranschlagungsreife, denn Sie selber
haben sie – und das wird mein Kollege Herr Riemann zu
dem Antrag noch einmal erläutern, und zwar zu dem
Antrag der CDU-Fraktion – mit einer schon im Gesetzblatt
veröffentlichten bundesgesetzlichen Regelung nicht auf-
genommen. Die haben Sie nicht aufgenommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig, richtig.)

Aber etwas, was Sie noch zitieren müssen, mit einer
Fundstelle, die es noch gar nicht gibt, da sind nämlich
Pünktchen in Ihrer Drucksache, das nehmen Sie als ver-
anschlagungsreif. Meine Damen und Herren, es war mir
ganz wichtig, Sie darauf hinzuweisen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Innenminister, ich wollte Sie nicht angreifen. Ich glaube Ihnen, dass Sie am 1. Oktober geglaubt haben, dass es hier ein geordnetes Gesetzesverfahren geben wird. Das findet heute nicht statt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich habe mir die Freiheit genommen, darauf ganz deutlich hinzuweisen. Sie werden nachher bei der Abstimmung Gelegenheit haben, Ihre Meinung so deutlich zu dokumentieren, dass wir bis zum 13.06. in den Städten und Gemeinden weiter darüber diskutieren können. Für Schwerin freue ich mich schon richtig herzlich darauf. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

(Reinhard Dankert, SPD: Gibt es auch noch einen PDS-Abgeordneten in Koserow?)

Wolfgang Riemann, CDU: Nein, haben wir nicht.

(Reinhard Dankert, SPD: Schadel!)

Wir haben keine PDS-Abgeordneten in Koserow, das ist auch gut so.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mehr als 1.100 Seiten Bericht und Beschlussempfehlung liegen Ihnen heute vor. Und wenn Sie mich so fragen, auf der Insel Usedom ist gerade die SPD in Auflösung begriffen, das ist auch gut so.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff führte heute aus, dieser Haushalt ist aus der Notwendigkeit geboren. Nein, Herr Dr. Ringstorff, dieser Haushalt ist aus der Not mangelnder Schwerpunktsetzung und mit der Wendigkeit der Verschleierung des eigenen Unvermögens geboren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heike Polzin, SPD: Oh Gott, oh Gott! –
Volker Schlotmann, SPD: Doppelter
Genitiv, das ist etwas Schweres.)

Herr Schlotmann, Sie haben heute hier ein zartes Pflänzchen am Arbeitsmarkt bemerkt.

(Heike Polzin, SPD: Damit hat er nicht Sie gemeint. – Harry Glawe, CDU: Schade eigentlich.)

Der „Nordkurier“ schrieb dazu vor wenigen Tagen: „Zahlentricks als Nachhilfe für Arbeitsmarkt“. Wenn Sie noch Gewerkschafter sind, Herr Schlotmann, und sich nicht an den Gewerkschaftsfunktionären in diesem Landtag vorbeidrücken, dann sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass der DGB von billigen Statistiktricks spricht.

(Volker Schlotmann, SPD: Ich habe zweieinhalb Stunden mit dem DGB gesprochen, heute Morgen und heute Mittag. Und wenn Sie keine Ahnung haben, dann sollten Sie den Mund halten und sich dazu nicht äußern!)

Heute Morgen haben Sie sich vor den Protestierenden vorbeigeedrückt.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte heute Hoffnung für diese Landesregierung,

(Volker Schlotmann, SPD: Und ich weiß, wie Gewerkschaft buchstabiert wird, und Sie nicht.)

ich hatte heute Hoffnung. Der Minister strampelt. Herr Minister Holter strampelt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

aber nicht, um bürokratische Hürden in der Wirtschaft für die Betriebe und neue Arbeitsplätze zu beseitigen, sondern auf dem Fitnessrad für einen Weltrekord im Dauerradfahren, vermutlich auf der Stelle.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Regine Lück, PDS: Sie sind doch sonst so sachlich. – Reinhardt Thomas, CDU:
Das ist ja peinlich, das ist peinlich! –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Frau Gramkow, Sie haben heute hier ausgeführt,

(Reinhardt Thomas, CDU: Der soll doch mit dem Fahrrad nach Moskau fahren. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU
und Gabriele Schulz, PDS)

dass Sie Fragen gestellt haben. Ihre Fragen machen deutlich, dass diese Landesregierung keinerlei Prioritäten setzt und sich Rat- und Mutlosigkeit in beiden Fraktionen breit machen.

Frau Keler, zur globalen Minderausgabe darf ich noch einmal aus dem Bericht des Finanzausschusses auf der Drucksache 4/1036 zitieren: „Seitens des Präsidenten des Landesrechnungshofes wurde insoweit angemerkt,“

(Egbert Liskow, CDU: Nein! –
Heike Polzin, SPD: Oh, oh! War
das auch eine geschlossene Sitzung?)

„dass nach der Verfassung von Bund und Ländern ein Spezifikationsgebot bestehe.“ Dieser Bericht ist öffentlich, deshalb kann ich das zitieren.

(Lorenz Caffier, CDU: Diese
Sitzung ist auch öffentlich.)

„Dies bedeute, dass Einzeltitel auszubringen seien. Insofern stelle die globale Minderausgabe eine Abweichung von diesem Verfassungsprinzip und einen Verzicht des Parlaments auf Teile seines Etatrechts dar“, meine Damen und Herren. „In ‚guten Zeiten‘ seien globale Minderausgaben nicht bedenklich.“

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

„In ‚schlechten Zeiten‘ sei aber selbst das Umschichten von relativ kleinen Beträgen mitunter schon ein Politikum.“ Und wo er Recht hat unser Präsident, da hat er Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Keler, Sie zitierten, dass wir dort keine 128 Millionen einstellen können. Ich darf Ihnen die Fundstelle nennen, nach der wir dieses einzustellen haben. Das ist nämlich ein beschlossenes Gesetz, BGBl. I, Seite 2954.

Das, was wir hier machen, ist Rasenmäher im Stellenbereich, Rasenmäher, der an einer Stelle wehtut, der keine Schwerpunkte setzt und der an anderer Stelle Wildwuchs gedeihen lässt.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Frau Keler, Sie haben heute früh zum Nachtragshaushalt ausgeführt: Was hätten wir tun sollen? Ich kann es Ihnen nennen. Die CDU-Fraktion hat seit 1995 gefordert, TGL und TGS zusammenzulegen. Sie hat gefragt: Brauchen wir überhaupt diese Gesellschaften? Jährlich, seit 1995, sind dort Millionenbeträge verbrannt worden, und zwar ohne Effekte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich kann Ihnen verraten, was wir hätten tun können. 1995 hat der Arbeitskreis Finanzen der CDU-Landtagsfraktion in einer Koserower Erklärung gefordert,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

zwei Ministerien und nachgeordnete Einrichtungen zusammenzulegen. Gescheitert ist das an der Ignoranz unseres damaligen Koalitionspartners.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

Wir hätten weit über 80 Millionen Euro seit diesem Zeitpunkt einsparen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich kann weiter anführen das Plattenbauaufprogramm. Wissen Sie, wie viel Geld dort verbrannt worden ist, und zwar ohne eine einzige Investition, ohne einen einzigen Arbeitsplatz? Die Existenzgründerwerbekampagne, Beraterverträge, „Jugend baut“, Beraterverträge 1998 bis 2001 ausweislich einer Zahl, die mir zugegangen ist, 48 Millionen, 65 Millionen Berater- und Gutachterverträge allein in 2002.

Meine Damen und Herren, wer lustig Strohfeuerprogramme weiterbrennen lässt,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

der vernichtet Geld in diesem Land, Geld, das man für Arbeitsplätze, für die Infrastruktur und für Kommunen hätte verwenden können.

(Egbert Liskow, CDU, und
Andreas Petters, CDU: Müssen!)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass Ihnen nicht nur heute früh die Ohren geklungen haben, sondern dass die Demonstranten auch Ihr Herz und vor allem Ihre Hirne erreicht haben.

(Volker Schlotmann, SPD:
Ja, im Gegensatz zu Ihrem, ja.)

Meine Damen und Herren, ich darf aus einer öffentlichen Sitzung des Kreistages Ostvorpommern zitieren: Der sozialdemokratische Abgeordnete, ein Urgestein von einem Sozialdemokraten, Herr Hilpert: „Der Ministerpräsident weiß schon lange nicht mehr, wie es bei den Kommunen aussieht. Er befindet sich auf dem Absprung in den Ruhestand.“

(Heike Polzin, SPD: Wir können ja einmal über den Kreistag von Ostvorpommern reden, über Personalpolitik und über die Verantwortung von Herrn Riemann.)

„Und unser Parteivorsitzender, statt sich um die Probleme des Landes zu kümmern, rennt er eine Woche mit der Kochmütze über die Grüne Woche.“

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das ist Ihre Basis und so sieht sie Ihr Regierungshandeln.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie
halten eine Büttenrede. Schrecklich! –
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Nein, das ist ein wortwörtliches Zitat eines aufrechten Sozialdemokraten, der noch die Probleme vor Ort kennt. Und ich frage bei manchen, ob wir sie noch wirklich kennen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Regine Lück, PDS: Es ist wieder nicht sachlich.
Es ist wieder nicht sachlich. – Heike Polzin, SPD:
Ich habe schon etwas vermisst heute Morgen.)

Meine Damen und Herren, wollen wir wirklich den letzten Teich in diesem Land sanieren, den letzten Bach naturieren?

(Volker Schlotmann, SPD:
Herr Riemann, Sie sind ein Büttenredner.)

Wollen wir mit schönen Worthülsen weiter gemeinwohlorientiert Geld verbrennen?

(Heike Polzin, SPD: Oh Gott! –
Gabriele Schulz, PDS: Sie müssen es ja wissen!)

Oder wollen wir Schwerpunkte bei der Bildung setzen, Schulen und Hochschulen stärken, Infrastruktur ausbauen, Kommunen stärken, Arbeitsplätze in der Wirtschaft erhalten und schaffen?

Meine Damen und Herren, Frau Finanzministerin hat – das darf ich auch zitieren, weil es in dieser öffentlichen Sitzung zum Haushalt, Doppelhaushalt 2002/2003 ausgeführt worden ist – damals zitiert: „Betriebsbedingte Kündigungen benötigen wir nicht, das wächst sich altersbedingt aus.“

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Sie haben über Jahre keinerlei Vorsorge getroffen, um einen ordentlichen Haushalt zusammenzubekommen. Sie haben jahrelang ...

(Heike Polzin, SPD: Wie in Ostvorpommern.)

Das habe ich meiner Landrätin auch gesagt und auch dem vorhergehenden Landrat.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Heike Polzin, SPD: Genau, damals CDU.)

Genau, genau.

Meine Damen und Herren, Herr Ringstorff sieht ja das Land vor dem Aufschwung. Kennt er überhaupt den Runderlass der vorläufigen Haushaltsführung, den Sie selber erlassen haben, Frau Ministerin? Kennen Sie den? Er führt ja auch aus, dass die Firmen schneller Fördermittel erhalten sollen.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Dieser Haushaltsrunderlass sieht vor, dass kein Neubeginn an Investitionen zu genehmigen ist, solange der Haushalt nicht verabschiedet ist.

(Heike Polzin, SPD: Nanu, nanu, nanu?!)

So machen wir Politik für dieses Land.

(Lorenz Caffier, CDU: Pfui! –
Eckhardt Rehberg, CDU: Hört, hört! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ankündigungspolitik bei weniger Bürokratiefragen und Statistikspielchen für dieses Land, das ist aber zu wenig für dieses Land. Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern verliert immer mehr Einwohner, aber wir leisten uns eine Agentur „mv4you“. Was bringt diese Agentur? Verbrennt sie Geld? Holt sie wirklich Leute in dieses Land? Leute können wir in diesem Land nur halten, wenn wir Arbeitsplätze schaffen, wenn wir Schwerpunkte setzen, wenn die jungen Leute eine Perspektive haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

So, wie diese Politik angelegt ist, werden immer mehr Leute, junge Leute, die besten Leute, dieses Land verlassen.

Ich will im Folgenden noch zu einigen Änderungsanträgen, die Ihnen heute vorliegen, sprechen. Ich beziehe mich auf den Antrag 4/1050. Hier schlägt die CDU-Fraktion vor, für protokollarische Zwecke die Aufwendungen zu vermindern, denn für Ankündigungspolitik ist mir das Geld zu schade – im Bereich des Ministerpräsidenten im Jahr 2004 52.000 Euro und im Jahr 2005 23.800 Euro. Die überhöhten Ansätze ergeben sich nach den Ist-Ständen der vergangenen Jahre.

Zum Einzelplan 07 – Drucksache 4/1051 – schlägt die CDU-Fraktion vor, den Bereich der Denkmalpflege wieder zu verstärken. Und ich appelliere an Sie: Im Bereich der Denkmalpflege gibt es zehnfach überzeichneten Antragsstau bei den Mitteln. Wir haben oder Sie haben in den Ausschüssen dort jeweils 150.000 Euro pro Jahr rausgenommen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und ich sage Ihnen ganz deutlich: Mir ist es lieber, wir erhalten unsere kulturhistorische Bausubstanz, als dass wir jedes Moor noch renaturieren in diesem Land, damit die Frösche dort besser leben können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es geht um das Leben der Menschen hier und um unsere Geschichte. Meine Damen und Herren, wer seine Geschichte vernichtet, der hat auch keine Perspektive.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig, Wolfgang. –
Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Zum Einzelplan 11. Ich beziehe mich hier auf die Drucksache 4/1054. Frau Finanzministerin, ich hatte Ihnen die Fundsache schon genannt, und zwar BGBl. I, Seiten 2954 bis 2990. Danach sind den Ländern, und hier insbesondere über die Länder, den Landkreisen und kreisfreien Städten zum Ausgleich der Sonderlasten, die durch strukturelle Arbeitslosigkeit entstehen und die dadurch entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, für Mecklenburg-Vorpommern 128.000 Euro zuzuweisen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heinz Müller, SPD: 128 Millionen! Ach, die drei Stellen. Das kommt nicht so genau darauf an, das nehmen Sie nicht so genau.)

128 Millionen Euro zuzuweisen, genau. Ich hättet das noch korrigiert, weil ich jetzt wieder zur Seite 1 zurückgekommen bin. Wir haben dort nur 28.000 Euro eingestellt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Millionen.)

28 Millionen eingestellt. 100 Millionen fehlen dazu. Einen Ausgabetitel gibt es dort auch nicht. Frau Finanzministerin, war das der Versuch, den Kommunen weitere Geldmittel zu entziehen, die ihnen zustehen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Richtig, so ist es. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Genau, so ist es.)

Und wenn Sie diesem Antrag heute nicht zustimmen, wir werden das sicherlich auch in Schwerin auswerten, Frau Gramkow.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Wir haben die Landesregierung aufgefordert, ich komme jetzt zur Entschließung zum Gesetz, das habe ich schon bei der Einbringung zum Doppelhaushalt 2002/2003 deutlich gemacht, ich will es auch heute noch einmal deutlich machen: Diese Landesregierung spart nicht bei sich selber. Frau Keler, wir mögen uns streiten, ob es 10 Millionen oder 2 Millionen Euro sind, aber wie wollen Sie den Polizisten und den Mitarbeitern der Landesverwaltung deutlich machen, dass sie sparen sollen, wenn Sie noch nicht einmal bereit sind, zwei Ministerien zusammenzulegen, um zu sagen, wir sparen am Kopf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich habe so etwas läuten gehört, vielleicht 2006. Dann kann man vor der Wahl wieder versprechen, wir sparen ja zwei Ministerien ein, und nach der Wahl ist es wieder nicht wahr. Wenn wir einmal alleine sind, erzähle ich Ihnen, liebe Sozialdemokraten, dazu einen schönen Witz.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vor der Wahl und nach der Wahl.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Riemann, war das eine Wahlprognose? – Heinz Müller, SPD: Herr Riemann, ich dachte, da sind Sie schon den ganzen Tag dabei.)

Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass 2005 das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei mit dem Umweltministerium sowie das Wirtschaftsministerium mit dem Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung zusammengeführt werden. Wer bei sich selber spart, der ist glaubwürdig, wer nicht bei sich selber spart, der ist unglaubwürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben Ihnen hier auf den Drucksachen 4/1045, 4/1048 und 4/1049 Entschließungen zum Gesetz, die Prüfaufträge zu weiteren Kosteneinsparungen, zu Kooperationsmöglichkeiten und zur Privatisierung unterbreitet.

Meine Damen und Herren, wenn ich einen hohen Ministerialbeamten dieses Landes einmal zitieren darf, der sich

bitter beklagt: „Herr Riemann, in dieser Landesregierung ist keiner bereit, noch so ein kleines Programmchen, noch so eine kleine Behörde abzugeben, zusammenzulegen. Alle halten an dem Alten fest.“ Es ist zwar ein mecklenburgischer Grundsatz: „Allens blifft bi'n Ollen“, aber wenn wir so bleiben wollen und nicht 2010 bei Hamburg vor der Tür stehen wollen, dann müssen wir etwas ändern, dann müssen wir kooperieren,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dann müssen wir Ämter zusammenlegen und auch über Privatisierungen nachdenken. Wer sich so verhält wie diese Landesregierung, der wird dafür verantwortlich gemacht werden, dass wir 2010 vor den Toren Hamburgs stehen und sagen: Bitte nehmt uns, wir sind pleite.

Meine Damen und Herren, ich beantrage eine namentliche Abstimmung

(Volker Schlotmann, SPD:
Da sind wir sehr erstaunt.)

zur Schlussabstimmung Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zum Haushaltsrechtsgesetz namens der CDU-Landtagsfraktion. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Riemann.

Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 11 liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 11.

Ich rufe erneut auf den **Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums**.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Wie lange braucht er denn? – Lorenz Caffier, CDU:
Wo ist er denn jetzt? – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist doch eine Katastrophe.)

Die CDU-Fraktion beantragt eine Auszeit?

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Wir beantragen keine Auszeit. Es gab die Vereinbarung, auf die ich mich berufe, dass der Antrag aufgerufen wird, wenn der Wirtschaftsminister anwesend ist. Da er noch nicht anwesend ist, muss die Sitzung so lange warten, bis der Minister anwesend ist.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Der Minister wird ungefähr um 18.00 Uhr anwesend sein.

(Volker Schlotmann, SPD: Er wird
verabredungsgemäß mit der CDU um
18.00 Uhr hier sein. Genau so ist das.)

Ich unterbreche jetzt die Landtagssitzung bis 18.00 Uhr.

Unterbrechung: 17.49 Uhr

Wiederbeginn: 18.02 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird wieder fortgesetzt.

Ich rufe nochmals auf den **Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums**, hierzu die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf der Drucksache 4/1026 sowie die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf der Drucksache 4/1034, soweit diese den Stellenplan des Einzelplans 06 betrifft.

Ich eröffne noch einmal die Aussprache zum Einzelplan 06.

Das Wort hat jetzt zuerst der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion wird dem Einzelplan 06 nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen. Ich will das kurz begründen: Die wirtschaftliche Lage des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist desaströs!

(Beifall Andreas Petters, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

Eine Pleitewelle durchzieht das Land. Erstmals hat das Wirtschaftswachstum in einem Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland drei Jahre hintereinander eine negative Tendenz aufgewiesen.

(Harry Glawe, CDU: Was ist denn das für ein Ton?! – Heinz Müller, SPD: Sie haben einen großen Widerhall. – Rainer Prachtl, CDU:
Wie in Walhalla. – Peter Ritter, PDS: Reden
Sie ruhig weiter, Herr Born! Das ist gut.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Vielleicht kann man die Technik hinten einmal ein bisschen runterregeln, damit dieser Halleffekt etwas beseitigt wird. – Danke schön.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Unser Präsident hallt auch.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön, Herr Präsident.

Die Bezeichnung „negatives Wirtschaftswachstum“ ist eine sehr beschönigende Formulierung für den tatsächlichen Tatbestand. Wir haben es mit einem dramatischen Wirtschaftsrückgang zu tun. Das Bruttoinlandsprodukt ist drei Jahre hintereinander rückläufig in Mecklenburg-Vorpommern.

Herr Ministerpräsident, Sie sind mit dem, was Sie unmittelbar vor Veröffentlichung der amtlichen Zahlen durch das Statistische Landesamt verlautbart haben, und mit dem, was Sie heute hier im Landtag gesagt haben, weit entfernt von der Realität des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr.)

Unser Ministerpräsident, und ich muss es leider so formulieren, träumt von einem Aufschwung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vom Wohlstand!)

Die amtlichen Zahlen, die das Statistische Landesamt veröffentlicht hat, sind dramatisch. Diese Zahlen sind sehr nüchtern, sie sind Gott sei Dank unverfälscht, aber sie sind geradezu alarmierend. Und diese Zahlen zeigen im Gegensatz zu dem, Herr Ministerpräsident, was Sie uns heute hier gesagt haben, die traurige Wirklichkeit in Mecklenburg-Vorpommern. Der Versuch des Schönredens hilft nun wirklich nicht mehr weiter.

In der „Schweriner Volkszeitung“ vom 7. Februar 2004 heißt es schlicht in der Überschrift: „Wirtschaft in MV verliert den Anschluss“

(Rainer Prachtl, CDU: Ja.)

„Leistung schrumpfte 2003 bundesweit am stärksten / Nur 90 größere Firmen im Land“, und dann beginnt der

Artikel mit folgendem Satz: „Mecklenburg-Vorpommern hält die rote Laterne: Die Wirtschaftsleistung ging 2003 um 1,7 Prozent und damit bundesweit am stärksten zurück. Die kleinstrukturierte Wirtschaft kann von den Wachstumsimpulsen im Exportgeschäft nicht profitieren.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist eine geradezu katastrophale Bestandsaufnahme für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Der Haushalt, den Sie uns hier heute vorlegen, ...

(Siegfried Friese, SPD: Eine Zeitung, eine Bestandsaufnahme einer Zeitung!)

Herr Abgeordneter Friese, das wäre schön, ich würde Ihnen gerne Recht geben, wenn das nur die Bestandsaufnahme einer Zeitung wäre, aber Sie finden keine andere Bestandsaufnahme. Es sind nüchternde Fakten, die hier zusammengetragen sind. Die Amtliche Mitteilung des Statistischen Landesamtes stellt ausdrücklich fest, dass wir einen dramatischen Rückgang in allen Bereichen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes haben. Ich sage Ihnen gleich, warum das so fatal ist. Mit dem Haushaltsansatz – den Sie uns heute hier vorgelegt haben, und das ist nicht einmal in erster Linie eine Frage der absoluten Summen, sondern es ist eine Frage der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik – ist ein Umsteuern, was dringend erforderlich ist für dieses Land, absolut nicht möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn, Herr Kollege Friese, ich spreche Sie direkt an, die Norddeutsche Landesbank feststellt, vor allem beim Bau laufe es extrem schlecht und auch in der Industrie verfüge zwar der Schiffbau über ein Umsatzwachstum, der Rest stagniert aber, so ist die Feststellung der Norddeutschen Landesbank sicherlich nicht berechtigt, in irgendeiner Weise hier Negativmeldungen zu produzieren.

(Angelika Gramkow, PDS: Die gewerbliche Wirtschaftssteigerung aber auch.)

Ich muss Ihnen sagen, Frau Kollegin Gramkow – das ist heute nachzulesen in der „Ostseezeitung“ und Sie haben das heute noch einmal im Landtag getan –, Sie stellen in einer solchen Situation, wo wir überhaupt nur noch einen einzigen industriellen Kern und einen einzigen Bereich haben, in dem noch Lichtblicke sichtbar sind, die Werftenhilfe in Frage.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das habe ich nicht gesagt!)

Ich muss Ihnen sagen, Frau Kollegin Gramkow, hier steht schwarz auf weiß: „PDS stellt Werftenhilfe in Frage“

(Angelika Gramkow, PDS: Das habe ich trotzdem nicht gesagt!)

Ich sage Ihnen, was hier wörtlich wiedergegeben ist. Ich zitiere es Ihnen, da es ja eine öffentlich zugängliche Zeitung ist. Herr Präsident, darf ich das mit Ihrer Genehmigung gerne tun?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese, SPD:
Die Zeitung kann schreiben, was sie möchte.)

Es heißt, Frau Gramkow: „Sie sei sich bewusst, dass es sich bei der Werftenhilfe um die Förderung der letzten industriellen Kerne des Landes handele, sagte die Fraktionsvorsitzende.“

(Angelika Gramkow, PDS:
Das habe ich auch gesagt.)

„Dennoch könne es sich das Land nicht leisten, alle vom Bund angebotenen Mittel um zwei Drittel zu ergänzen. ‚Das dafür nötige Geld muss woanders eingespart werden‘, sagte Gramkow.“

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Oh, oh, oh! –
Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo wollen Sie das denn bitte einsparen? Sagen Sie das doch mal! Wenn Sie in einer solchen wirtschaftlichen Situation jetzt auch noch anfangen, hier über die Werftenhilfe zu diskutieren, dann muss ich sagen, dann legen Sie die Axt an die letzte Branche, die überhaupt noch Wachstum aufweist, an den letzten industriellen Kern in diesem Land. Und das halte ich schlicht und ergreifend für unverantwortlich!

(Beifall bei Abgeordneten CDU)

Ich darf aber in diesem Zusammenhang – um direkt auf den Haushalt einzugehen – gerne darauf hinweisen, Frau Kollegin Gramkow, dass ich in einer Kleinen Anfrage zu den Haushaltsansätzen zur Wettbewerbshilfe für die Schiffswerften gefragt habe: „Wie begründet die Landesregierung die Einordnung der Wettbewerbshilfen als investive Maßnahme (8er Titel, sonstige Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen)?“ Und dann bekomme ich zur Antwort, das können Sie nachlesen, Drucksache 4/988: „Die Wettbewerbshilfen für den Schiffbau sind nach Ansicht der Landesregierung als Zuschuss zur Finanzierung von Baumaßnahmen anzusehen, die von erheblichem volkswirtschaftlichen Interesse sind. Daher sind sie entsprechend § 13 Absatz 3 Ziffer 2 Landeshaushaltsordnung als Investition zu veranschlagen.“ Dann geht es so weiter und es wird verwiesen auf die Praxis der anderen Küstenländer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist doch nichts anderes als Schönfärberei, um zu verschleiern, dass wir mit den konsumtiven Ausgaben schon viel, viel weiter im Negativen angekommen sind und damit die Verfassungswidrigkeit des Haushalts noch evidenter ist. Wenn das nämlich richtig ausgewiesen würde, dann würde sehr schnell deutlich, dass hier die Investitionen dramatisch hinter der Neuverschuldung zurückbleiben. Das nur dazu, wie Sie mit dieser Werftenhilfe rein haushälterisch umgehen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie heute Morgen hier sagen, wir hätten ein kräftiges Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wahrnehmungsstörung!)

dann muss ich mich wirklich fragen: Herr Ministerpräsident, meinen Sie das im Ernst? Wenn das nämlich tatsächlich Ihre Auffassung ist, dann ist es völlig ausgeschlossen, dass unter Ihrer Verantwortung sich hier irgendetwas zum Besseren wenden kann. Mit einem solchen Nichtwachstum kann die Wirtschaft in diesem Lande nicht vorankommen und damit können keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Das ist eine schlichte Bankrotterklärung, wenn der Ministerpräsident dieses Landes sein Fazit so zieht: Wir haben ein durchaus kräftiges, allerdings zu schwaches Wirtschaftswachstum.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das hat er so nicht gesagt. – Heiterkeit bei Rainer Pracht, CDU: Das ist fast Schamanentum. – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Und wenn Sie sagen, dass das Wirtschaftswachstum ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Bleiben Sie bei der Wahrheit, Herr Dr. Born! – Andreas Petters, CDU: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank! – Volker Schlotmann, SPD: Da gucken wir ins Protokoll.)

Aber doch sehr gerne, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Lesen Sie meine Rede nach!)

Ich brauche sie nicht nachzulesen, weil ich Ihnen sehr genau zugehört habe.

(Heinz Müller, SPD: Offenbar nicht.)

Sie haben heute Morgen einen Vergleich mit anderen Ländern gezogen. Sie waren der Auffassung, dass Mecklenburg-Vorpommern immer noch ganz gut dasteht, was das Wirtschaftswachstum angeht.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist doch ganz was anderes. – Dr. Margret Seemann, SPD: Waren Sie auf einer anderen Veranstaltung heute Morgen, Herr Dr. Born? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich will Ihnen gerne nachweisen, dass genau das nicht der Fall ist.

Herr Ministerpräsident, haben Sie etwa heute Morgen nicht gesagt, kleinkariert Opportunismus reicht nicht? Wir sind uns da doch sicherlich einig, dass das so ist.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Aber ein Weiterwurschteln ohne Visionen und ohne Konzeptionen, das reicht eben auch nicht aus. Ich werde Ihnen jetzt, mit Genehmigung des Präsidenten, noch einmal zitieren, was das Statistische Landesamt in seiner offiziellen Verlautbarung letzte Woche festgestellt hat. Und das setze ich im Vergleich zu dem, was uns der Ministerpräsident über die wirtschaftliche Lage hier im Land heute gesagt hat. Dort heißt es: „Die rückläufige Wirtschaftsentwicklung Mecklenburg-Vorpommerns wurde verursacht von weiterhin sehr starken Leistungsrückgängen im Baugewerbe, die wesentlich ausgeprägter waren als im Durchschnitt der neuen Länder und im Bundesdurchschnitt. Auch der Bereich der öffentlichen und der privaten Dienstleister entwickelte sich aufgrund der starken Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand überdurchschnittlich rückläufig, während im Durchschnitt der neuen Länder ein geringerer Leistungsrückgang und im Bundesdurchschnitt eine stagnierende Entwicklung zu verzeichnen waren. Diese Negativtrends konnten 2003 nicht durch die Entwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen kompensiert werden. So stagnierte die Leistungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt + 0,1 Prozent). Hier kam es im Durchschnitt der neuen Länder (ohne Berlin) jedoch zu einem kräftigen Wachstum (+ 5,7 Prozent). Auch im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr war die Entwicklung, im Gegensatz zu den neuen und alten Ländern, negativ.“ Dies ist eine Negativbilanz auf der ganzen Linie!

Den Damen und Herren von der PDS halte ich entgegen, was ein Kommentator heute festgestellt hat.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Haben Sie auf Ihrem Zettel nur Zitate?!)

Ich zitiere: „Eine Regierungspartei wie ihre, die das Land derart in die Pleite führt und nicht weiter weiß, sollte einfach aufgeben. Wäre die beste Einsparung!“

(Torsten Koplin, PDS: „Bild“-Zeitung, „Bild“-Zeitung! Keine Zeitung, „Bild“-Zeitung! – Gerd Walther, PDS: „Bild“-Zeitung!)

Manchmal hat sogar dieses Blatt Recht,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD – Torsten Koplin, PDS: Nie im Leben!)

weil es die Dinge manchmal sehr knapp und deutlich zum Ausdruck bringt.

(Jörg Heydorn, SPD: Aber nur, wenn es Ihnen in den Kram passt.)

Verehrter Kollege Heydorn, ich zitiere diese Zeitung deshalb, weil wir über Haushalt reden und der letzte Satz lautete ...

(Jörg Heydorn, SPD: Sie zitieren so, wie es Ihnen in den Kram passt.)

Kollege Heydorn, ich würde gerne darauf verzichten können, so etwas zu zitieren, wenn die Lage anders wäre.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Ich mache es aber deshalb, Kollege Heydorn, weil wir ja über den Haushalt reden.

(Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Der letzte Satz, der durch die Zwischenrufe eben untergegangen ist, lautet: „Wäre die beste Einsparung!“ In der Tat,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

wir würden dem Land viel ersparen, wenn die PDS den Mut hätte, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Im Oktober 2003 hatten wir hier eine Aktuelle Stunde, die hieß: „Rezession in Mecklenburg-Vorpommern“. Den Zusatztitel „Talfahrt ohne Ende“ durften wir nicht verwenden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es war ja interessant, was der Wirtschaftsminister uns damals alles zu der Lage im Land gesagt hat. Am 8. Januar 2002 sagte er noch: „Trotz der insgesamt schwierigen Lage gibt es Bereiche, wo es aufwärts geht und wir steigende Umsätze verzeichnen.“ Weiter hieß es damals: „Das ist für mich Anlass für einen gewissen Optimismus“, sagte Ebnet. „Wenn die Konjunktur, wie es prognostiziert wird, in der zweiten Jahreshälfte wieder anspringt, dann sind unsere Unternehmen mit dabei.“ Zwei Monate später, am 6. März 2002, sagte derselbe Wirtschaftsminister: „Es zeichnet sich ab, dass wir auf dem Weg aus dem Konjunktural sind“, sagte Wirtschaftsminister Dr. Ebnet am Mittwoch in Schwerin. „Die mehrheitlich positiven Erwartungen der Unternehmen im Lande beginnen sich auf dem

Arbeitsmarkt zu spiegeln.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, drei Jahre hintereinander haben wir kein Wirtschaftswachstum!

(Heiterkeit bei Rainer Pracht, CDU:
Das ist fast bayerisches Schamanentum.)

Im April 2002: „Es zeichnet sich inzwischen auch auf dem Arbeitsmarkt ab, dass wir auf dem Weg aus dem Konjunkturtal sind“, sagte Wirtschaftsminister Dr. Otto Ebnet am Dienstag in Schwerin. „Die mehrheitlich positiven Erwartungen der Unternehmen im Land beginnen sich auf dem Arbeitsmarkt zu spiegeln.“ Einen Monat später: „Es zeichnet sich inzwischen auch auf dem Arbeitsmarkt ab, dass wir auf dem Weg aus dem Konjunkturtal sind“, sagte Wirtschaftsminister Dr. Otto Ebnet am Dienstag in Schwerin.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürften eigentlich nicht mehr über Arbeitslosigkeit sprechen, sondern wir müssten geradezu Arbeitskräftemangel haben, wenn das alles hier so zuträfe, was der Wirtschaftsminister Monat für Monat erklärt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig.)

Und nun in der SVZ am 7. Februar 2004, ...

(Siegfried Friese, SPD: Ist das hier eine Zeitschau? – Ute Schildt, SPD: Aschermittwoch!)

Das ist der verantwortliche Minister, der dem Parlament einmal erklären soll, wie die Wirklichkeit von ihm hier geschildert wird, was das tatsächlich mit Realität zu tun hat.

... dort heißt es wörtlich: „Wirtschaftsminister Otto Ebnet (SPD) setzt entgegen der allgemeinen gedrückten Stimmungslage auf das Prinzip Hoffnung.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja,
das kann er ja gut machen.)

„Zwar sei der Anpassungsprozess sowohl in der Bauwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst noch nicht abgeschlossen. „Die Stimmung verbessert sich jedoch“, sagte Ebnet.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Seine, seine! –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage mich wirklich: Auf welchem Planeten leben Sie, Herr Wirtschaftsminister?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das Pensionsalter rückt näher.)

Tatsache ist, wir haben einen dramatischen Rückgang bei der Zahl der Arbeitsplätze, da helfen auch alle Manipulationen mit der Arbeitslosenstatistik nicht,

(Volker Schlotmann, SPD: Na, da
kennt er sich ja besonders gut mit aus.)

denn entscheidend ist, dass die Zahl der Arbeitsplätze im Land dramatisch zurückgegangen ist.

Ewas Weiteres ist dramatisch. Wir haben heute vom Kollegen Ankermann wieder gehört, wie überlastet die Gerichte im Land sind und dass sie ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung derzeit nicht leisten. Ganz besonders schlimm ist aber, dass eine Sparte besonders belastet und überlastet ist, das sind die vier Insolvenzgerichte, die wir hier im Land haben. Diese sind schlicht

überlastet. Übrigens, die Rechtsanwälte, die ausschließlich mit Insolvenzverfahren befasst sind, gehören zu denen, die sich überhaupt nicht über mangelnde Arbeit beklagen, denen geht es richtig gut. Ich denke, das hat nichts mit Neid zu tun, wenn man sagt, dass es besser wäre, sie könnten ihre Honorare mit anderen Tätigkeiten verdienen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre die Landesregierung ein Wirtschaftsunternehmen, dann müssten Sie, Herr Wirtschaftsminister, Sie ganz persönlich

(Torsten Koplin, PDS: Alles privatisieren.)

als verantwortlicher Geschäftsführer sofort Insolvenz anmelden, ansonsten würden Sie schlicht den Straftatbestand der Insolvenzverschleppung erfüllen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Torsten Koplin, PDS:
Das muss der Herr Böhme auch.)

Sehr geehrter Herr Kollege Schlotmann, wenn Sie von dem zarten Pflänzchen bei der Arbeitslosenentwicklung reden,

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD:
Na, das haben Sie aber gefressen. –
Wolfgang Riemann, CDU: Der reinste Gärtner.)

dann kann man das wirklich nur noch dann tun, wenn man nicht mehr die Beschäftigtenzahlen sieht, sondern die inzwischen veränderten Statistiken zugrunde legt. Und wenn man im Übrigen dem Glauben schenkt, was ich hier zitiert habe, was der Wirtschaftsminister wie eine tibetanische Gebetsmühle uns seit drei Jahren erzählt, dann hat das mit der Realität im Lande nichts mehr zu tun.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Wir haben, darauf habe ich bereits an anderer Stelle einmal hingewiesen, hier im Land derzeit immer noch 80 verschiedene Einrichtungen – so die Aussage des Arbeitsministeriums im Wirtschaftsausschuss –, die sich mit Existenzgründerberatung befassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Klasse!)

Das führt in der Tat dazu, dass es hier nicht vorangeht,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dass keine neuen Existenzen entstehen können. Wie sollen diejenigen, die im Land etwas tun wollen, denn überhaupt rauskriegen, an welche Stelle sie sich wenden müssen. Die Landesregierung selbst ist offensichtlich nicht in der Lage, entgegen einer entsprechenden Zusage im Wirtschaftsausschuss, uns wenigstens diese Stellen alle einmal sorgfältig aufzulisten

(Torsten Koplin, PDS: Woher
wissen Sie denn, dass es 80 sind?)

und zu sagen, wer für was zuständig ist. Und deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Diese Landesregierung müsste, und dazu ist sie offensichtlich nicht in der Lage, damit sich etwas zum Besseren wandelt, die Kräfte bündeln und mit durchgreifenden Maßnahmen den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern puschen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie
kommen aber nicht aus den Puschen.)

Ja, sie kommen leider nicht aus den Puschen, Herr Kollege Riemann.

Es geht nicht mehr um kosmetische Eingriffe, sondern es geht schlicht um den Erhalt der lebensnotwendigen Funktionen hier im Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was wir dringend brauchen – und das sind alles keine Maßnahmen, die mehr Geld kosten, sondern es ist schlicht die Notwendigkeit, jetzt endlich umzusteuern und mit dem vorhandenen Geld sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen und nicht weiterzuwurschteln –, ist erstens eine gebündelte Existenzgründer- und Ansiedlungsoffensive. Die Vielzahl von Institutionen und Ansprechpartnern geht zu Lasten der Qualität und das wirkt abschreckend auf potentielle Investoren.

Zweitens. Darauf hat Kollege Dr. von Storch heute Morgen hingewiesen, dass die schönen Zwischenberichte, Herr Justizminister, die Sie uns vorlegen, die dann aber von der Landesregierung nicht entsprechend umgesetzt werden, nicht ausreichen, um wirklich eine Entbürokratisierungsoffensive in Gang zu setzen. Diese ist dringend erforderlich. Staatliche Vorschriften lähmen das unternehmerische Handeln, sie müssen auf ein Minimum reduziert werden. Ich sage Ihnen: Schluss mit dem Formulkrieg hier im Land Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Drittens. Wir brauchen eine Bündelung der finanziellen Mittel. Angesichts einer dramatischen Haushaltslage müssen alle Nischenprogramme und konsumorientierten Spielwiesen der Regierung zugunsten von Investitionen gestoppt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Viertens. Und schließlich brauchen wir – und ich sage es noch einmal, es ist in erster Linie die Frage zu stellen, was ist hier wirklich los im Land, und daraus die Konsequenzen zu ziehen, dazu ist auch der nötige Wille erforderlich, nicht mehr Geld – eine Bildungsoffensive. Der Arbeitskräftebedarf darf für die Zukunft nicht nur numerisch gedeckt sein, sondern er muss vor allem qualitativ sichergestellt werden. Die Herausforderungen in der Arbeitswelt nehmen zu. Diesen Herausforderungen müssen sich Schulen und Hochschulen stellen und dementsprechend auch ausgestattet werden.

Herr Wirtschaftsminister, nach alledem, was Sie haben verlauten lassen und was Sie dem Landtag heute nicht erklären wollten, würden Sie dem Land wirklich einen Dienst erweisen, wenn Sie persönlich als der Verantwortliche für die wirtschaftliche Entwicklung eintreten, soweit die Politik Verantwortung tragen kann. Und da wir ja den Vergleich mit anderen Bundesländern haben und wir an letzter Stelle angekommen sind, können Sie eben nicht sagen, das ist alles Sache der Wirtschaft. Dafür, dass wir die Schlussposition erreicht haben, tragen Sie schon die Verantwortung!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und deshalb fordere ich Sie auf: Stellen Sie persönlich – machen Sie das, was jeder Geschäftsführer im Unternehmen tun müsste in Ihrer Situation – einen Insolvenzantrag und übernehmen Sie die Verantwortung, wie das ein anständiger Geschäftsführer in einem anständigen Unternehmen tun muss! Ziehen Sie die Konsequenzen und

machen Sie den Weg dafür frei, dass hier endlich eine Wirtschaftspolitik stattfinden kann,

(Torsten Koplin, PDS: Weg frei, damit Leute wie Sie kommen können?! – Volker Schlotmann, SPD: Herr Born, Sie werden nicht Wirtschaftsminister. Das ist der falsche Traum. – Heiterkeit bei Sigrid Keler, SPD)

die Rahmenbedingungen schafft, dass nicht nur die Unternehmen wieder leben können in diesem Land, sondern dass sie auch in der Lage sind, die vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten, und dass sich neue Unternehmen ansiedeln können, damit neue Arbeitsplätze entstehen!

(Volker Schlotmann, SPD: Wovon träumen Sie? Sie werden kein Wirtschaftsminister. Das können Sie gar nicht.)

Nur so wird dieses Land Mecklenburg-Vorpommern wieder wettbewerbsfähig.

Ich möchte diesen Zwischenruf des Kollegen Schlotmann hier jedem zugänglich machen. Er sagte eben: „Wovon träumen Sie?“ Genau deshalb, Herr Kollege Schlotmann, da Sie keine Visionen haben, sondern nur vor sich hin wurschteln,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD)

geht es nicht voran hier im Land.

(Volker Schlotmann, SPD: Meine Vision ist eine Horrorvision, dass Sie Wirtschaftsminister werden in diesem Land.)

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Schlotmann, wer in der Wirtschaftspolitik nur immer weitere Hürden aufbaut und meint,

(Volker Schlotmann, SPD: Sie dürfen Ihre Reden nicht immer wie ein Jurist halten.)

mit Ausbildungsplatzabgaben und weiteren Regulierungen die Wirtschaft strangulieren zu können, und sich dann fragt, warum geht es nicht voran,

(Regine Lück, PDS: Freiwillig kriegen Sie es ja nicht hin mit der Ausbildung in der Wirtschaft, Herr Born.)

der zeigt, dass er nicht in der Lage ist, dieses Land voranzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Na, Sie schon.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Es hat jetzt das Wort die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, Sie geben mir, dafür danke ich Ihnen sehr herzlich, noch einmal die Gelegenheit, eine Klarstellung vorzunehmen. Ich habe als Fraktionsvorsitzende der PDS-Landtagsfraktion in keiner Weise und zu keinem Zeitpunkt die gegenwärtige Werftenhilfe in Frage gestellt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schön rückgerudert.)

Die Koalitionsfraktionen und damit auch die PDS-Fraktion haben noch im Dezember 2003 – und ich gebe zu, natürlich nach Diskussionen angesichts des Haushaltsloches 2003 – die Aufstockung der Werftenhilfe für die nächsten drei Jahre in der Größenordnung von zusätzlich 23,6 Millionen Euro Landesmittel möglich gemacht.

(Egbert Liskow, CDU: Von welchen Geldern denn? – Wolfgang Riemann, CDU: Das war ja auch notwendig, um die Bundesmittel kofinanzieren.)

Die heute vom Landtag im Doppelhaushalt 2004/2005 beschlossene Werftenhilfe und die Verpflichtungen für die Folgejahre sind garantiert.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber die Werftenhilfe wird zu einem Drittel von der Bundesregierung, von der Bundesebene zur Verfügung gestellt und muss von dem Land zu zwei Dritteln ergänzt werden.

(Harry Glawe, CDU: Richtig. Dass Sie das erkannt haben, Frau Gramkow?!)

Angesichts dieser Situation und der finanzpolitischen Rahmenbedingungen habe ich laut darüber nachgedacht und die Frage gestellt, ob man ab dem Jahr 2006 über die Lastenverteilung dieser Förderung mit dem Bund nicht neu verhandeln müsste. Und des Weiteren sollten wir prüfen, ob eine ständige Erhöhung der Werftenhilfe ab dem Jahr 2006 überhaupt noch notwendig (Kapazitätsbegrenzungen oder nicht) und zu schultern ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht stottern!)

Und weil ich dieses sowohl gestern als auch heute in einem Artikel, wenn man ihn denn ganz zitiert und nicht etwas in Reden hineinlegt, wie zum Beispiel in die des Ministerpräsidenten, was da gar nicht drinsteht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

wenn man das ernst nimmt, dann weiß man auch, dass die PDS und ihre Fraktion zu ihrer Verantwortung,

(Harry Glawe, CDU: Es gilt das gesprochene Wort!)

die Schiffbaubetriebe in diesem Land als industrielle Kerne weiter zu unterstützen, steht und auch weiter stehen wird.

Gestatten Sie mir, Herr Dr. Born, weil Sie so schön zitiert haben, auch noch einmal ein Zitat, und zwar ein vollständiges Zitat aus der Zeitung mit den vier großen Buchstaben: „Die CDU-Jugend ‚Junge Union‘ fordert die Einführung von Studiengebühren. So brächten 500 Euro pro Semester den Hochschulen bis zu 20 Millionen Euro Mehreinnahmen.“ Ich frage Sie: Heißt das für Sie Bildungssoffensive in Mecklenburg-Vorpommern?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Vincent Kokert, CDU: Natürlich. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Petters von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Volker Schlotmann, SPD: Ach, Herr Petters! Aschermittwoch.)

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass Sie sich auch freuen, mich hier heute Abend noch mal hören zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich hatte schon darüber nachgedacht – und jetzt gibt es sicher mal Applaus von den Regierungsfractionen –, meinen Redebeitrag zurückzuziehen. Aber ich muss leider etwas sagen zu einem wichtigen Bereich, der hier noch nicht zur Sprache gekommen ist, zum Thema Tourismus, meine Damen und Herren.

(Rudolf Borchert, SPD: Dazu habe ich bereits angesprochen.)

Herr Borchert, ja gut, Sie haben ein paar Worte dazu gesagt,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Rudolf Borchert, SPD: Nur zur Richtigstellung. – Angelika Gramkow, PDS: Ich habe auch was gesagt zum Handwerk.)

aber das war alles ziemlich schief, verkürzt und nicht wahr, und deswegen muss hier einiges auch ...

(Zuruf aus dem Plenum: Kommen Sie zur Sache!)

Das hört ja auch keiner.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, Zuwächse in Größenordnungen, und das seit Jahren, gibt es im Tourismusbereich und das ist gut so. Die Landesregierung lobt sich in diesem Bereich, hat aber eigentlich nur ihren Job gemacht und der heißt Infrastrukturförderung.

Gestern beim Unternehmerabend im Gymnasium in Hagenow sagte mir der Regionalleiter: Ach, ich kann dieses Gejammer oder die Aussagen zum Tourismus von der Landesregierung nicht mehr hören. Das sind doch alles Sachen, die wir als Unternehmer hier inszeniert haben,

(Hannelore Monegel, SPD: Ach so?! Dann erzählen Sie mal weiter!)

die Landesregierung schmückt sich eigentlich nur mit fremden Federn. Und da gebe ich ihnen Recht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Was haben Sie eigentlich im Wirtschaftsministerium gemacht bei so einer Aussage? – Zuruf von Hannelore Monegel, SPD)

Auf allen Tourismusveranstaltungen – lieber Herr Schlotmann, zu Ihnen komme ich auch noch –

(Jörg Heydorn, SPD: Mann, Mann!)

sehe ich Sie ja nie als Fraktionsvorsitzenden.

(Jörg Heydorn, SPD: Hört, hört!)

Deswegen sollten Sie sich in dem Bereich auch ein bisschen zurückhalten.

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU – Volker Schlotmann, SPD: Zum Gymnasium Hagenow?)

Wie gesagt, auf allen Tourismusveranstaltungen ist dieses gesamte Parlament mit ihren Fachsprechern anwesend.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Und alle wissen auch, wie es um die Tourismuswirtschaft in Wirklichkeit bestellt ist. Die Tourismuswirtschaft befindet sich in einem Konsolidierungsprozess. Das heißt, das, was immer wieder in der Presse zu hören ist, ist natürlich richtig für die Vergangenheit. Aber wie geht es mit der Tourismuswirtschaft in der Zukunft weiter? Das ist hier die Frage.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind sich nicht zu schade, auch das Beste noch schlechtzureden.)

Und, meine Damen und Herren, ...

Herr Nieszery, wenn Sie sich zu Tourismusfragen äußern, dann machen Sie es doch hier vorne bitte, dann haben wir alle was davon.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Holger Friedrich, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich komme jetzt mal zu uns, zum Ausschuss, zum Parlament, wie wir uns zum Tourismus hier bisher verhalten haben. Ich habe den Eindruck und ich muss sagen, auch mit der heutigen Debatte, wenn ich mir überlege, diese Debatte wäre heute in den Medien live übertragen worden, nehmen wir mal an bei NTV, so etwas hat es ja alles schon gegeben, ich hätte mich wirklich geschämt,

(Beifall Volker Schlotmann, SPD: Da haben sie Recht.)

geschämt für die Beiträge dieser Regierungsfractionen.

(Volker Schlotmann, SPD: Für das, was Sie hier aufgeführt haben, müssen Sie sich wirklich schämen.)

Herr Schlotmann, Sie haben hier einen Vortrag gehalten, so emotionslos, so niedergeschlagen von den derzeitigen Umfrageergebnissen!

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich hatte eigentlich den Eindruck, dass das hier eine esoterische Veranstaltung ist, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Unerhört! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD – Volker Schlotmann, SPD: Ich habe gedacht, nach Herrn Born kann es nicht schlechter werden. Sie haben mich enttäuscht, es wird schlechter. – Glocke des Vizepräsidenten)

Ich enttäusche Sie auch weiterhin. Ich will Ihnen nur sagen, dieser schlechte Haushalt, Herr Schlotmann und Herr Borchert,

(Heinz Müller, SPD: Da kommt Mitleid auf.)

dass Sie diesen ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren – Herr Petters, einen kleinen Moment –, bei aller Lebhaftigkeit der Debatte auch zu dieser späten Stunde bitte ich doch, die Ordnung im

Hause dahin gehend zu achten, dass man den Redner auch von allen Plätzen hier im Hohen Hause ordentlich versteht.

(Torsten Koplin, PDS: Wenn er entgleist!)

Bitte schön, Herr Petters, Sie haben das Wort.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD – Heinz Müller, SPD: Da kommt echt Mitleid auf.)

Andreas Petters, CDU: Danke, Herr Präsident.

Beruhigen Sie sich doch wieder! Lassen Sie mich das weiterführen, es ist ja gleich zu Ende.

(Beifall Heinz Müller, SPD – Dr. Margret Seemann, SPD: Na Gott sei Dank! – Torsten Koplin, PDS: Ja.)

Also wenn die Regierung schon einen so schlechten Haushalt vorlegt, der, wie mein Kollege Uli Born gesagt hat, keine Zukunftsorientierung hat, dann hätte ich wenigstens von den Experten hier aus diesen Fraktionen von SPD und PDS erwartet, dass dort Hinweise kommen, Anträge. Die Anträge, die gekommen sind, die sind ja überwiegend den Bitten des Wirtschaftsministers geschuldet, weil er sich bei den Haushaltsverhandlungen bei der Finanzministerin entsprechend nicht durchsetzen konnte, und Sie haben ihm da geholfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Was ganz schlimm ist.)

Und das ist natürlich auch jedes Jahr so, das ist klar, aber eigentlich kamen dort keine neuen Impulse für die Tourismuswirtschaft. Es ist ja schon lächerlich, was wir überhaupt im Haushalt für die Tourismuswirtschaft tun.

(Lilly Kühnel, SPD: Ihre Rede ist echt lächerlich!)

Ich möchte hier nicht Wirtschaftsminister sein. Das ist ein schwerer Job, meine Damen und Herren.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und PDS – Volker Schlotmann, SPD: Gott sei Dank! Ich nehme das mit der Enttäuschung zurück. – Heinz Müller, SPD: Danke für diese Aussage! – Rudolf Borchert, SPD: Das hat unser Land nicht verdient!)

Mit diesen Kollegen in diesen beiden Regierungsfractionen, lassen Sie mich zu Ende reden, wird es sehr schwer sein, hier Minister zu sein, die Aufgaben der Zukunft zu erfüllen.

(Birgit Schwebs, PDS: Man zeigt nicht mit dem Finger auf angezogene Menschen! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Klar hat das jetzt für Spaß gesorgt bei Ihnen, meine Damen und Herren, aber was haben Sie denn hier wirklich beigetragen, etwas für die Tourismuswirtschaft zu tun. Wenn ich an die Ausschusssitzungen denke, da gibt es keinen Beitrag aus den Regierungsfractionen. Sie sind einfach nur Abnicker,

(Angelika Gramkow, PDS: Das kann ich mir nicht vorstellen. – Torsten Koplin, PDS: Nee, nee!)

Sie sind am Gängelband der Regierung, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Das kann ich mir nicht vorstellen. – Heinz Müller, SPD: Eins muss man sagen, das hat erheblichen Unterhaltungswert.)

Ja. Und, Herr Müller, wenn Sie sich gern von mir unterhalten lassen,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

dann hören Sie mir weiter zu.

(Heinz Müller, SPD: Gerne! Ich sage ja, das hat hohen Unterhaltungswert.)

Was haben die Haushaltsverhandlungen denn für den Tourismus gebracht?

(Gabriele Schulz, PDS: Dass das so ein lebhafter Abschluss wird! – Jörg Heydorn, SPD: Na sagen Sie mal!)

Ja, ich kann aus dem Protokoll zitieren.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD – Rudolf Borchert, SPD: Rund 1,5 Millionen! – Heinz Müller, SPD: Vorsicht, Vorsicht!)

In der ersten Sitzung des Tourismusausschusses kam die Präsidentin unseres Hohen Hauses in unsere Sitzung und hat gebeten als Präsidentin – und das stimmt, Frau Kollegin, Sie nicken gerade –,

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ich schüttel mich gerade. – Heiterkeit bei SPD, CDU und PDS – Torsten Koplin, PDS: Sie schüttelt den Kopf!)

und hat darum gebeten, dass ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Petters, einen kleinen Moment.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, die Debatte ist trotzdem eine ernste

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heinz Müller, SPD: Ah ja! – Volker Schlotmann, SPD: Das weiß er sehr gut zu verbergen.)

und der Redner muss hier das parlamentarische Recht wahrnehmen können, seine Rede zu halten. Ich bitte, das jetzt künftig zu beachten.

Andreas Petters, CDU: Ich versuche jetzt auch, weniger laut zu reden und Sie nicht weiter aufzuregen.

Ich möchte einfach nur sagen, dass die Präsidentin in den Tourismusausschuss eine Bitte eingebracht hat, wir mögen uns mit dem Thema

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tourismus beschäftigen.)

„Personalenerweiterung beim Tourismusverband“ befassen. Deckung werde angeboten. Ich möchte nicht dieses ganze Hin und Her noch mal schildern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war eine Frechheit.)

Das wissen Sie alle besser, zumindest die Fachpolitiker. Das Ergebnis ist, und das ist auch in der Beschlussempfehlung ganz klar dokumentiert –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Alle Achtung!)

diejenigen, die hier an Sachpolitik interessiert sind, nicken mit dem Kopf –,

(Heinz Müller, SPD: O Gott!)

dass wir dem Tourismusverband für die Positionen stellvertretender Geschäftsführer plus IT, also das heißt Informationstechnologie, Fachmann für Informationstechnologie,

(Zurufe von Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS: Ah! – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Torsten Koplin, PDS: Danke!)

insgesamt pro Jahr eine Summe, um jemanden zu finden in diesem Bereich, von 60.000 Euro zur Verfügung stellen. Und da, Herr Rudolf Borchert, sagen Sie: Wunderbar, das haben wir für den Tourismus erkämpft. Ich sage Ihnen, das ist eine Nullnummer!

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das sehen die Touristiker aber anders, Herr Petters. – Zuruf von Klaus Mohr, SPD)

Fragen Sie doch mal, wen Sie da in dieser Branche bekommen, für diesen Bereich, für 60.000 Euro? Da sollten Sie sich doch mal besser informieren. Damit ist wirklich dem Tourismus ein Bärendienst erwiesen worden, meine Damen und Herren.

(Ute Schildt, SPD: Gesundheitspolitik spielt hier ja wohl keine Rolle.)

Unabhängig davon ...

(Rudolf Borchert, SPD: Herr Petters, vergessen Sie bitte nicht die 1,5 Millionen! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Lassen Sie mich bitte ausreden. Ich habe Sie auch ausreden lassen, als Sie hier Ihre Ausführungen zum Haushalt gemacht haben.

Unabhängig davon sind sich Fachleute im Tourismus einig, und die haben dies auch in den Gremien des Landtages geäußert, dass die Bereiche im Marketing absolut unterentwickelt sind in einer Situation, wo wir Konsolidierung haben, das heißt, wo wir Probleme bekommen, weiteres Wachstum zu generieren. Darauf hat diese Landesregierung und haben aber auch leider meine Kolleginnen und Kollegen und Herr Müller von der SPD, der so sachverständig immer im Ausschuss nickt, keine Unterstützung zugesagt. Ich sage Ihnen, im Prinzip stellen unter dem Strich diese Haushaltsverhandlungen für die nächsten zwei Jahre ein großes Minus für die Tourismusbranche dar.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch gar nicht wahr! – Rudolf Borchert, SPD: Haben wir da was gekürzt?)

Meine Damen und Herren, ich mache diejenigen, die heute diesem Haushalt zustimmen, persönlich dafür verantwortlich,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie denn? Wie denn?)

wenn wir in den nächsten Jahren negative Wachstumsraten im Tourismus haben werden,

(Heinz Müller, SPD: Jaja!)

weil Sie nichts getan haben,

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Petters, die werden wir nicht haben. Nur wenn Sie weiter so reden.)

diese Wachstumsbranche und Zukunftsbranche Tourismus zu stärken. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Zugabe! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tää!)

Ich habe von Ihnen noch gar nichts gehört, aber Zugabe war schon mal gut.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler:
Wer war das? – Heinz Müller, SPD:
Da braucht man Buster Keaton nicht mehr.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Petters.

Es hat jetzt ums Wort gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit 16.00 Uhr findet in Stralsund ein Festakt der Industrie- und Handelskammer Rostock statt in einem würdigen Rahmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und hier ist
Landtag, Herr Minister, hier ist Landtag. –
Zuruf von Andreas Petters, CDU)

300 Unternehmer sind dort zusammengekommen, einmal im Jahr.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Und es gehört sich, dass die Landesregierung dort prominent vertreten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Und warum
sind dann Sie hingefahren?)

Der Ministerpräsident wollte die Festrede halten. Er ist verhindert, muss heute hier sein. Der zuständige Wirtschaftsminister wollte ihn vertreten.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Dieses wurde ihm unmöglich gemacht,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Das ist doch Ihr
Wunsch gewesen, hier zu tagen. –
Angelika Gramkow, PDS: Wir haben doch
alle Termine gehabt. Hören Sie doch auf!)

dieses wurde ihm unmöglich gemacht, weil er auf Biten, Drängen der Opposition, der CDU,

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

hierher zurückkommen musste.

(Harry Glawe, CDU: Nee, nee!)

Meine Damen und Herren, ich schäme mich, ich schäme mich für die CDU, dass wir so mit Verantwortlichen,

(Beifall bei SPD und PDS –
Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Torsten Koplin, PDS: Getroffene Hunde bellen.)

dass wir so mit Institutionen ...

(Rainer Prachtl, CDU: Wir sind das
Parlament. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das kann man hier laut sagen! Das ist eine
Unverschämtheit! – Rainer Prachtl, CDU:
Verantwortung haben Sie doch auch gegenüber
der Opposition. Das ist doch ein Unding, was
Sie hier machen! – Glocke des Vizepräsidenten)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Rainer Prachtl, CDU: Bei der schlechten
Wirtschaftspolitik uns so was hier zu erzählen!)

ich unterbreche die Sitzung, berufe den Ältestenrat ein und bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer zu mir.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt reicht es aber! –
Rainer Prachtl, CDU: Was der Minister
sich hier leistet, das gibt es doch gar nicht!)

Ich denke, der Ältestenrat wird in zehn Minuten fertig sein, so dass wir um 18.50 Uhr fortsetzen.

Unterbrechung: 18.41 Uhr

Wiederbeginn: 18.56 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Es hat weiterhin das Wort der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Danke, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, es hätte der Würde der Industrie- und Handelskammern, dieser Organisationen der Wirtschaft, und auch der Würde der heutigen Veranstaltung entsprochen, wenn die Landesregierung hier hoch- und höchstrangig vertreten gewesen wäre. Das war leider nicht möglich. Ich bedaure das zutiefst.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor großen Aufgaben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das
hat Honecker auch immer gesagt.)

Ich will jetzt die Zitatensammlung von Herrn Dr. Born nicht würdigen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich will jetzt die Zitatensammlung von Herrn Dr. Born nicht würdigen, manches war ja auch richtig zitiert.

(Torsten Koplin, PDS: Der liest
immer die gleiche Zeitung.)

Aber ich habe dieser Zitatensammlung von Herrn Dr. Born entnommen, Ideen haben Sie keine, Vorstellungen haben Sie keine, Konzepte haben Sie keine. Einen Zettelkasten haben Sie, jawohl, der ist teilweise auch richtig. Aber, Herr Dr. Born, das ist zu wenig für Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Torsten Koplin, PDS: Dürftig.)

Und was Sie hier heute wieder geboten haben, das ist Schlechtreden, Probleme hochziehen, keinen konstruktiven Ansatz bringen, alles runterdrücken,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und was machen Sie? –
Torsten Koplin, PDS: Dürftig, dürftig.)

schlechte Stimmung machen und ratlos dann vor dem
eigenen Scherbenhaufen stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie träumen vor sich hin.)

So geht es doch nicht weiter!

(Rainer Prachtl, CDU: Ja, so kann es nicht wei-
tergehen, so kann es wirklich nicht weitergehen!)

So kann es doch nicht weitergehen, auch nicht, wenn
man in der Opposition ist. Ein bisschen konstruktive Mit-
arbeit müsste doch möglich sein und ist auch erforderlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Rainer Prachtl, CDU:
Aber doch nicht mit Ihnen!)

Meine Damen und Herren, wir haben wirtschaftlich
keine rosigen Zeiten. Das weiß doch jeder.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Donnerwetter,
das hat er jetzt auch schon gemerkt.)

Stand ja sogar schon in der Zeitung, von Herrn Dr. Born
zitiert, was ja schon jeder vor Herrn Dr. Born möglicher-
weise gelesen beziehungsweise vorher gewusst hat, was
Sie heute zitiert haben.

Wir haben keine rosigen Zeiten. Natürlich erfordert es
große Anstrengungen. Aber wir vertun uns hier im Par-
teiengeizank von der CDU aus, die sich noch dazu im Kopf
nicht mal einig ist: Wenn irgendwas Schlechtes zu ver-
melden ist, dann ist nach Herrn Dr. Born die Landesregie-
rung Schuld. Wenn es irgendwo Erfolge gibt, dann ist das
nach Herrn Petters nicht die Landesregierung gewesen,
sondern dann waren es die Unternehmer.

(Regine Lück, PDS: Genau.)

Ja, entscheiden Sie sich mal, werden Sie sich mal einig!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Andreas Petters, CDU: Können Sie nicht diffe-
renzieren? – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich weiß, wer hier Wirtschaftswachstum trägt im Land.

(Andreas Petters, CDU: Ach so?)

Das geht aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrech-
nung hervor. Neben dem großen Anteil des Staates, den
wir hier mitbestimmen, ist es die Wirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Andreas Petters, CDU: Ja.)

Und die Wirtschaft – es ist nicht der Wirtschaftsminister –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na Gott sei Dank!)

sind die Unternehmen, die Wirtschaft sind die Betriebe,
die Menschen beschäftigen und die Sozialprodukt schaf-
fen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Ich freue mich ja, Herr Petters, dass Sie das erkannt ha-
ben, aber Herr Dr. Born scheint irgendwie noch im Para-
graphendschungel hängen geblieben zu sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Heiterkeit
bei Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, ich habe die herzliche Bitte,
lassen wir solche politischen Mätzchen, wie wir sie heute
erlebt haben. Das bringt uns nicht weiter. Das schadet
auch der Wirtschaft. Wenn die Wirtschaft heute in Stral-
sund erlebt hat, auf welcher Ebene dieses Parlament Aus-
einandersetzungen führt,

(Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

auf welcher Ebene hier miteinander umgegangen wird,
dann ist das ein Armutszeugnis für die Landespolitik und
keine Sternstunde.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, ...

Minister Dr. Otto Ebnet: Nein, Herr Dr. Jäger, jetzt bin
ich dran.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das habe ich gemerkt.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Nach der Rede.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich bleibe hier. –
Rainer Prachtl, CDU: Er hat doch wohl
das Recht, ans Mikrofon zu gehen.)

Minister Dr. Otto Ebnet: Meine Damen und Herren, ich
appelliere noch mal: Wir brauchen jeden, der mitarbeitet,
wir müssen zusammenhalten, wir müssen zusammenar-
beiten, wir müssen konstruktiv gemeinsam dieses Land
voranbringen!

(Rainer Prachtl, CDU: Ja bitte!)

Immer nur Sand ins Getriebe zu streuen und etwas zu
verhindern versuchen, damit man hernach sagen kann,
sie haben nichts zustande gebracht, das ist entschieden
zu wenig und das ist auch zu wenig für eine Opposition. –
Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestat-
ten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger? (keine
Zustimmung)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, habe ich Sie jetzt
richtig verstanden, ...

(Volker Schlotmann, SPD:
Was soll das denn jetzt?)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Jäger, keinen
Kommentar, keine Fragen!

Dr. Armin Jäger, CDU: Der Minister hat sich nur vertan,
glaube ich.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Dr. Jäger, weil Sie es sind.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Also dann bitte.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Moment, Moment,
Moment, Herr Dr. Jäger!

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich fragen?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Jetzt.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, ich hatte gerade
das Vergnügen, in Süddeutschland zu sein, deswegen

habe ich das Wort „hernach“ verstanden. Aber jetzt zur Frage, Sie hatten nämlich gesagt, ich dürfte Sie fragen. Sie haben etwas von Mätzchen gesagt. Gehen Sie davon aus, dass das Parlament Mätzchen macht, wenn es verlangt, dass der verantwortliche Minister bei der Beratung seines Einzelplanes anwesend ist?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Dr. Jäger, wenn ich von Mätzchen spreche, dann spreche ich von Mätzchen und nicht von dem Recht des Parlaments zu verlangen, dass der Minister bei der Beratung seines Einzelplanes anwesend ist. Er ist ja gekommen. Bloß was sich da vorher abgespielt hat, mit Verlaub gesagt, das war also etwas, was man auch hätte vermeiden können und was hätte vermieden werden sollen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Sie hätten das vermeiden sollen.)

Außerdem bitte ich auch noch die Würde und die Bedeutung einer Institution wie der Industrie- und Handelskammer zu respektieren,

(Lorenz Caffier, CDU: Ja, die hat alle Abgeordneten eingeladen.)

die ihren Festakt machen muss ohne den Ministerpräsidenten, ohne einen Minister,

(Renate Holznagel, CDU: Wir konnten auch nicht. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

auch ohne den zuständigen Wirtschaftsminister.

(Lorenz Caffier, CDU: Abgeordnete zählen gar nicht.)

Jedes protokollarische Empfinden würde es erfordern zu sagen, jawohl, das ist eine Veranstaltung, die müssen wir auch mit der notwendigen Bedeutung versehen und da soll auch ein Mitglied der Landesregierung dort vertreten sein. Leider waren Sie zu dieser Größe nicht fähig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber im Übrigen, Herr Dr. Jäger, im Übrigen freue ich mich, dass Sie nach der großen Empörung, die Sie vorher gezeigt haben, doch noch mit mir reden.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Jäger? (Zustimmung)

Bitte schön.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, auch wenn Sie die Frage nicht beantwortet haben, versuche ich es noch einmal. Sie haben, ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Keine Kommentierung!)

Lassen Sie mich bitte ausreden, Frau Kollegin, seien Sie so nett.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD: Fragen!)

Die Frage geht dahin: Halten Sie es denn für vollkommen verzichtbar, dass ein Parlamentarier der Einladung der Kammer folgt, nachdem es nicht die Opposition war, die diese Sondersitzung beantragt hat? Halten Sie es für verzichtbar? Halten Sie das für den ordentlichen Weg? Sie

gehen hin, aber die Parlamentarier können nicht, weil die ja im Landtag sitzen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Siegfried Friese, SPD: Er ist Minister und nicht Parlamentarier. – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Rainer Prachtl, CDU)

Minister Dr. Otto Ebnet: Lieber Herr Dr. Jäger, das war ein Teil der Antwort. Ich bin nicht Parlamentarier.

(Rainer Prachtl, CDU: Einfühlungsvermögen hat er auch nicht.)

Ich habe auch nicht über Parlamentarier zu befinden. Ich habe darüber zu befinden, ob es eine Aufgabe der Landesregierung ist, einen Festakt einer Industrie- und Handelskammer zu würdigen durch Teilnahme, auch durch Rede. Und es gibt in der Tat manchmal Terminkollisionen. Ich hätte schon erwartet, dass die CDU hier im Land die Größe besitzt zu sagen, jawohl, es gibt auch noch andere Verpflichtungen für einen Minister. Bei dieser Abwägung ist uns die IHK, ist uns die Wirtschaft wichtig.

(Andreas Petters, CDU: Wenn Sie sich ordentlich abgemeldet hätten, wär das kein Problem.)

Leider ging bei Ihnen die Abwägung in die andere Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Jäger? (Zustimmung)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, könnte es sein, dass wenn Sie den ordnungsgemäßen Weg gegangen wären und diese Abwesenheit angemeldet hätten, dass alle Parlamentarier die Gelegenheit gehabt hätten, sich mit der Frage so zu befassen, wie Sie es jetzt wünschen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Dr. Jäger, der Unterhaltungswert lässt allmählich nach.

Dr. Armin Jäger, CDU: Na bei Ihnen schon, bei mir nicht.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Minister Dr. Otto Ebnet: Ich will nur mal darauf hinweisen.

(Rainer Prachtl, CDU: Das ist eine entscheidende Frage. – Renate Holznagel, CDU: Das ist der entscheidende Punkt.)

Wenn Sie etwas zur entscheidenden Frage machen, dann ist das natürlich Ihre Sache, was für Sie entscheidend ist.

Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.

Minister Dr. Otto Ebnet: Wenn die entscheidende Frage für Sie ist, hat man sich in dreifacher Ausfertigung 14 Tage vorher abgemeldet oder nicht,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein, das hat was mit Respekt vor dem Parlament zu tun.)

dann können Sie das zur entscheidenden Frage machen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihre Kollegin Sigrid Keler macht das jedes Mal.)

Ich weiß, es gibt auch Stilfragen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ja, das ist auch in Ordnung.)

Aber es gibt auch Stilfragen gegenüber unserer Wirtschaft und es gibt auch Stilfragen gegenüber unserer Kammerorganisation. – Danke, Herr Dr. Jäger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Und gegenüber dem Parlament auch. –
Rainer Pracht, CDU: Was ist das für
ein Stil gegenüber dem Parlament?!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Wirtschaftsminister.

Um das Wort gebeten hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Minister Ebnet, hier sitzen 71 frei gewählte Abgeordnete, vom Souverän dieses Landes, dem Volk, gewählt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dieses Parlament wählt mit seiner Mehrheit den Ministerpräsidenten. Dieser ernennt Ministerinnen und Minister. Und die sind in einem Eid verpflichtet auf das Grundgesetz und auf die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ich habe leider erst das Glück, Herr Ebnet, 14 Jahre in einem freien, freiheitlich-demokratischen Land zu leben. Aber eins habe ich bisher für mich, und ich hoffe, für alle hier in diesem Raum, aufgenommen, dass hier Ihnen gegenüber die Legislative sitzt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

platt auf Hochdeutsch ausgedrückt, eigentlich die erste Gewalt. Und Sie sind die Exekutive. Wenn ich das überetze, heißt das auch wohl die ausführende Gewalt. Und ich frage Sie, wenn Sie sagen, dass wir uns schämen sollten: Welchen Stil pflegen Sie, gerade Sie persönlich, Herr Minister Ebnet, gegenüber diesem Parlament insgesamt? Diese Frage müssen Sie sich stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Flegelhaftes Verhalten.)

Herr Kollege Holter war vor einigen Stunden bei uns und hat gefragt: Herr Rehberg, Kollegen der CDU, ich habe einen Termin, würden Sie mich zitieren? Da habe ich gesagt: Nein, Herr Holter, Sie haben Stil, Sie kommen und fragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Torsten Koplin, PDS: Oh!)

Und es ist eigentlich üblich, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren der Landesregierung, dass man sich im Ältestenrat entschuldigt, wenn man einen so wichtigen Termin wahrnehmen will wie Sie den Festakt der IHK Rostock in Stralsund. Das gehört sich gegenüber diesem Parlament!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Weder Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Ringstorff, noch Sie, Herr Wirtschaftsminister Dr. Ebnet, haben nachge-

sucht um Entschuldigung bei der Landtagspräsidentin und gegenüber dem Ältestenrat. Und wenn man zu uns als Opposition gekommen wäre und gesagt hätte, ich als Ministerpräsident, ich als Wirtschaftsminister möchte ein Grußwort halten beim Festakt der IHK zu Rostock, glauben Sie, wir wären die Letzten gewesen, die etwas dagegen unternommen hätten, die Allerletzten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS:
Was?! – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Nur es ist eine Stilfrage insgesamt gegenüber dem Parlament, dass Sie es nicht einmal ansatzweise für nötig halten, schriftlich sich zu entschuldigen oder in einer gewissen vernünftigen mündlichen Form. Und, Herr Ebnet, wenn Sie so mal en passant bei der Mittagspause kundtun, ja, da fahr ich mal nach Stralsund, das ist kein Stil gegenüber diesen frei gewählten Abgeordneten, gegenüber diesem Parlament!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Wir sind
noch bei Einzelplan 06.)

Und, Herr Ebnet, so, wie man in den Wald hineinruft, so schallt es auch zurück.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Ebnet, es ist bei Ihnen kein Einzelfall. Die Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuss, ich will nicht näher darauf eingehen, werden dies in mannigfacher Art und Weise bestätigen. Es gibt andere Kabinettskollegen von Ihnen wie Frau Keler, aber die hat sechs Jahre auch als Abgeordnete hier im Parlament gesessen, die hat einen ganz anderen Stil.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die war ja
auch als Abgeordnete hier im Parlament.)

Auch Kolleginnen und Kollegen von der PDS, die entschuldigen sich, wie sich das gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will noch eins sagen zu den Mätzchen. Sollten Sie nicht einmal als Landesregierung insgesamt kritisch hinterfragen, was Sie diesem Parlament – und ich bedaure, dass es die Regierungsfaktionen in weiten Teilen mitgemacht haben – zugemutet haben? Sondersitzung zwei Tage vor Weihnachten, Nachtrag 2002/2003, eine Nachschiebeliste, die rechtlich in hohem Maße bedenklich ist. Und wenn Sie es, Herr Ebnet, als Mätzchen von uns bezeichnen, dass wir den Doppelhaushalt 2004/2005 absetzen wollen, weil eine substantielle Grundlage dieses Haushaltes, das Finanzausgleichsgesetz,

(Angelika Gramkow, PDS: Das
hat er doch gar nicht gemacht.)

obwohl es im Haushalt abschließend beraten ist, noch gar nicht hier verabschiedet werden soll, nur – und das ist doch ganz offenkundig, meine Damen und Herren, ich wiederhole das, was ich heute Morgen gesagt habe – weil Sie Angst haben, dass die Wahrheit vom PDS-Landesteiltag rüberkommt, dass Sie in 2004 und in 2005 260 Millionen Euro weniger den Kommunen zur Verfügung stellen wollen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

das ist kein Mätzchen von uns, das ist unsere Pflicht, die wir haben, so zu agieren als Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine letzte Bemerkung. Herr Ebnet – ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin –, ich will Ihnen das nicht unterstellen, aber es liegt sehr, sehr nahe, dass Sie gar kein Interesse hatten, dass der Landtag vertreten sein sollte beim Festakt der IHK zu Rostock.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Siegfried Friese, SPD: Nun ist es aber
gut! Nun ist es aber gut!)

Denn wenn ich hier diese Reihen ansehe, wir sitzen alle noch hier und Sie sind von vornherein davon ausgegangen, mit Beginn in Stralsund um 16.00 Uhr, dass die Abgeordneten des Landtages gar keine Chance hatten. Auch hier muss man fragen, warum haben Sie nicht einen anderen Termin gesucht, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Genau so
ist es. Ganz genau so ist es.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weise die Ausdrücke „Mätzchen“ wie auch „flegelhaftes Verhalten“ als unparlamentarische Ausdrücke hier zurück.

Wir schließen die Aussprache zum Einzelplan 06 und kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich rufe auf den Einzelplan 01 – Landtag.

Wer dem Einzelplan 01 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1021 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01 auf Drucksache 4/1021 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 02 – Landesrechnungshof.

Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1022 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02 auf Drucksache 4/1022 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 03 – Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten – Staatskanzlei.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1050 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1050 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 entsprechend der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1023 zuzustimmen wünschen, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 auf Drucksache 4/1023 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der CDU-

Fraktion und einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen.

Ich lasse zunächst über die Entschließung zum ersten Spiegelstrich abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Entschließung zum ersten Spiegelstrich mit den Stimmen aller drei Fraktionen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich lasse nun über die Entschließung zum zweiten Spiegelstrich abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. –

(Angelika Gramkow, PDS: So viel
zur Gleichstellungspolitik der CDU.)

Stimmenthaltungen? –

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Warum sind die immer dagegen?)

Damit ist die Entschließung zum zweiten Spiegelstrich ...

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Ich bitte Sie, wir sind in der Abstimmung.

Damit ist die Entschließung zum zweiten Spiegelstrich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Innenministeriums.

Wer dem Einzelplan 04 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1024 zuzustimmen wünschen, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 auf Drucksache 4/1024 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion und einer Stimmenthaltung aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 05 – Geschäftsbereich des Finanzministeriums.

Wer dem Einzelplan 05 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1025 zuzustimmen wünschen, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 05 auf Drucksache 4/1025 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums.

Wer dem Einzelplan 06 entsprechend der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1026 zuzustimmen wünschen, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 06 auf Drucksache 4/1026 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1051 vor, soweit dieser den Einzelplan 07 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1051, soweit dieser den Einzelplan 07 betrifft, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Stimmenthaltung aus der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 07 entsprechend Ziffer I der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1027 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07 auf Drucksache 4/1027 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1027 empfiehlt der Finanzausschuss, einer EntschlieÙung zustimmen.

Ich lasse nun über die EntschlieÙung zum ersten Spiegelstrich abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die EntschlieÙung zum ersten Spiegelstrich mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich lasse nun über die EntschlieÙung zum zweiten Spiegelstrich abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die EntschlieÙung zum zweiten Spiegelstrich einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über die EntschlieÙung zum dritten Spiegelstrich abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die EntschlieÙung zum dritten Spiegelstrich mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 08 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei.

Wer dem Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1028 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das werde ich mir merken.)

Gegenstimmen? –

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das werde ich mir alles merken.)

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1028 mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 09 – Geschäftsbereich des Justizministeriums.

Wer dem Einzelplan 09 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache

4/1029 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 09 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1029 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 10 – Geschäftsbereich des Sozialministeriums.

Wer dem Einzelplan 10 entsprechend Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1030 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 10 entsprechend der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1030 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU sowie bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion und einer Stimmenthaltung aus der PDS-Fraktion angenommen.

In Ziffer II empfiehlt der Finanzausschuss, einer EntschlieÙung zustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1030 mit den Stimmen der SPD- und der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bei
Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion!)

oh, Entschuldigung, bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und zwei Stimmenthaltungen aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1052, soweit diese den Einzelplan 11 betrifft, sowie auf den Drucksachen 4/1053, 4/1054 und 4/1055 vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1052 abstimmen, soweit dieser den Einzelplan 11 betrifft. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1052, soweit dieser den Einzelplan 11 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1053 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1053 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1054 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1054 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS abgelehnt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Stimmenthaltung aus der PDS-Fraktion.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1055 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1055 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 11 entsprechend der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1031 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 11 auf Drucksache 4/1031 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion sowie zwei Stimmenthaltungen aus der PDS-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1031 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei drei Stimmenthaltungen der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen des Landes.

Wer dem Einzelplan 12 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1032 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Einzelplan 12 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1032 mit den Stimmen der SPD- und der PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 13 – Geschäftsbereich des Umweltministeriums.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 4/1051 und 4/1052 vor, soweit diese den Einzelplan 13 betreffen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf Drucksache 4/1051, soweit dieser den Einzelplan 13 betrifft, abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1051, soweit dieser den Einzelplan 13 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 4/1052, soweit dieser den Einzelplan 13 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1052, soweit dieser den Einzelplan 13 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS abgelehnt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Wer dem Einzelplan 13 entsprechend der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Druck-

sache 4/1033 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 13 auf Drucksache 4/1033 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1033 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 15 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung.

Wer dem Einzelplan 15 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1035 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 15 auf Drucksache 4/1035 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen von der CDU-Fraktion und einem Abgeordneten aus der PDS-Fraktion angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1034 – Stellenpläne.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1034 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1034 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion sowie einer Stimmenthaltung aus der PDS-Fraktion angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen auf Drucksache 4/700 sowie über die Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2003 bis 2007 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, Drucksache 4/699. Der Finanzausschuss empfiehlt in Ziffer I seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1020, den Gesetzentwurf der Landesregierung nebst Gesamthaushaltsplan 2004/2005 in der Fassung seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 1 bis 16 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 1 bis 16 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 17 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1052 vor, soweit dieser die Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1020 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1052, soweit dieser die Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1020 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei einer Stimmenthaltung aus der PDS-Fraktion abgelehnt.

Wer in Artikel 1 dem Paragraphen 17 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 17 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei einer Gegenstimme der PDS-Fraktion sowie einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 18 bis 21 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 18 bis 21 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS angenommen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei einer Gegenstimme der Fraktion der PDS sowie einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Ich rufe auf die Artikel 2 bis 9 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 2 bis 9 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS angenommen gegen die Stimmen der CDU und bei einer Gegenstimme aus der PDS-Fraktion sowie einer Stimmenthaltung aus der PDS-Fraktion.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Hierzu hat die Fraktion der CDU gemäß Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt. Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, jetzt die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, jetzt mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 19.42 Uhr

Wiederbeginn: 19.48 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Das Ergebnis der Abstimmung liegt vor. An der Abstimmung haben insgesamt 64 Abgeordnete teilgenommen. Es waren 63 Stimmen gültig, eine ungültig. Mit Ja stimmten 41 Abgeordnete, mit Nein stimmten 21 Abgeordnete, es enthielt sich ein Abgeordneter. Damit ist der Gesetzesentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, die Unterrichtung durch die Landesregierung über die Mittelfristige Finanzplanung 2003 bis 2007 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung auf Drucksache 4/699 zur Kenntnis zu nehmen. Wer der Ziffer II zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 mit den Stimmen der Regierungsfaktionen gegen die Stimmen der Opposition bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion angenommen.

Wer der Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 einstimmig angenommen.

Wer der Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Stimmenthaltung der PDS-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer V der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020.

Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge auf den Drucksachen 4/1045, 4/1046, 4/1047, 4/1048 und 4/1049 vor.

(Wolfgang Riemann, CDU: Faulheit kann man uns nicht nachsagen.)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1045 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1045 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1046 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1046 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1047 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1047 mit den Stim-

men der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1048 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1048 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei einer Gegenstimme der PDS-Fraktion sowie bei zwei Stimmenthaltungen aus der PDS-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1049 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/1049 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und PDS gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wer der Ziffer V der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? –

(Wolfgang Riemann, CDU: Das rentiert sich, wenn wir die Hände heben. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Damit ist die Ziffer V der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/1020 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, PDS und CDU gegen eine Stimme der Fraktion der PDS und bei einer Enthaltung aus der PDS-Fraktion angenommen.

Ich danke allen am Haushaltsverfahren Beteiligten für ihren besonderen Einsatz.

Meine Damen und Herren, ich darf, bevor wir zum Schluss der Sitzung kommen, noch eine Ankündigung verlesen. Im Anschluss an die Sitzung des Landtages findet im Raum 357 die Beratung des Sozialausschusses statt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Heinz Müller, SPD:
Man gönnt sich ja sonst nichts.)

Wir sind damit am Schluss der Tagesordnung der 31. Sitzung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages, wie bereits angekündigt, für Mittwoch, den 3. März 2004, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Schluss: 19.53 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Gesine Skrzepski, Karin Strenz und Alexa Wien.

Namentliche Abstimmung

über die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses – Drucksache 4/1020 –

Jastimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Friedrich, Holger
Frieze, Siegfried
Heydorn, Jörg
Jarchow, Hans-Heinrich
Keler, Sigrid
Dr. Körner, Klaus-Michael
Krumbholz, Bodo
Kühnel, Lilly
Lohse, Frank Ronald
Mahr, Beate
Mohr, Klaus
Monegel, Hannelore
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Dr. Timm, Gottfried
Volland, Angelika
Dr. Zielenkiewicz, Gerd

PDS

Bluhm, Andreas
Dr. Bunge, Martina
Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Neumann, Karsten
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Walther, Gerd

Neinstimmen

CDU

Ankermann, Michael
Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Fiedler-Wilhelm, Kerstin
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Petters, Andreas
Pracht, Rainer
Rehberg, Eckhardt
Riemann, Wolfgang
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg

PDS

Dr. Bartels, Gerhard

Enthaltungen

PDS

Schulz, Gabriele

Ungültige Stimmen

CDU

Thomas, Reinhardt

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	64
Gültige Stimmen	63
Jastimmen	41
Neinstimmen	21
Enthaltungen	1